

HENDRIK SANDER, ANNA SCHÜLER
UND BASTIAN SIEBENMORGEN

STRUKTURWANDEL IM MITTELDEUTSCHEN BRAUNKOHLEREVIER

**ANSATZPUNKTE EINER SOZIAL-
ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION**



HENDRIK SANDER, ANNA SCHÜLER
UND BASTIAN SIEBENMORGEN

STRUKTURWANDEL IM MITTELDEUTSCHEN BRAUNKOHLEREVIER

ANSATZPUNKTE EINER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN
TRANSFORMATION

HENDRIK SANDER ist freiberuflicher Politikwissenschaftler und politischer Aktivist und arbeitet zu Fragen sozial-ökologischer Transformation. Er hat in Bremen und Oldenburg studiert und in Kassel zum Thema «grüner Kapitalismus» und deutsche Energiepolitik promoviert. Heute lebt er in Potsdam. In der deutschen Klimabewegung ist er seit ihren Anfängen aktiv, etwa beim Berliner Energietisch oder bei Ende Gelände.

ANNA SCHÜLER ist Übersetzerin, Dolmetscherin und arbeitet seit vielen Jahren in klimapolitischen Zusammenhängen. Sie lebt in Leipzig und versteht sich als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung.

BASTIAN SIEBENMORGEN studiert Geografie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Aufgewachsen im Rheinland, ist er seit Jahren in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv mit Ausrichtung auf das rheinische Braunkohlerevier.

IMPRESSUM

STUDIEN 5/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Februar 2021

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Einleitung	7
1 Die Mitteldeutsche Region – ein politisches Porträt	9
1.1 Geschichte einer Bergbauregion	9
1.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Region.	9
1.3 Umgang mit dem Strukturbruch	10
1.4 Die radikale Rechte und die Zivilgesellschaft	11
1.5 Die Städte und das Land.	12
1.6 Kohle, Kumpels und Konzerne	13
2 Der politische Rahmen	17
2.1 Das Kohleausstiegsgesetz – ein umstrittener Kompromiss	17
2.2 Das Strukturstärkungsgesetz – Millionen für Sachsen-Anhalt	18
2.3 Die politische Organisation des Strukturwandels	20
2.4 Politische Bewertung des Prozesses	23
3 Strukturwandel – Inhalte und Projekte.	26
3.1 Der dominante Diskurs.	26
3.2 Infrastruktur für den Strukturwandel	27
3.3 Leitbranchen im Strukturwandel	29
3.4 Die Zukunft der Mibrag	32
4 Eine linke Transformationsstrategie für die Mitteldeutsche Region	35
4.1 Eckpunkte einer alternativen Regionalentwicklung	35
4.2 Handlungsfelder einer Transformationsstrategie	37
4.3 Strategischer Ausblick	41
Literatur	43
Geführte Interviews	46

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,
 der Begriff Strukturwandel hat in den ostdeutschen Bundesländern keinen guten Ruf. Mit der Währungsunion und der folgenden Treuhand-Politik wurden Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Betriebe geschlossen und mehr als 1,5 Millionen Menschen, davon rund zwei Drittel Frauen, in die Arbeitslosigkeit entlassen. Im Mitteldeutschen Braunkohlerevier wurden etwa 90 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut. Die Folgen dieses wirtschaftlichen Kahlschlags prägen bis heute die Region: ökonomisch, sozial, kulturell und politisch.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels war die Entscheidung für den Kohleausstieg in der Bundesrepublik zwingend notwendig und lange überfällig. Im Mitteldeutschen Revier werden die noch bestehenden Tagebaue bis zum Jahr 2034 geschlossen und die Kohleverstromung eingestellt. Dass die Umsetzung dieser Beschlüsse nicht nur die Beschäftigten, sondern die industriell geprägten Landstriche im Ganzen vor erhebliche wirtschaftliche Herausforderungen stellt, haben Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Umbrüche in der Lausitz und im Rheinischen Revier hervorgehoben. Mit öffentlichen Fördergeldern in Milliardenhöhe sollen die sozialen Folgen dieses Umbruchs abgefedert und neue Impulse für eine regionale Entwicklung gesetzt werden.

Doch wer bestimmt über die Verwendung dieser Gelder? Und welche Pläne für eine sozial gerechte und ökologisch wie wirtschaftlich nachhaltige Umgestaltung der Region gibt es? Sollen die gesellschaftlichen Verwerfungen der Vergangenheit vermieden werden, müssen die betroffenen Menschen in die Entscheidungen über die Gestaltung des Strukturwandels einbezogen werden. Diese Frage der demokratischen Beteiligung ist gegenwärtig Gegenstand der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, an der Verbände, Parteien und Unternehmen ebenso beteiligt sind wie Gewerkschaften, Klimaaktivist*innen und Initiativen der Bürger*innen vor Ort.

Die vorliegende Studie ermöglicht einen Überblick über die gesellschaftspolitischen Strukturen, in denen sich der Wandel vollziehen soll. Die Autor*innen analysieren die Prozesse, in denen die Entscheidungen über die Mittelvergabe bis dato getroffen werden, und zeigen die ernüchternde Fantasielosigkeit auf, mit der die vorherrschenden Interessengruppen sich im

Kampf um die in Aussicht stehenden Fördermilliarden in Stellung bringen. Die Autor*innen haben hierzu eine Fülle von öffentlich zugänglichen Planungsdokumenten und Diskussionsbeiträgen ausgewertet und zahlreiche Interviews mit Expert*innen in Kommunen, Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und Parteien geführt. Dabei wird deutlich, dass bei dem angelaufenen Transformationsprozess die Möglichkeit der Einflussnahme und Mitgestaltung von breiteren Teilen der Bevölkerung – abgesehen von Beteiligungsformaten mit eher symbolischem Charakter – praktisch nicht gegeben ist.

Die Autor*innen weisen auf die Gefahren hin, die mit einer an kurzfristigen Renditezielen orientierten Interessenpolitik verbunden sind, und plädieren für eine perspektivische Öffnung und Demokratisierung der öffentlichen Debatte. Sie fragen, wie der Strukturwandel für das Mitteldeutsche Revier gestaltet werden müsste, damit Betroffene ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen selbst gestalten und Wege in eine bessere Zukunft bahnen können. Den mit technokratischer Logik vollzogenen «Wandel von oben» konfrontieren die Autor*innen mit einem linken Gegenentwurf. Sie versuchen nicht nur, die Spannungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen mit dem Entwurf einer umfassenden gesellschaftlichen Transformationsperspektive aufzulösen, sondern fordern auch grundlegend neue Formen der demokratischen Beteiligung ein.

Wenn wir verhindern wollen, dass langfristige ökologische gegen kurzfristige soziale Interessen, die aus den Zwängen abhängiger Arbeit resultieren, ausgespielt werden, müssen wir die Debatte um einen zukunftsweisenden Transformationsprozess einfordern. Diese Publikation soll einen Beitrag dazu leisten, die Diskussionen um die Gestaltung des Kohleausstiegs mit linken Positionen zu erweitern und die Menschen im Mitteldeutschen Revier dabei zu unterstützen, ihre Positionen in diesem Prozess zu entwickeln. Der Kohleausstieg muss möglichst schnell erfolgen. Aber es ist notwendig, dass es dabei auch gerecht zugeht.

Dr. Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende
 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Hendrik Lange, MdL und Vorsitzender
 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

ZUSAMMENFASSUNG

Im Juli 2020 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Kohleausstiegsgesetz und wollte damit einen Schlusspunkt unter eine jahrelange und erbittert geführte Debatte um das Ende der deutschen Kohleverstromung setzen. An die Schließung von Tagebauen und Kraftwerken bis spätestens 2038 – wie im Gesetz vereinbart – knüpfen weitreichende Umbauprozesse in den betroffenen Regionen an, die durch das Strukturstärkungsgesetz gesteuert, abgefedert und finanziell unterfüttert werden sollen.

Die vorliegende Studie betrachtet den anstehenden Transformationsprozess im Mitteldeutschen Braunkohlerevier in Sachsen-Anhalt aus sozial-ökologischer Perspektive. So stehen die späten Abschaltzeiten des Kraftwerksparks in der Kritik: Ein finales Ausstiegsdatum um 2038 ist nicht ausreichend, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig reaktiviert der Wandel der ökonomischen Strukturen rund um einst bedeutsame Industriezweige und die Braunkohle im Revier Ängste vor einem erneuten Strukturbruch. Denn wie die industriellen Aktivitäten sich im Wortsinn in die Landschaften eingegraben haben, haben sich Brüche wie die Wende und die Eingliederung in die bundesdeutsche Ökonomie in kollektive Identitäten eingeschrieben.

Die Autor*innen dieser Studie nehmen eine Bewertung des Kohleausstiegsgesetzes vor und liefern einen Überblick zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Strukturwandels. Zudem analysieren sie

die dominanten Diskurse, Akteursgruppen und politisch-administrativen Räume für Strukturwandel in der Mitteldeutschen Region. Es wird deutlich, dass die verantwortlichen Akteure wie die Landesregierung, die länderübergreifenden Koordinierungsgremien und institutionelle Akteure mit einer wachstumsorientierten Vision für das Mitteldeutsche Revier ein verengtes Verständnis von regionaler Entwicklung haben. Ihnen geht es um die Förderung sogenannter Innovationsbranchen rund um Wasserstoff bzw. die Ansiedlung großer Unternehmen.

In Bezug auf die angestoßenen Umbauprozesse versuchen die Autor*innen folgende Fragen zu beantworten: Welche Weichen werden durch die spezifische Architektur des Strukturstärkungsgesetzes gestellt und wie sind diese aus sozial-ökologischer Perspektive zu bewerten? Welche Handlungsspielräume ergeben sich für den Umbau der Industrielandschaft und eine nachhaltige Energieversorgung, welche für Demokratisierungsprozesse? Wie können zivilgesellschaftliche Akteure und Anwohner*innen stärker als bisher in den Strukturwandel einbezogen werden? Welche Hindernisse sind dabei vorzufinden und welche Rolle spielt das Braunkohleunternehmen Mibrag? Die Autor*innen zeigen schließlich Möglichkeiten auf, wie Strukturpolitik in den betreffenden Landkreisen in Sachsen-Anhalt demokratisch, sozial und ökologisch ausgerichtet werden kann.

EINLEITUNG

Seit dem Sommer 2020 ist klar: Die Braunkohleverstromung soll in Deutschland noch bis 2038 weiterlaufen, aber auf dem Weg dahin sollen Kraftwerke und Tagebaue schrittweise stillgelegt werden. Um den Wandel in den betroffenen Regionen zu unterstützen, investiert die Bundesregierung in den nächsten 20 Jahren insgesamt 40 Milliarden Euro in den betroffenen Bundesländern. Im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen meistens das Rheinland und die Lausitz (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019; Sander et al. 2020). Aber auch das Mitteldeutsche Revier, das sich über die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstreckt, hat eine jahrhundertelange Tradition des Kohlebergbaus. Heute wird auf der sachsen-anhaltischen Seite des Reviers im Tagebau Profen noch Braunkohle für das Kraftwerk Schkopau abgebaut. Damit soll laut Kohleausstiegsgesetz 2034 Schluss sein. Außerdem wird am Standort Amsdorf im Mansfelder Land Braunkohle für die Montanwachstumsproduktion gewonnen. Auch dort soll der Abbau mittelfristig eingestellt werden. Für den anstehenden Strukturwandel bekommt Sachsen-Anhalt knapp fünf Milliarden Euro vom Bund.

In der Mitteldeutschen Region verdichten sich typische Konfliktfragen um die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft: Welche gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen «Umbaumaßnahmen» sind notwendig, um die Auswirkungen der Klimakrise abzufangen? Wie kann der Strukturwandel genutzt werden, um ein ökonomisches Modell umzusetzen, das nicht kurzfristigen Profitinteressen folgt, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt? Wie können urbane Zentren und ländliche Räume gut zusammenwirken? In welche politische Richtung treibt die regionale Gesellschaft? Und schließlich: Was könnte eine strategische Antwort linker und progressiver Kräfte in dieser Situation sein?

Wächst die globale Fossilwirtschaft, also die durch internationale Lieferketten miteinander verknüpfte Gewinnung und Verbrennung fossiler Energieträger, ungebremst weiter, drohen die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen zerstört zu werden. Angesichts der ökologischen Verheerungen durch den Tagebau und aufgrund der globalen Klimakrise müsste eigentlich schon in den nächsten Jahren ein Kohleausstieg vollzogen werden. Dafür setzen sich hierzulande Bewegungen wie Ende Gelände und Fridays for Future ein. Gleichzeitig arbeiten noch mehrere Tausend Menschen im Mitteldeutschen Revier in der Kohleindustrie. Viele fürchten um ihren regionalen Wohlstand und ihre Identität. Bergleute haben Angst, keinen neuen Job zu finden und ihren Hauskredit nicht abzahlen zu können. Das weckt Erinnerungen an die Kahlschlagpolitik der Treuhand nach der Wende, die damals zu einem Strukturbruch führte, von dem sich die Mitteldeutsche Region bis heute nicht richtig erholt hat. Doch auch innerhalb der Region gibt es große Unterschiede – nicht

nur zwischen Klassen, sondern auch zwischen den urbanen Ballungsräumen um Leipzig und Halle auf der einen und ländlichen Bergbauregionen wie dem Burgenlandkreis und dem Kreis Mansfeld-Südharz auf der anderen Seite. Die gegenwärtigen Verunsicherungen bei der Bevölkerung kann die radikale Rechte teilweise für sich nutzen.

Unter diesen schwierigen Bedingungen versuchen die etablierten politischen Akteure, den Strukturwandel zu gestalten. In den letzten Jahren ist ein unübersichtliches Geflecht von politischen Gremien auf unterschiedlichen Ebenen entstanden, die alle am gesellschaftlichen Umbau arbeiten – und sich gleichzeitig möglichst viel Einfluss und Fördermittel für ihre Projekte sichern wollen. Umstritten ist bereits die Frage, wer von dem Umbruch betroffen ist und besonders gefördert werden müsste: vor allem das sogenannte Kernrevier im Burgenlandkreis oder auch die weiter gefasste Mitteldeutsche Region? Neben Landesregierung, Landkreisen und Kommunen arbeitet auch die länderübergreifende «Europäische Metropolregion Mitteldeutschland» an Projektvorschlägen und Leitbildern.

An dieser Stelle ist eine Klärung der Begriffe sinnvoll, mit denen die untersuchte Region bezeichnet wird. Denn die vermeintlich neutrale, bloß geografisch anmutende Bezeichnung «Mitteldeutschland» hat verschiedene historische Quellen und wurde politisch unterschiedlich verwendet. In der Regel waren die Reichsgrenzen von 1937 der Bezugsrahmen, mit Mitteldeutschland das heutige Ostdeutschland gemeint. Heute bezieht sich der Begriff – sofern er überhaupt noch verwendet wird – meist auf den Südwesten des heutigen Ostdeutschlands. Wir benutzen ihn im Folgenden nicht.

Dagegen sind «Mitteldeutsches Revier» und «Mitteldeutsche Region» immer noch feststehende Begriffe. Im Folgenden sprechen wir vom «Revier» bzw. vom «Kernrevier», wenn wir uns auf die traditionelle Bergbauregion im Burgenlandkreis beziehen. Darunter fassen wir die Kommunen und Gemeinden, die direkt mit dem Tagebau in Verbindung stehen und Anrainer sind, sowie die Stadt Zeitz. Hingegen benutzen wir den Begriff «Mitteldeutsche Region», wenn wir von dem weiteren gesellschaftlichen Raum sprechen, der von der «Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland» (EMMD) abgedeckt wird. Die EMMD ist ein institutioneller Zusammenschluss von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und umfasst die umsatzstärksten regionalen Unternehmen und ihre Verbände, mehrere Hochschulen sowie die Städte und Landkreise der Mitteldeutschen Region: Landkreis Altenburger Land, Burgenlandkreis, Saalekreis, Landkreis Mansfeld-Südharz, Landkreis Leipzig, Stadt Leipzig, Stadt Halle, Landkreis Wittenberg, Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Chemnitz, Zwickau, Dessau-Roßlau, Jena und Gera. Umweltverbände, Sozial- und

Bildungsträger oder andere Akteure der Zivilgesellschaft sind im EMMD hingegen nicht vertreten. Unser analytischer und politischer Fokus liegt auf der sachen-anhaltischen Seite des Reviers. Aber sowohl die herrschende Politik als auch alternative Akteure adressieren die gesamte Region, wenn es um den Strukturwandel geht.

In den angelaufenen Strukturwandelprozessen drohen Transparenz und demokratische Beteiligung auf der Strecke zu bleiben – zumal der Rahmen des zukünftigen Strukturwandels festzustehen scheint: Nicht nur Bundesgesetze begrenzen die förderfähigen Projekte im Wesentlichen auf digitale und Verkehrsinfrastrukturen, Gewerbegebiete und Forschungsinstitute. Auch der dominante Diskurs in der Region setzt darauf, die ansässigen Leitbranchen und Unternehmen zu erhalten und gleichzeitig mit Hightechinnovationen zu einer «grünen Ökonomie» umzubauen. Das sind neben der Energiewirtschaft vor allem die Chemie- und Nahrungsmittelindustrie, Autobau und Logistik. Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Strategien den Ansprüchen eines gerechten ökologischen Umbaus genügen (können). Das gilt umso mehr, als die regionalen Tagebau-

und Kraftwerksfirmen vom tschechischen Finanzinvestor EPH kontrolliert werden, der auf ein Scheitern der Energiewende setzt oder möglichst große Gewinne aus dem Kohlegeschäft abschöpfen und sich dann womöglich zurückziehen will, ohne für die sozialen und ökologischen Folgen der Kohleindustrie aufzukommen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die Vorschläge für den Strukturwandel in der Mitteldeutschen Region aus einer sozial-ökologischen Perspektive zu bewerten. Dabei gehen wir von zwei Voraussetzungen aus: zum einen, dass Deutschland dringend aus der Kohleverstromung aussteigen muss, um die Pariser Klimaziele zu erreichen und den Ansprüchen globaler Gerechtigkeit zu entsprechen; zum zweiten, dass dabei die berechtigten Interessen von Beschäftigten an guter Arbeit und einem guten Leben nicht übergangen werden. Der vorherrschenden Vorstellung von Strukturwandel möchten wir einen alternativen Entwurf entgegensetzen, der soziale wie ökologische Interessen berücksichtigt, konkrete Alternativen beinhaltet und gleichzeitig die Perspektive einer grundlegenden Transformation eröffnet.

1 DIE MITTELDEUTSCHE REGION – EIN POLITISCHES PORTRÄT

1.1 GESCHICHTE EINER BERGBAUREGION

Das Mitteldeutsche Revier hat eine wechselvolle Geschichte. Bereits im 19. Jahrhundert entwickelte sich dort eine Braunkohleindustrie, die die regionale Gesellschaft und Landschaft sehr veränderte. Durch den starken Zuzug von Arbeitskräften verzehnfachte sich zum Beispiel die Einwohnerzahl von Hohenmölsen im heutigen Burgenlandkreis innerhalb von nur 100 Jahren bis 1900 auf über 3.000. Die Braunkohleindustrie brachte der örtlichen Bevölkerung Errungenschaften wie Strom, fließendes Wasser und einen Bahnanschluss, erzwang aber auch seit 1932 Umsiedlungen im Revier, durch die bis heute mehr als 50.000 Menschen aus über 100 Orten ihre Heimat verloren haben. Die Entwurzelten wurden in Städte umgesiedelt wie zum Beispiel Hohenmölsen – zumeist ohne öffentliche Proteste.

Doch die Gegend war alles andere als eine politisch befriedete Region. Nicht nur die nahen Städte Halle und Leipzig waren in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Zentren des progressiven Bürgertums und selbstbewusster Arbeitermilieus (Rink 1995; Hofmann 1995b),¹ auch weite Teile der Region waren rote Hochburgen. Wegen der immer wieder aufflammenden Arbeiterkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg rief die KPD 1921 zum sogenannten Mitteldeutschen Aufstand auf, der bald die Industriezentren in Halle, Leuna, Merseburg und im Mansfelder Land ergriff. Armee und Polizei schlugen diesen revolutionären Aufstandsversuch nieder.² Aber Fragmente der widerständigen Arbeitertradition überdauerten bis in die DDR hinein, wie sich etwa während des Aufstands am 17. Juni 1953 zeigte, der vor allem von den Arbeitermilieus der alten SPD- und KPD-Hochburgen getragen wurde.

In der Zeit des Nationalsozialismus war das Revier wichtig, weil aus der Braunkohle nicht nur Energie gewonnen wurde, sondern weil sich dort schon früh eine chemische Industrie angesiedelt hatte, die auf die stoffliche Verwertung des fossilen Rohstoffs für chemische Produkte und Anwendungen setzte. Der in den 1920er Jahren von Unternehmen wie BASF, Bayer und Hoechst gegründete IG-Farben-Konzern arbeitete mit dem faschistischen Regime intensiv daran, Benzin und Kautschuk durch Braunkohle zu ersetzen, um sich von Kraftstoffimporten unabhängig zu machen (Agora Energiewende 2017). Das sogenannte Leuna-Benzin stellte die IG Farben nicht nur in Hydrierwerken in Leuna und Zeitz, sondern sogar in einer eigenen Anlage beim Konzentrationslager Auschwitz her – und lieferte damit einen Teil des unentbehrlichen Treibstoffs für den Vernichtungskrieg. Die Bombardierung der mitteldeutschen Werke durch die Alliierten trug zur Niederlage der Nazis bei, weil sie eines Großteils ihrer Treibstoffzufuhr beraubt wurden.

Zwar enteignete die Sowjetische Militäradministration (SMAD) ab 1945 die Produktionsmittel der IG Farben in der Sowjetischen Besatzungszone, doch in den folgenden Jahrzehnten weitete die DDR-Führung den Braunkohleabbau in der Mitteldeutschen Region aus, um in Bezug auf Strom, Treibstoff und chemische Produkte eine gewisse Autarkie anzustreben (ebd.). Die Zerstörung von Landschaften und Ökosystemen ging weiter ebenso wie die Umsiedlungen, die die Bevölkerung in den Bergarbeiterstädten ansteigen ließen. Gleichzeitig gelang es der SED, die Belegschaften an sich zu binden. Erst mit dem Niedergang der DDR zerbrach die Identifikation der Arbeiter*innen mit den Betrieben und dem lokalen SED-Establishment. Damals offenbarte sich auch in vollem Umfang der marode Zustand der Anlagen, die schon zu DDR-Zeiten schwere Umweltschäden verursacht, aber auch eine ökologische Protestbewegung hervorgerufen hatten (Hofmann 1995a).

1.2 WIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKT IN DER REGION

Dennoch war die ökonomische Krise nach der Wende keine Zwangsläufigkeit, sondern nicht zuletzt das Ergebnis von Strategien der westdeutschen Eliten. Die Währungsunion, die Übernahme von Altschulden aus der DDR und die Kahlschlagpolitik der Treuhand zwangen viele Volkseigene Betriebe (VEB) in die Knie. Die meisten Betriebe, die nicht direkt liquidiert wurden, privatisierte die Treuhand. Über drei Viertel davon gingen an westdeutsche Investoren – weniger als 10 Prozent an ostdeutsche Unternehmer*innen.

Die Zerschlagung der DDR-Ökonomie führte zu einer dauerhaften staatlichen Transferabhängigkeit der ostdeutschen Bundesländer und bis heute fließen die Unternehmensgewinne zurück an die westdeutschen und internationalen Eigentümer. Ähnlich verhält es sich mit den Unternehmenssteuern, die am Sitz des Unternehmens anfallen und nicht dort, wo sich deren Filialen oder Ausgründungen befinden. Deshalb spricht man im Zusammenhang mit dem ostdeutschen Wirtschaftsraum von einer «Filialökonomie» (Intelmann 2020). Die Wende markierte aber nicht den einzigen wirtschaftlichen Einbruch in Sachsen-Anhalt. Durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik wanderten in den Folgejahren in mehreren Fällen neue Unternehmen ab oder gingen insolvent. Das markanteste Beispiel war die Pleitewelle der regionalen Solarindustrie vor rund zehn Jahren.

Im südlichen Sachsen-Anhalt wurden nach 1990 viele Tagebaue geschlossen. Die neuen Eliten wickel-

¹ Zum Konzept sozialer Milieus siehe Vester et al. 2015. ² Auch in Reaktion darauf siedelten Unternehmer*innen gezielt Arbeitskräfte aus anderen Regionen an, die sich in der Folgezeit zu einer starken Basis der Nationalsozialist*innen entwickelten – so etwa im heute sächsischen Espenhain (Hofmann 1995a).

ten auch zahlreiche Betriebe im Chemie-Cluster Bitterfeld–Halle–Merseburg ab und privatisierten den Rest. In den ersten Jahren nach der Wende verloren rund 80 Prozent der Chemie-Arbeiter*innen und 90 Prozent der Bergleute ihren Job. Rund zwei Drittel derjenigen, die damals arbeitslos wurden, waren Frauen. Eine Gesprächspartnerin, die in der Region aufgewachsen ist, erinnert sich: «Das ist eine Region, die gelitten hat nach der Wende [...]. Es wurde sehr viel deindustrialisiert – ganz viel billig aufgekauft und dann dicht gemacht. Viele haben ihre Arbeitsplätze verloren [...]. An die Zuckerfabriken kann ich mich von früher erinnern. Diesen Geruch, den habe ich immer noch in der Nase. Das Hydrierwerk, die Kinderwagen von Zekiwa und die Schokofabrik Zetti [...] – das waren große, auch identitätsstiftende Firmen» (I LF_1).³ Vor allem die Städte, in denen Industriebetriebe angesiedelt waren oder in denen die Arbeiter*innen lebten, wie Zeitz, Hohenmölsen und Halle-Neustadt, waren von Arbeitslosigkeit und Verarmung betroffen.

Die ökonomische Schockstrategie der Wendejahre erklärt auch die heutige Wirtschaftsstruktur in der Mitteldeutschen Region. Dort gibt es nur einige nachgelagerte Produktionsstandorte und Filialen von Konzernen, deren Zentralen sich in Westdeutschland oder im Ausland befinden. Davon abgesehen ist die Wirtschaft durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Auch das Handwerk ist überwiegend durch kleine Betriebe mit durchschnittlich vier Beschäftigten gekennzeichnet. Soloselbstständige machen 45 Prozent der insgesamt rund 13.500 Handwerksbetriebe aus.

Mehrere Studien, die die Situation der Mitteldeutschen Region mit der in anderen Regionen vergleichen (UBA 2019; DEBRIV 2018; RWI 2018), kommen zu dem Ergebnis, dass die kleinteilige Wirtschaftsstruktur der wesentliche Grund für die niedrige Forschungs- und Patentintensität der regionalen Wirtschaft ist. Die überdurchschnittlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung durch die öffentliche Hand könnten kaum die Forschungsschwäche der Unternehmen ausgleichen, da die Region außer in Leipzig, Halle und Merseburg nur über wenige Hochschulen und Forschungseinrichtungen verfügt.

Die Qualifikationsstruktur des «Humankapitals» sei vor allem durch Ausbildungsabschlüsse in handwerklichen Berufen geprägt. Es fehle der Wirtschaft an hoch qualifizierten wissenschaftlichen Fachkräften, insbesondere aus dem technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Die Wirtschaftsleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in – liege unter dem Bundesdurchschnitt, auch wenn in den letzten Jahren ein gewisser Aufholprozess gegenüber den westlichen Bundesländern festzustellen sei. Dieses Wachstum geht vor allem vom Dienstleistungssektor und dem produzierenden Gewerbe aus. In diesen beiden Sektoren wurden in den letzten Jahren die meisten Jobs neu geschaffen – genauso wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern (IWH 2019). Zwar ging die Arbeitslosenquote zurück, sie lag aber 2018 auf der

sachsen-anhaltischen Seite der Region immer noch bei 8 Prozent (IAB 2019). Während die Quote aktuell im Saale- und im Burgenlandkreis jeweils «nur» 6,7 Prozent beträgt, sind es in Mansfeld-Südharz 9,3 und in Halle 9,4 Prozent.

Im sachsen-anhaltischen Teil des Mitteldeutschen Reviers ist der Anteil der Beschäftigten in der Industrie etwas niedriger als im Land Sachsen-Anhalt und im Bundesdurchschnitt (RWI 2018). So arbeiten im IHK-Bezirk Halle-Dessau, der sich weitgehend mit dem sachsen-anhaltinischen Teil der Mitteldeutschen Region deckt, gut 18 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Der restliche Arbeitsmarkt der Region wird vom Dienstleistungssektor dominiert. Knapp 25 Prozent der Berufstätigen sind allein im Bereich Bildungs- und Sorgetätigkeiten beschäftigt. Dazu zählen das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen sowie weitere personenbezogene Dienstleistungen (IHK 2018). Nur in den Zentren der traditionellen Tagebauregion ist die Bedeutung der Industrie deutlich größer (IAB 2019). Die wichtigste Branche des verarbeitenden Gewerbes ist die chemische Industrie. Auch die Nahrungs- und Futtermittelindustrie ist mit mehreren Unternehmen in der Region vertreten. Hinzu kommen Metall- und andere Grundstoffindustrien, Maschinenbau, Zulieferunternehmen, die Autoindustrie und die Logistikbranche.

1.3 UMGANG MIT DEM STRUKTURBRUCH

In den 1990er Jahren verließen viele junge Leute – insbesondere Frauen und Menschen mit höheren Berufsabschlüssen – die Region auf der Suche nach einem Arbeitsplatz und einer besseren Lebensperspektive. In der Folge kam es zu einer Überalterung der verbliebenen Bevölkerung, die bis heute sichtbar ist. Allerdings drehte sich der Wanderungssaldo etwa ab 2009 und es war eine leichte Nettozuwanderung in die Region festzustellen. In den kommenden Jahrzehnten könnte die Einwohnerzahl vor allem in den ländlichen Räumen jedoch weiter schrumpfen (DEBRIV 2018; RWI 2018). In Städten wie Zeitz stehen viele Häuser leer oder werden abgerissen.

Die Jüngeren, die dageblieben sind, verschoben oft aus sozialer Unsicherheit eine Familiengründung. Auch wenn inzwischen wieder mehr Kinder im Revier geboren werden, fehlt eine Generation junger Erwachsener, die die Gemeinden mit Leben füllen könnte. Hinzu kommt, dass es an Betreuungs- und Gesundheitseinrichtungen, Einkaufsläden, Gaststätten und anderen Möglichkeiten, sich zu treffen, mangelt. Die Infrastruktur ist weder auf die alternde Bevölkerung noch auf die wachsenden Kinderkohorten eingestellt. Nicht wenige Menschen haben sich eine ökonomische Existenz aufgebaut, die aber prekär bleibt. Kleingewerbe und Handwerksbetriebe kämpfen mit unsiche-

³ Eine Liste mit allen geführten Interviews findet sich im Anhang.

ren Bedingungen und haben oft Probleme mit der Betriebsnachfolge.

Die Menschen gingen – nicht zuletzt milieuhängig – mit den gesellschaftlichen Umbrüchen subjektiv ganz unterschiedlich um. Auch in der Mitteldeutschen Region finden sich leistungsorientierte Aufsteiger*innen und neue Eliten, zufriedene Facharbeiter*innen und hedonistische Jugendmilieus sowie – vor allem in den Großstädten – bildungsbürgerliche, weltoffene und gesellschaftskritische Milieus. Sie reagieren oft flexibler und optimistischer auf gesellschaftliche Veränderungen (Vester 1995).

Und dennoch: Insbesondere in den kleinbürgerlichen, traditionellen und sozial prekären Milieus ist die vorherrschende Stimmung im Revier weiterhin durch Verunsicherung, Frustration und Vergeblichkeit geprägt. Viele Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass sich noch etwas zum Positiven wendet. Ihnen fehlt der Mut, selbst Visionen zu entwickeln und zu verfolgen. Sie fühlen sich abgehängt und benachteiligt. Sie misstrauen den Politiker*innen, die die verbreitete Erwartung enttäuscht haben, dass der Staat Lösungen für die Probleme der Bürger*innen anbieten müsse. Das hat viel mit den Erfahrungen der Kahl-schlagpolitik in den Wendejahren zu tun. Das Ende der DDR, die von einem Teil der Menschen als sicherer und gemeinschaftlicher erinnert wird, und die Wut auf die Treuhand prägen bis heute die Wahrnehmungen. Viele haben eine Abwertung ihrer biografischen Erfahrungen und (beruflichen) Lebensleistungen erlebt: «Alle identitätsstiftenden Momente wie die Arbeitskultur haben einen Bruch erfahren – oft mehrere Brüche. Das hat die Leute entkoppelt von ihrem Sein» (I ME).

Doch in den letzten Jahren hat sich in der Region auch manches zum Guten gewendet. Vor allem der Burgenlandkreis mit Weinbergen, Wasserläufen und Kulturdenkmälern wie dem Naumburger Dom erlebt einen touristischen Aufschwung. Teilweise ziehen nun auch Menschen aus dem Ballungsraum Halle–Leipzig zu, die den steigenden Immobilienpreisen und der Hektik der Stadt entfliehen. Sie freuen sich über den bezahlbaren Wohnraum und schätzen die Lebensqualität der Gemeinden. Manche nehmen auch vor Ort Jobs an bzw. verlagern ihre freiberufliche Tätigkeit dorthin.

Hohenmölsen konnte sich beispielsweise trotz widriger Bedingungen gut entwickeln. Im Jahr 2015 wurde dort der Bevölkerungsrückgang gestoppt. Seit 2018 gibt es unter dem Strich sogar Zuzug. Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder. Andy Haugk, der Bürgermeister von Hohenmölsen, erklärt diese «zarten Pflänzchen» mit der Attraktivität des Wohnstandorts: «Wir sind schnell in Leipzig, in Halle, in Gera und in Jena. Mit der Infrastruktur, die wir haben – alle Schulformen und die Kompaktheit der Kleinstadt mit den kurzen Wegen – sind wir ein attraktiver Wohnstandort geworden und werden mittlerweile so auch wahrgenommen. Das führt zum Beispiel dazu, dass wir gar nicht schnell genug hinterherkommen, Bauland zu entwickeln» (I BM).

1.4 DIE RADIKALE RECHTE UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Trotz solch ermutigender Entwicklungen hat die in Sachsen-Anhalt vom «Flügel» dominierte AfD in den letzten Jahren große Wahlerfolge erzielt. Bei der Landtagswahl 2016 ist sie mit 24,3 Prozent in den Magdeburger Landtag eingezogen und hat viele Direktmandate errungen. Seitdem setzt die AfD einerseits auf rechte Fundamentalopposition und Einschüchterung der kritischen Zivilgesellschaft, andererseits macht sie der CDU Avancen, eine völkisch-konservative Regierungskoalition zu bilden (Begrich 2019).

Insbesondere der Süden des Bundeslandes ist eine Hochburg der AfD. Bei der Landtagswahl 2016 wie bei der Europawahl 2019 erzielte die Rechtsaußenpartei weit überdurchschnittliche Ergebnisse im Burgenland- und Saalekreis sowie in Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld. 2016 lagen die Zahlen in den traditionellen Kohle- und Industrieorten Zeitz (30,3%) und Hohenmölsen (35,2%), Merseburg (30,4%) und Leuna (35,9%) sowie Seegebiet Mansfelder Land/Amsdorf (37,1%) teilweise noch über den hohen Kreisergebnissen. Auch die klassische Neonazi-Szene ist im Burgenlandkreis fest verankert.⁴ Nur in Halle blieb der Erfolg der AfD bescheidener, wobei sie in den alten DDR-Arbeitersiedlungen wie Halle-Neustadt, Südstadt und Silberhöhe deutlich zugewinnen konnte.

DIE LINKE kam in Sachsen-Anhalt auf 16,3 Prozent und konnte nur in Mansfeld-Südharz, in Anhalt-Bitterfeld und im gesamten Stadtgebiet von Halle überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.⁵

Kritische zivilgesellschaftliche Strukturen sind in Sachsen-Anhalt insgesamt und speziell in der Mitteldeutschen Region nur schwach ausgeprägt. Demokratisches Engagement beschränkt sich gerade im ländlichen Raum auf wenige Initiativen und aktive Einzelpersonen. Verbände, Initiativen und Parteien haben oft kaum Aktive, auch wenn in der Region durchaus viele Sport-, Kleingarten- und Heimatvereine existieren. Nichtsdestotrotz sollte nicht vergessen werden, dass auch in der Mitteldeutschen Region 70 bis 75 Prozent der Wählenden ihr Kreuz *nicht* bei der AfD machen. Auch dort finden sich progressive Akteure, die vom Engagement mutiger Gewerkschafter*innen, Ehrenamtlicher und Lokalpolitiker*innen leben. So eine Person ist beispielsweise der Bürgermeister von Hohenmölsen, Andy Haugk, der 2015 eine Geflüchtetenunterkunft in der Stadt trotz aufgeheizter Debatten in Bürgerversammlungen verteidigte.

Im Burgenlandkreis setzt sich auch der CDU-Landrat Götz Ulrich für Geflüchtete und gegen Rechtsradikale ein. In Naumburg entstehen immer wieder Ansätze einer alternativen Jugendkultur, obwohl viele junge

⁴ Nach mehrjähriger Untersuchungshaft zog der verurteilte Ralf Wohlleben, der als einer der zentralen Strippenzieher im weitverzweigten Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gilt, 2018 in die Gemeinde Elsteraue zu faschistischen Gesinnungsgenoss*innen; vgl. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/08/15/das-neue-leben-des-raif-wohlleben_26940. ⁵ <https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/gebiet-und-wahlen/wahlen/>.

Leute in die Großstädte abwandern. In Zeitz ist mit Unterstützung der LINKEN ein Bündnis gegen rechts entstanden. Das Simon-Rau-Zentrum in Weißenfels erinnert an die große jüdische Gemeinde, die es vor dem NS-Regime in der Stadt gab, und fungiert vor Ort als «ein Nukleus von linker Zivilgesellschaft, der auch eine Strahlkraft hat» (I ME). In Mansfeld-Südharz existiert ein umtriebiger «Bündnis gegen Pflegenotstand»,⁶ im Saalekreis sind verschiedene linke Akteure aktiv – so das Bündnis «Merseburg für Vielfalt und Zivilcourage»⁷ oder das linke Kulturzentrum RATS in Obhausen.⁸

1.5 DIE STÄDTE UND DAS LAND

Eine besondere Rolle für die gesamte Mitteldeutsche Region spielt das Verhältnis von Großstädten und ländlichen Räumen. So hat Leipzig eine große wirtschaftliche und soziale Bedeutung für das sachsen-anhaltische Revier, obwohl die Stadt in Sachsen liegt. Das gilt ebenfalls für die Universitäts-, Kultur- und Arbeiterstadt Halle auf der sachsen-anhaltischen Seite. Dort war ein wesentlicher Treiber der Wende die linke Opposition, von der Teile in gewandelter Form bis heute fortbestehen – etwa im Reformhaus,⁹ in dem noch heute viele zivilgesellschaftliche Vereine ihren Sitz haben. In den letzten Jahrzehnten haben zudem studentisch geprägte linke Gruppierungen und eine vielfältige Kulturszene an Bedeutung gewonnen – auch wenn in Teilen der Stadt rechte Akteure wie die Identitären und andere Neonazis weiterhin stark sind. Wegen der verbreiteten Armut und der heruntergekommenen gründerzeitlichen Bausubstanz in den 1990er Jahren noch als «Diva in Grau» bezeichnet, erlebte die Stadt in den letzten Jahren einen an Kraft gewinnenden wirtschaftlichen Aufschwung und eine kulturelle Dynamik – damit verbunden stiegen gleichzeitig Mietpreise und Wohnraummangel.

Durch ihre Attraktivität und wirtschaftliche Potenz gelingt es den beiden Großstädten, Aufmerksamkeit und Geldflüsse auf sich zu lenken. Die Unterschiede zwischen den boomenden Städten und abgehängten ländlichen Gemeinden drohen sich zu verstärken, obwohl die ländlichen Regionen auch von der Nähe zu den beiden Oberzentren profitieren. Das widersprüchliche Verhältnis von Metropolen und ländlichen Räumen lässt sich gut an den Pendler- und Wanderungsbewegungen zeigen. Zwar pendeln durchaus viele Angestellte aus anderen Kreisen und Städten ins Revier hinein. Die meisten Tagebau-Arbeiter*innen leben allerdings im Burgenlandkreis selbst (RWI 2018). Vor allem aber sind der Burgenlandkreis und der Kreis Mansfeld-Südharz von Auspendler*innen geprägt, von denen die meisten einen Job in Leipzig haben. Nur gut die Hälfte der Bürger*innen beider Kreise arbeitet auch dort. «Insgesamt betrachtet sind die [...] Tagebaukreise eher in andere Regionen orientierte Wohnregionen als ein Arbeitsmarktzentrum» (IAB 2019).

Auch zwischen und innerhalb der Umlandkreise bestehen große Unterschiede. So ist der Saalekreis, der Halle umschließt, im Süden von den Industrie- und For-

schungszentren Leuna, Merseburg und Schkopau geprägt. Erfuhren die Orte nach der Wende einen schweren Strukturbruch, so ist dort seit einigen Jahren ein ökonomischer Aufschwung zu beobachten, von dem auch ein Teil der Beschäftigten profitiert. Der Westen und Norden des Kreises sind stärker durch eine landwirtschaftliche Struktur und einen Mangel an sozialen Infrastrukturen gekennzeichnet. Lange bestand zwischen Halle und dem Kreis ein Konkurrenzverhältnis. Aber inzwischen haben sich die politischen Spitzen zusammengenommen, um sich gemeinsam einen möglichst großen Anteil an den Mitteln zu sichern, die für den Strukturwandel zur Verfügung gestellt werden.

Demgegenüber hat Mansfeld-Südharz weiterhin mit starken wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Der Kreis hat in Teilen eine jahrhundertealte Bergbautradition, erlebte nach der Wende aber ebenfalls einen massiven Bruch. Heute gehört er zu den wirtschaftlich schwächsten Kreisen in Deutschland mit einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit und kleinteiligen Wirtschaftsstruktur. Chancen einer sozialen Belebung des Kreises liegen in der schönen Natur- und Kulturlandschaft und in den Menschen, die sich vor Ort in Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik engagieren. Auch der Kreis Anhalt-Bitterfeld war lange durch den Braunkohleabbau geprägt, der sich noch in den Bergbau-Folgelandschaften erkennen lässt. Der Kreis war ebenfalls nach der Wende von einer schweren sozialen Krise betroffen und gilt heute als strukturschwach. Wirtschaftlich dominiert dort die Stadt Bitterfeld-Wolfen und der gleichnamige Chemiepark. Nach dem Ende der DDR wurden die zum Teil hochbelasteten Flächen aufwendig saniert. Der Rest des Landkreises ist landwirtschaftlich geprägt und dünn besiedelt.

Mehrere Gesprächspartner*innen skizzieren ein zukünftiges Verhältnis von Stadt und Land, bei dem alle Beteiligten gewinnen können. Aufgrund der steigenden Miet- und Immobilienpreise in Halle und Leipzig zieht es viele Städter*innen ins Umland. Vom Zuzug profitieren Handwerk und Kleingewerbe durch die wachsende Kaufkraft. Voraussetzung ist allerdings die Anbindung an verkehrliche und digitale Infrastrukturen. Im Zuzug steckt auch ein demokratisches Potenzial: Die neu zugezogenen Städter*innen sind oft begeistert vom ländlichen Raum und haben Lust, ihn mitzugestalten. Sie initiieren Kulturprojekte und setzen sich für eine bessere Nahversorgung ein. Zusammen mit aufgeschlossenen, aktiven Einheimischen stärken sie zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort.

Andere Interviewpartner*innen warnen vor einem weniger positiven Szenario: Die Gemeinden im Umland könnten sich zu reinen Schlaforten entwickeln. Die Zugezogenen konzentrieren sich auf ihr Privatleben. Ihre Arbeit findet ohnehin oft woanders statt. Sie engagieren sich nicht in der Gemeinde und in zi-

⁶ <https://de-de.facebook.com/buendnisgegenpflegenotstandmsh/>. ⁷ <https://mersevielfalt.wordpress.com/>. ⁸ <https://ratsobh.home.blog/>. ⁹ www.reformhaus-halle.de/.

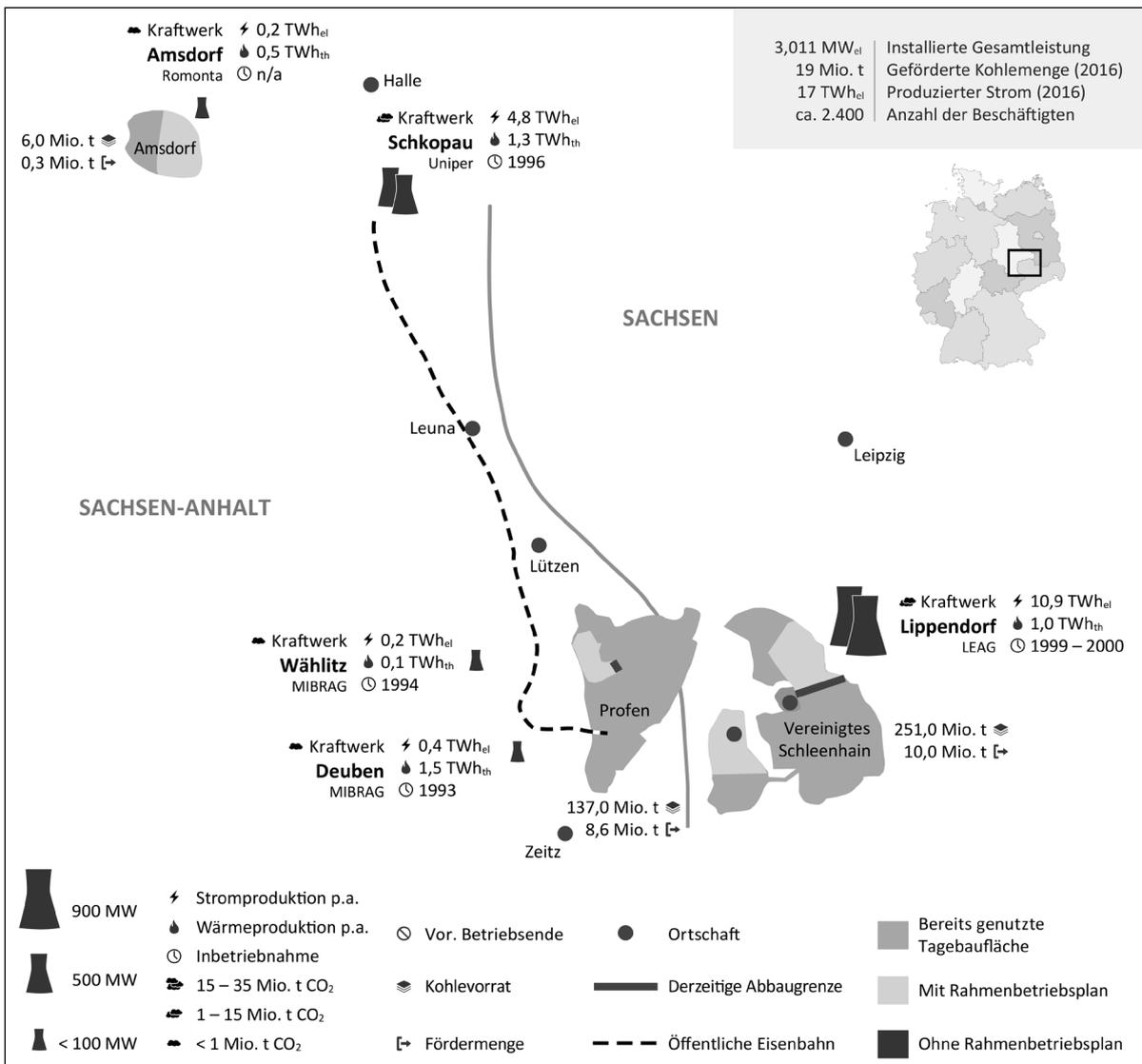
vilgesellschaftlichen Strukturen. Zudem stoßen die Neubürger*innen bei manchen Einheimischen auf Zurückhaltung und Misstrauen. Letztere fühlen sich an den von westdeutschen Eliten durchgesetzten neoliberalen Kahlschlag der 1990er Jahre erinnert, wenn Ortsfremde Häuser und Grundstücke kaufen und Routinen des Gemeindealltags verändern. Die Vorbehalte haben auch mit der Verunsicherung im Revier zu tun, die durch den langfristigen Ausstieg aus der traditionellen Kohleindustrie entsteht.

1.6 KOHLE, KUMPELS UND KONZERNE

Im Tagebau Profen im Burgenlandkreis wird Braunkohle gefördert, die über das öffentliche Eisenbahnnetz an das 40 Kilometer entfernte Kraftwerk Schkopau im Saalekreis geliefert wird. Die zwei 450-Megawatt-Blöcke von Schkopau, die einen elektrischen Wirkungsgrad von 40 Prozent erreichen, gingen 1995/96 in Betrieb.

Das Land Sachsen-Anhalt subventionierte den Bau damals mit (umgerechnet) über 300 Millionen Euro, um den weiteren Braunkohleabbau im Revier abzusichern. Neben der allgemeinen Strombereitstellung versorgt das Kraftwerk auch den benachbarten Chemiepark mit Wärme und Elektrizität. Auf der sächsischen Seite beliefert der Tagebau Vereinigtes Schleenhain das Kraftwerk Lippendorf mit Braunkohle. Daneben verfügt das Revier über mehrere kleine Kraftwerke: Die Anlagen in Wähilitz und Deuben versorgen die beiden Tagebaue selbst mit Strom und teilweise auch die Stadt Hohemölsen mit Fernwärme. 2015 wurden noch knapp 19 Millionen Tonnen Braunkohle im Mitteldeutschen Revier gefördert. Davon entfielen 8,6 Millionen Tonnen auf Profen. Zu dieser Zeit betragen die verfügbaren Reserven 137 Millionen Tonnen in Profen und 251 Millionen Tonnen im Vereinigten Schleenhain (Agora Energiewende 2017; UBA 2019).

Karte 1: Das Mitteldeutsche Revier



Quelle: verändert nach Coalexit (2019: 5) basierend auf Daten vom DEBRIV;
 TWh el/th: Terawattstunde elektrisch/thermisch, MW el: Megawatt elektrisch, t: Tonnen, n/a: nicht verfügbar bzw. keine Angabe

Im Jahr 2016 betrug die direkte Bruttowertschöpfung der Braunkohleunternehmen im Revier 341 Millionen Euro. Laut deren Lobbyverband spielt die Braunkohleindustrie eine große Rolle für die regionale Wirtschaft, weil sie von Zulieferern Vorleistungen bezieht (etwa Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen) und weil sie die Grundstoff-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie mit Energie versorgt und als wichtiger Investor auftritt. So induziert sie weitere Wertschöpfung im Umfang von rund 170 Millionen Euro in der Region (DEBRIV 2018).

Nicht zuletzt gibt die Braunkohleindustrie Bergleuten und Angestellten Arbeitsplätze. Die Angaben zu den Beschäftigtenzahlen des Tagebauunternehmens Mibrag variieren allerdings stark. Plausibel erscheint eine Zahl von 2.700 Mitarbeiter*innen (einschließlich aller Tochterfirmen). Laut Arepo Consult arbeiten direkt im Tagebau Profen 320 Bergleute. Jenseits der Mibrag gibt es weitere 370 Arbeiter*innen im Kraftwerk Schkopau (Arepo Consult 2017). Die im Dezember 2020 veröffentlichten Zahlen der Norddeutschen Landesbank (Nord/LB) beziffern die Beschäftigtenzahl bei der Mibrag im Tagebau und in der Veredelung auf 1.440 Personen (Nord/LB 2020). Die in der Kohleindustrie Beschäftigten haben in der ganzen Region einen Anteil von 0,5 Prozent an der Arbeitnehmerschaft, im Burgenlandkreis sind es 1,5 Prozent. Rund die Hälfte dieser Arbeiter*innen sind über 50 Jahre alt. Allerdings sind auch viele unter 25. Die mittlere Generation ist unterrepräsentiert.

Durch die Nachfrage der Kohleunternehmen und ihrer Beschäftigten sollen mit indirekten und induzierten Effekten weitere 2.100 bis 3.600 Arbeitsplätze in der Region erhalten werden (IAB 2019). Viele Bergleute sind nach wie vor in der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) organisiert, die deshalb hohe Tariflöhne für die Beschäftigten sichern kann. Die Arbeiter*innen profitieren von der gewerkschaftlichen Errungenschaft der Montanmitbestimmung, die ihnen eine paritätische Vertretung im Aufsichtsrat garantiert. Für die vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten müssen Lösungen gefunden werden, was angesichts der Zahl der Betroffenen machbar sein sollte. Bestehenden Ängsten muss eher auf der Ebene der regionalen Identität und der Zukunftsaussichten für die Region begegnet werden.

Um die heutige Situation der Braunkohleindustrie und die hinter ihr stehenden Unternehmensinteressen zu verstehen, ist es wichtig, ihre Geschichte seit der Wende zu beleuchten. So übernahm die Treuhand 1990 die vormaligen Braunkohlekombinate und verkaufte die Tagebaue im Mitteldeutschen Revier – nach heftigen politischen Auseinandersetzungen – an ein britisch-amerikanisches Konsortium. Die Mibrag mbH war geboren (Agora Energiewende 2017). Im Jahr 1990 hatten noch rund 60.000 Beschäftigte in der Braunkohleindustrie gearbeitet und 80 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr gefördert. In den folgenden Jahren wurde die Förderung massiv heruntergefahren (IAB 2019).¹⁰

Die wirtschaftliche Landschaft veränderte sich noch einmal grundlegend, als die tschechische Energietický a Průmyslový Holding a. s. (EPH) 2009 auf dem ostdeutschen Energiemarkt auftauchte. Nach mehreren Veränderungen in der Gesellschafterstruktur ist EPH inzwischen weitgehend im Eigentum des Milliardärs und Finanzoligarchen Daniel Křetínský. EPH ist ein typischer Finanzmarktinvestor, der über Offshore-Gesellschaften und Briefkastenfirmen in Steueroasen ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut hat. Křetínský hat sich auf hochspekulative und riskante Geschäfte spezialisiert, bei denen er Unternehmen billig aufkauft und durch ökonomische Umstrukturierungen und halblegale Tricks kurzfristig Gewinne daraus abschöpft, wie Greenpeace Deutschland in mehreren investigativen Studien gezeigt hat (Greenpeace 2016; Greenpeace 2017).

So auch bei der Mibrag: 2009 erwarb die halbstaatliche ČEZ das Braunkohleunternehmen zusammen mit einem anderen tschechischen Investor und verkaufte ihre Anteile kurz darauf billiger weiter an EPH (Agora Energiewende 2017). Wenig später erhielten mehrere ČEZ-Manager*innen hoch dotierte Posten bei EPH. Greenpeace hat die Frage aufgeworfen, ob es sich um eine gezielte Belohnung gehandelt haben könnte. Inzwischen gehört die Mibrag zu 100 Prozent Křetínskýs Konzern. Er ließ sich großzügige bilanzielle Gewinne von der Mibrag ausschütten – und reduzierte die ohnehin knapp bemessenen Rückstellungen für den Rückbau und die Renaturierung von rund 230 auf 100 Millionen Euro. Schon 2014 hatte EPH den Mibrag-Kaufpreis auf diese Weise mehr als refinanziert (Greenpeace 2016). 2016 erwarb EPH dann auch das Braunkohlegeschäft in der Lausitz vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall, der sich nicht nur aus Imagegründen, sondern auch wegen der ungewissen wirtschaftlichen Aussichten der Braunkohleförderung von dem Geschäft trennen wollte. Weil das tschechische Unternehmen damit auch die volle Verantwortung für die spätere Rekultivierung übernahm, zahlte Vattenfall ihnen Barmittel in Höhe von 1,7 Milliarden Euro.¹¹ In den Bilanzen der LEAG – ein Tochterunternehmen von EPH, das als Nachfolger von Vattenfall die Braunkohleindustrie in der Lausitz betreibt –, deren Eigenkapitalquote zwischenzeitlich stark zurückgegangen war, lassen sich die Milliarden nicht eindeutig wiederfinden. Es ist zu befürchten, dass das Geld im undurchsichtigen Firmengeflecht von EPH verschwunden und für die deutschen Behörden nicht mehr greifbar ist (Greenpeace 2017; Greenpeace 2018).

Der Vattenfall-Deal passt laut Greenpeace zum umstrittenen Geschäftsmodell von EPH: «In Zeiten der

¹⁰ Über mehrere Zwischenschritte wurden Auffang- und Qualifizierungsgesellschaften für einen Teil der Beschäftigten gegründet, von denen einige für die Sanierung der Bergbau-Folgelandschaften zuständig waren. Sie gingen teilweise in der länderübergreifenden Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) auf, die sich im Besitz des Bundes befindet (UBA 2019). ¹¹ Es lässt sich allerdings nicht zweifelsfrei feststellen, ob das Geld tatsächlich in vollem Umfang geflossen ist.

Krise stürzen regelmäßig sogenannte Geierfonds auf die verzweifelten Verkäufer, um deren Vermögenswert billig aufzukaufen. Sie geben dem Verkäufer wie Vattenfall eine letzte Gelegenheit, das Unternehmen kurz vor dem Zusammenbruch zu verlassen. Der Fonds investiert nicht, um mit dem operativen Geschäft des gekauften Unternehmens Geld zu verdienen, sondern zielt darauf ab, aus politischen Handlungszwängen Kapital zu schlagen. Die Investoren schlachten die Unternehmen zum Zwecke kurzfristiger Gewinnmaximierung aus» (Greenpeace 2017). Wir werden später auf die Folgen dieser Geschäftsstrategie zurückkommen (siehe Kap. 3.4).

Über die LEAG kontrolliert EPH nicht nur (zusammen mit EnBW) das sächsische Kraftwerk Lippendorf. Die Holding ist auch über die Saale Energie GmbH am Kraftwerk Schkopau beteiligt. Laut Medienberichten wird die LEAG zudem 2021 die Anteile des bisherigen Mehrheitsigners Uniper übernehmen.¹² Dann wird EPH über fast die gesamte Braunkohleindustrie in Ostdeutschland gebieten. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind die Eigentumsverhältnisse in der ostdeutschen Kohleindustrie nicht fragmentiert, sondern hochgradig monopolisiert.

Die Transaktionen wurden von Landesseite jeweils begleitet und protegiert. So deckte Greenpeace auf, dass sich das Brandenburger Wirtschaftsministerium bereits Anfang 2014 mit Vertreter*innen von Vattenfall und EPH getroffen hatte, um den Deal einzufädeln – lange bevor das schwedische Unternehmen seine Verkaufsabsichten äußerte (Greenpeace 2017; Greenpeace 2018).¹³ Ähnlich eng sind die Verbindungen in der Mitteldeutschen Region: Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, pflegt enge Kontakte zu EPH. Stanislaw Tillich setzte sich in seiner Zeit als Ministerpräsident von Sachsen in der Kohlekommission dafür ein, dass die Energiekonzerne ihre Kraftwerke und Tagebaue noch möglichst lange betreiben können. Nachdem er sich im Herbst 2018 aus der Politik zurückgezogen hatte, wurde er im September 2019 Aufsichtsratsvorsitzender der Mibrag.¹⁴ Auch auf der kommunalpolitischen Ebene gibt es enge Beziehungen. Dort erscheint EPH weit weg, aber die Mibrag wird als vertrauter Partner erlebt. Man kennt sich, berät sich und trifft gemeinsam Entscheidungen. Im Zuge von Umsiedlungen finanziert das Bergbauunternehmen regelmäßig neue Infrastrukturen in den Gemeinden. Die Stadt Hohenmölsen betreibt beispielsweise zusammen mit der Mibrag ein Fernwärmenetz und den Mondsee (ein Freizeitpark an einem gefluteten Tagebau).

Viele Menschen blicken verunsichert und pessimistisch auf das geplante Ende der Kohleverstromung. Sie fürchten um die Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden, die Sicherheit der Energieversorgung und die Zukunft ihrer Nachkommen. Das liegt vor allem daran, dass sie den bevorstehenden Wandel mit den schmerzlichen Erfahrungen des Treuhand-Kahlschlags verbinden. Sie befürchten, dass sich die Geschichte wiederholt und die Region endgültig deindustrialisiert

wird. Es gibt ein verbreitetes Gefühl, sich mühsam eine neue Existenz aufgebaut zu haben, die nun droht, von den Eliten aus politischem Kalkül zerstört zu werden. Der Bergbau ist auch ein Teil der regionalen Identität: Die Bergmänner und -frauen haben ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet und sind stolz auf ihre Lebensleistung. Verlieren die Revierbewohner*innen dieses positive Selbstbild, kann das bei ihnen Trauer und Wut auslösen. Sie fürchten, dass die Gemeinden und ihre Bürger*innen einem Prozess ohnmächtig gegenüberstehen könnten, den sie politischen Kräften außerhalb ihrer Heimat zuschreiben. Die Menschen vor Ort haben Angst, dass bei ihnen keine sicht- und greifbaren Verbesserungen ankommen.

Auch die regionale Wirtschaft steht den Veränderungen überwiegend skeptisch gegenüber. So erwartet die Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau Wertschöpfungsverluste in der Mitteldeutschen Region und steigende Strompreise für die ansässige energieintensive Industrie. Die Handwerkskammer Halle fürchtet Nachteile für rund 2.000 ihrer Mitgliedsbetriebe, die die wegfallende Nachfrage durch die Mibrag, die sinkende Kaufkraft in der Bevölkerung und die verstärkte Abwanderung zu spüren bekämen. Auch der Lobbyverband DEBRIV (Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein) prognostiziert einen massiven Arbeitsplatzverlust in den nächsten Jahrzehnten. Insbesondere die direkten und induzierten Arbeitsplätze könnten stark zurückgehen (DEBRIV 2018; NORD/LB 2019).¹⁵

Vor allem die Mibrag-Beschäftigten sind besorgt um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft des Reviers. Ein Gewerkschafter beschreibt die Stimmung in den verschiedenen Generationen: «Insbesondere die älteren Kollegen machen sich riesige Sorgen. Die haben diesen Strukturbruch in den 90er Jahren ja schon erlebt. Die schieben eine wahnsinnige Panik, dass hier in der Region alles zusammenbricht [...]. Die jungen Mitarbeiter machen sich natürlich Sorgen, weil sie gerade versuchen, sich eine Zukunft aufzubauen. Die wissen gar nicht mehr: Kriegen sie das überhaupt hin? Fallen sie ins Bodenlose hinein? Was bringt die Zukunft? Leute, die vor fünf Jahren angefangen haben, ein Haus zu bauen, die große Kredite aufgenommen haben, um sich ein gutes Leben für die Zukunft aufzubauen, die wissen nicht, was passiert [...]. Auch die mittleren Jahrgänge wissen gar nicht: Schaffen sie es überhaupt noch bis zum Kohleausstieg in die Rente? Oder müssen sie die letzten Jahre stempeln gehen?» (IG_1).

¹² www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiekonzern-uniper-verkauft-mehrheit-an-braunkohlekraftwerk-schkopau-an-eph/25570596.html?ticket=ST-2207262-hcJSh9oldby7WCgTn6lF-ap2. ¹³ Greenpeace vermutete damals ein Scheinbieterverfahren und kritisierte, dass das Land nicht ausreichend juristische Vorsorge treffe, dass die Rekultivierungsmittel später auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) kontierte mit einem Gutachten, das allerdings im Auftrag des Braunkohle-Lobbyverbands DEBRIV von der internationalen Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer erstellt worden war. Ebendiese Kanzlei beriet Vattenfall unter strengster Geheimhaltung bei den Verkaufsgesprächen. ¹⁴ www.klimareporter.de/strom/erst-kohlekommission-jetzt-kohlekonzern. ¹⁵ Das Problem wird dadurch gemildert, dass viele ältere Kolleg*innen noch vor dem Ende der Kohleverstromung in den Ruhestand gehen werden. Jüngere Arbeiter*innen können bei der Suche nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten unterstützt werden (IAB 2019).

Aber ein Teil der Bevölkerung sieht auch Chancen im Strukturwandel, hofft, dass er eine lebenswertere Region schaffen könnte und mit ihm die mit der Kohleindustrie verbundenen ökologischen Belastungen verringert würden. Bei einigen Menschen im Revier scheint sich die Gewissheit durchzusetzen, dass die Zeit des Kohlebergbaus endgültig vorbei ist. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen der stark quecksilberhaltigen Braunkohle werden thematisiert sowie die ökologischen (Langzeit-)Folgen für Landschaft

und Wasserhaushalt. Die Bürger*innen im Raum Lützen sind erleichtert, wenn keine neuen Tagebaue mehr aufgeschlossen werden und sie nicht aus ihrer Heimat vertrieben werden. Nicht zuletzt setzen sich klimabewegte Menschen in der Region für einen ambitionierten Kohleausstieg ein, um die katastrophalen Folgen der Klimakrise zu mildern. Das trifft nicht nur auf die Aktivist*innen von Ende Gelände Halle zu, sondern auch auf kleinere Gruppen im ländlichen Raum.

2 DER POLITISCHE RAHMEN

2.1 DAS KOHLEAUSSTIEGSGESETZ – EIN UMSTRITTENER KOMPROMISS

Mit dem Kohleausstiegsgesetz im Juli 2020 kam ein zweijähriger Prozess zu Ende, der einen gesellschaftlichen und politischen Konsens für einen Kohleausstieg erarbeiten und dabei die verhärteten Lager in der Kohlefrage befrieden sollte. Das Presseecho auf das Resultat reichte von «Meilenstein»¹⁶ bis «#epicfail»¹⁷.

Das beschlossene Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (KVBG) sieht nun ein konkretes Ende der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 vor – abhängig von der Bewertung zu bestimmten Zeitpunkten womöglich auch schon drei Jahre früher. Bis dahin werden die Kohlekapazitäten stetig abgebaut. Während die Steinkohlekapazitäten über Ausschreibungsverfahren reduziert werden, gibt das Gesetz für die Braunkohle einen konkreten Ausstiegszeitpunkt für jeden einzelnen Kraftwerksblock vor. Um die Abschaltung der Braunkohlekraftwerksblöcke, die Entschädigungszahlungen und die Anpassungsgelder für die Beschäftigten juristisch abzusichern, schließt die Bundesregierung mit den einzelnen Kraftwerksbetreibern öffentlich-rechtliche Verträge ab. Aus Sicht der meisten Kraftwerks- und Tagebaubetreiber, der betroffenen Bundesländer und der Gewerkschaft IG BCE ist das Ergebnis ein tiefer Einschnitt in Bezug auf das Geschäftsfeld der Kohleindustrie und die Beschäftigungsperspektiven. Dennoch haben sich vor allem die Energiekonzerne und die Länder in konkreten inhaltlichen Fragen durchgesetzt, etwa beim Ausstiegsdatum und bei der Frage der Entschädigungen.

Insbesondere das späte Ausstiegsdatum wird von einigen Umweltverbänden und aus der Klimabewegung heraus heftig kritisiert. Auch Akteure wie die Agora Energiewende – ein der Bundesregierung in Berlin nahestehender Thinktank und zentraler Wissenschaftsakteur in Bezug auf die deutsche Energiewende – gehen davon aus, dass mit dem Gesetz zwar die spezifischen CO₂-Reduktionsziele bis 2030 für den deutschen Stromsektor (Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 55%) erreicht werden, das Stromsektorziel aber keinesfalls ausreichend ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Um die fehlenden Ambitionen in den übrigen Sektoren (Landwirtschaft, Gebäude, Transport, Industrie) auszugleichen, müsste der Stromsektor weit über das sektorale Ziel hinaus CO₂ einsparen.

Zudem entsprechen die deutschen sektoralen Klimaziele nicht internationalen Vereinbarungen wie dem Paris-Abkommen. Sie liegen weit darunter. Wollte man die Pariser Klimaziele erreichen, müsste der deutsche Kohleausstieg 2025 erfolgen, so Greenpeace in einer Studie.¹⁸ Legt man zudem einen globalen Gerechtigkeitsmaßstab an das weltweit verfügbare CO₂-Budget an, wird der Spielraum für hoch entwickelte Industrienationen wie die Bundesrepublik noch geringer:

Die Staaten, die historisch gesehen am meisten CO₂ produziert haben, müssten die eigenen Treibhausgasemissionen eigentlich am schnellsten und am drastischsten reduzieren. Je länger damit gewartet wird, desto dramatischer sind die Folgen. Das 1,5-Grad-Ziel, das durch das Pariser Abkommen definiert ist, erscheint durch die realen Einsparungsbemühungen der großen Industriestaaten nicht erreichbar.

Milliarden für die Konzerne

Laut KVBG erhalten die Kraftwerksbetreiber Entschädigungen für die Kraftwerke, die vor 2030 stillgelegt werden sollen. Diese richten sich vor allem nach dem Datum der Abschaltung und nach der Höhe der stillgelegten Kapazität. Das Mibrag-Unternehmen bekommt als Tagebaubetreiber nur die Anpassungsgelder für die Beschäftigten. Im Revier wurde die Nachricht, dass keine Entschädigungen an die Mibrag fließen werden, mit viel Unmut aufgenommen. Einige kritisieren, dass die Mibrag ohne Entschädigungen keine Rückstellungen vornehmen kann, während die übrigen Tagebau- bzw. Kraftwerksbetreiber wie LEAG oder RWE die Entschädigungen für ihre Sanierungsverpflichtungen aufwenden können¹⁹ (siehe Kap. 3.4).

Ende der Kohle im Revier

In Sachsen-Anhalt betrifft das Kohleausstiegsgesetz zunächst die beiden Blöcke des Kraftwerks Schkopau, die beide zum Ende des Jahres 2034 vom Netz gehen sollen. Für keinen der beiden Blöcke ist eine Sicherheitsbereitschaft²⁰ vorgesehen, insofern ist 2034 als tatsächlich geplanter Abschaltzeitpunkt und Beginn des Rückbaus anzusehen. Mit politischem Druck scheint es dem Ministerpräsidenten Haseloff sowie den Landräten aus Saale- und Burgenlandkreis, Ulrich und Handschak, gelungen zu sein, ein früheres Abschaltdatum für das Kraftwerk Schkopau zu verhindern.²¹ Da die in Schkopau verfeuerte Braunkohle überwiegend im Tagebau Profen abgebaut wird, ist davon auszugehen, dass das Abschaltdatum auch das Ende des Tagebaus bedeutet. Dieser ist aber ohnehin laut gültigem Rahmenbetriebsplan nur bis zum Jahr 2035 genehmigt, auch wenn bisweilen das Jahr 2040 im Revier kursiert. Eine bergbaurechtliche Grundlage bis zum Jahr 2040 oder darüber hinaus besteht jedoch

¹⁶ www.deutschlandfunk.de/klimaschutz-worum-es-beim-kohleausstiegsgesetzt-2897.de.html?dram:article_id=479871. ¹⁷ https://archiv.akweb.de/ak_s/ak646/37.htm. ¹⁸ www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/fragen_und_antworten_zur_kurzanalyse_pariser_abkommen_-_klimaschutz_in_deutschland.pdf. ¹⁹ Die EnBW, die Eigentümerin des zweiten Blocks in Lippendorf, hatte zunächst Entschädigungsforderungen der Mibrag bei einer früheren Abschaltung des Blocks befürchtet und damit auch verzögert, den öffentlich-rechtlichen Vertrag, der dem Kohlegesetz beigelegt ist, zu unterschreiben. Im November 2020 kündigte die EnBW jedoch an, den Block in Lippendorf planmäßig bis Mitte der 2030er Jahre am Netz zu lassen. ²⁰ Kraftwerke in Sicherheitsbereitschaft werden nur vorläufig stillgelegt und technisch so bereitgehalten, dass sie bei einem unerwarteten Bedarf wieder hochgefahren werden können. ²¹ Der Betreiber Uniper wäre durchaus bereit gewesen, früher auszusteigen; vgl. www.wp.de/wirtschaft/wirtschaft-in-nrw/uniper-steigt-aus-der-braunkohle-aus-id228495631.html.

nicht.²² Zudem ging die Agora Energiewende im Jahr 2015 davon aus, dass die Kohlevorräte im Tagebau bei konstanter Förderung nur bis zum Jahr 2031 gereicht hätten. Ein Weiterbetrieb des Kraftwerks über das Jahr 2035 hinaus hätte also in jedem Fall einen Neuaufschluss bedeutet.

Die Industriekraftwerke Wählitz und Deuben im Burgendlandkreis fallen laut KVBG als Braunkohle-Kleinanlagen unter die Ausschreibungsregelungen, die für Steinkohleanlagen gelten, und werden bei der Ermittlung des Gesamtvolumens für die Ausschreibungen mitberücksichtigt. Das bedeutet, ein konkreter Ausstiegszeitpunkt für diese Anlagen kann noch nicht benannt werden. Er ist erstens von den Unternehmensentscheidungen für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren sowie zweitens von der Entscheidung der Bundesnetzagentur über die Erteilung des Zuschlags für bestimmte Anlagen abhängig. Die für die stoffliche Herstellung von Montanwachs genutzte Braunkohle im Tagebau Amsdorf im Landkreis Mansfeld-Südharz wird wohl noch bis zum Jahr 2030 oder 2031 reichen. Das angeschlossene Kraftwerk fällt mit einer elektrischen Leistung von 45 MW wohl ebenfalls unter die oben benannte Kleinkraftwerke-Regelung.

Das Ausstiegsdatum Ende 2034 für das Braunkohlekraftwerk Schkopau scheint nicht sachlich begründet, sondern vor allem politisch verhandelt worden zu sein. Indes kommen unterschiedliche Studien zu dem Ergebnis, dass auch ein früherer Ausstieg möglich wäre. Sie legen Parameter und Maßstäbe wie das Paris-Abkommen und das sich daraus ergebende CO₂-Budget, die Entwicklung der Strompreise, Versorgungssicherheit, Strombedarfe und unterschiedliche Ausbauziele für erneuerbare Energien zugrunde.

Die Agora Energiewende rechnete im Jahr 2018 beispielsweise vor, dass der deutsche Braunkohlekraftwerkspark und entsprechend auch das Kraftwerk Schkopau bei einem ambitionierten Ausbau von Erneuerbaren bis 2030 (65% Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung) abgeschaltet werden könnte (Agora Energiewende et al. 2018). Diese Studie bezieht explizit den Atomausstieg Anfang der 2020er Jahre mit ein und kommt zu dem Ergebnis, dass kein Strom zusätzlich aus Ländern wie Frankreich importiert werden müsste. Eine Studie im Auftrag des WWF von 2017, die eine bundesweite Modellierung des Kohleausstiegs bis spätestens 2035 vornimmt, sieht 2027 als mögliches Ausstiegsdatum für die Kraftwerksblöcke in Schkopau (Öko-Institut/Prognos 2017) – ausgehend davon, dass der Stromsektor mit einem bestimmten CO₂-Budget ausgestattet ist, das nicht überschritten werden darf. Eine dritte Studie, 2017 erstellt von Energy Brainpool im Auftrag von Greenpeace, errechnet als mögliches Ausstiegsdatum für Schkopau das Jahr 2025 und legt dabei einen Anteil von 80 Prozent erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Jahr 2030 zugrunde. Auch die Grünen in Sachsen-Anhalt haben sich bereits für ein Ende des Kraftwerks im Jahr 2030

ausgesprochen. Bis dahin sei es abgeschrieben (Energy Brainpool 2017).

Strompreise und Versorgungssicherheit

Besonders die großen Industrieunternehmen in der Region fürchten steigende Strompreise in den kommenden Jahren, wenn der Kohleausstieg Realität wird. Diese werden als nachteilig für den Standort empfunden und würden einen realen Kostennachteil darstellen. Demgegenüber geht Agora Energiewende davon aus, dass die Strompreise nur leicht ansteigen werden, wenn die Kohleverstromung endet. Kern dieser Berechnungen ist die Annahme, dass die wegfallenden Kohlekapazitäten durch Erneuerbare aufgefangen werden (Agora Energiewende 2017). Wird verstärkt Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist, steigen auch die Kosten für die Erneuerbaren-Energien-Umlage, von der energieintensive Industrien aber ausgenommen sind.

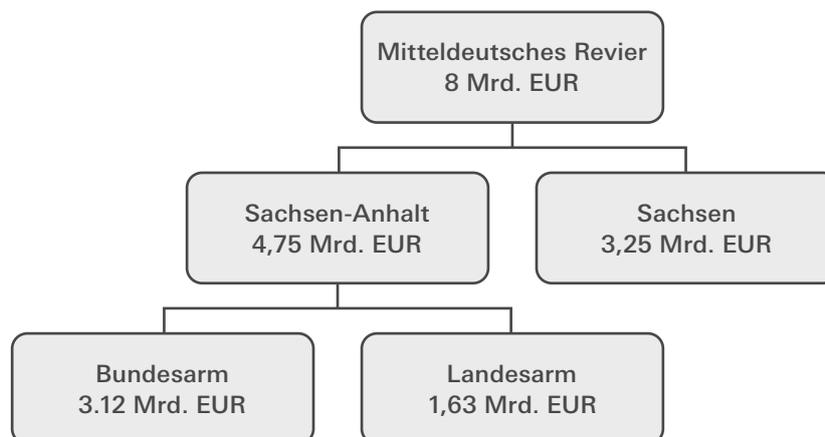
Ferner ist die Versorgungssicherheit ein häufig geäußertes Bedenken – besonders von Industrieverbänden. Die gegenwärtigen Entwicklungen am Strommarkt können diese Befürchtungen aber entkräften: Strom aus erneuerbaren Energien ist vor allem in den Sommermonaten in solchem Maße verfügbar, dass bereits ab dem Sommer 2019 große Braunkohlekapazitäten im Osten Deutschlands im Zuge der Merit-Order-Regelung²³ abgeschaltet wurden. Hinzu kommen steigende Preise für CO₂-Zertifikate, die den Betrieb von Braunkohlekraftwerken verteuern und die Kostennachteile gegenüber den Erneuerbaren vergrößern. Über Versorgungsengpässe infolge von Dunkelflauten, in denen wenig oder kein Strom aus Erneuerbaren in ausreichender Menge zur Verfügung steht, können Speichersysteme hinweghelfen.

2.2 DAS STRUKTURSTÄRKUNGSGESETZ – MILLIONEN FÜR SACHSEN-ANHALT

Seit dem Abschlussbericht der sogenannten Kohlekommission und der Aufregung um die dort angeregten und festgehaltenen Projektlisten²⁴ Anfang 2019 sind gut zwei Jahre vergangen. Das Strukturstärkungsgesetz (StStG 2020) wurde mit einem Kabinettsbeschluss im August 2019 auf den Weg gebracht und im Juli 2020 schlussendlich verabschiedet, zusammen mit dem Kohleausstiegsgesetz. Einige Akteure im Revier bemängeln, dass es sich dabei um einen sehr langen Prozess gehandelt habe. Planungssicherheit für Kommunen, Länder, Unternehmen und die Menschen vor Ort sei damit nicht gewährleistet worden.

²² www.rpv-west Sachsen.de/wp-content/uploads/braunkohlenplanung/profen/BKP_Profen.pdf. ²³ Merit-Order bezeichnet «die Reihenfolge, in der die an der Strombörse anbietenden Kraftwerke eingesetzt werden, und orientiert sich an ihren Grenzkosten»; vgl. www.ewi.uni-koeln.de/de/news/ewi-merit-order-tool-2019/. ²⁴ Für die Umsetzung des Sofortprogramms wurden vor Abschluss des Gesetzes bereits konkrete Projekte durch die Länder benannt. Die Sinnhaftigkeit bestimmter Maßnahmen haben nahezu alle Gesprächspartner*innen in Sachsen-Anhalt infrage gestellt.

Abbildung 1: Der Förderarm des Mitteldeutschen Reviers



Quelle: Strukturstärkungsgesetz (StStG 2020)

Das Strukturstärkungsgesetz bildet nun den konzeptionellen Rahmen für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen und definiert Finanzierungszeiträume und die Volumina der Finanzmittel. Durch das Gesetz soll «eine Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft» angeregt werden. Grundsätzlich umfasst das Gesetz das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG), in dem die formaljuristischen Rahmenbedingungen für die Finanzhilfen und die Bundesmaßnahmen festgelegt werden. Vom Gesetz sind zwei Förderarme angelegt, ein Landes- und ein Bundesarm. In Kapitel 1 beschreibt das Gesetz die Finanzhilfen des Bundes gegenüber den Kohleregionen (gemäß Landesarm, s. u.). Relevant für die Strukturentwicklung in Sachsen-Anhalt sind ferner Kapitel 3 und 4, in denen es um Bundesmaßnahmen und Investitionen in Bundesfernstraßen geht (der sogenannte Bundesarm), sowie Kapitel 5, das die Koordinierung über das Bund-Länder-Gremium beschreibt. Zusätzlich zum StStG regelt eine Bund-Länder-Vereinbarung die Anwendbarkeit des Finanzierungsrahmens und stellt sicher, dass das Gesetz nicht in der nächsten Legislatur zurückgenommen oder neu aufgerollt wird.

Zwar enthält das Gesetz im Anhang für jedes betroffene Bundesland ein grobes Leitbild, das für die Umsetzung der Förderlinien und ihre Ausgestaltung zugrunde gelegt wird – für die Mitteldeutsche Region liegen die Schwerpunkte auf der Erhaltung der Chemie-, Energie- und Industriestandorte, der Energieversorgung der Zukunft, auf CO₂-Neutralität, zirkulären Wirtschaftskreisläufen sowie auf Bildung und Fachkräftesicherung (siehe Kap. 3.1). Allerdings lassen sich aus den wenigen Seiten allenfalls Leitbildelemente ableiten, die keinen umfassend angelegten Prozess in den jeweiligen Bundesländern abbilden. Dieser wird in Sachsen-Anhalt nun organisiert. Die Landesregierung und die beteiligten Akteure wie Landkreise und Kom-

munen sind bereits aktiv geworden. Bis Ende 2021 soll aus dem Leitbildprozess ein landeseigenes Strukturentwicklungsprogramm destilliert werden; dafür wurde im Frühsommer 2019 eine landeseigene Stabsstelle Strukturwandel bei der Staatskanzlei eingerichtet, bei der die Prozessverantwortung liegt.

Die Fördertöpfe und -arme

Nach Sachsen-Anhalt fließen 12 Prozent der im StStG definierten Gesamtmittel (StStG 2020). Das sind rund 4,75 Milliarden Euro in 20 Jahren. Davon werden 1,63 Milliarden Euro an Finanzhilfen über den Länderarm fließen. 3,12 Milliarden Euro sind Bundesmaßnahmen zugeordnet und umfassen vor allem Verkehrsvorhaben innerhalb des Bundesarms. Das StStG schreibt drei Förderzeiträume vor: 2020 bis 2026, 2027 bis 2032 und 2033 bis 2038. Als hauptsächlicher Geldgeber hat der Bund ein Vetorecht bei der Bewertung und Bewilligung der Maßnahmen, die im Landesarm gefördert werden. Die Einschätzung aus der Region lautet, dass für Kommunen, Länder und Gemeinden ein großer Anreiz besteht, schnell Infrastrukturprojekte anzugehen, da die Mittel aus den jeweiligen Förderperioden nicht übertragen werden können und somit verfallen. Förderberechtigt sind die Gemeinden und Gemeindeverbände im Burgenlandkreis, im Saalekreis, die Stadt Halle, der Landkreis Mansfeld-Südharz sowie der Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Es ist unklar, ob das Land Sachsen-Anhalt nochmals eine Priorisierung bei den förderberechtigten Landkreisen vornehmen wird, damit das Kernrevier und der Landkreis Mansfeld-Südharz nicht ins Hintertreffen geraten.

Der *Landesarm*, auch als Kommunalinvestitionsprogramm bezeichnet, deckt Investitionen in sogenannte wirtschaftsnahe Infrastruktur ab. Der Bund bezahlt 90 Prozent, die Länder einschließlich der Gemeinden 10 Prozent vom Gesamtvolumen. Die förderfähigen Bereiche sind klar abgegrenzt: Darunter fallen der Er-

werb und die Herrichtung von Gewerbeflächen und die energetische Sanierung von Gebäuden, die durch das Ende der Braunkohleverstromung nicht mehr gebraucht werden. Ebenfalls abgedeckt werden Investitionen in die lokale Verkehrsinfrastruktur im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie in das Straßennetz, Investitionen in den Ausbau von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie Kinder-, Jugend-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen) sowie der Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderungen und nicht weiter spezifizierte Maßnahmen zum Städtebau, zur Digitalisierung und zum Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur. Darunter fallen auch touristische Infrastruktur und Infrastrukturen für Forschung, Technologietransfer und nicht weiter spezifizierte Innovationen sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung. Ferner sind Investitionen zur energetischen Sanierung von (nicht näher benannten) Infrastrukturen, zum Lärmschutz, zur Bodensanierung und zur Renaturierung ehemaliger Tagebauflächen förderfähig. Explizit sind dies zusätzliche Mittel zu den Verbindlichkeiten, die die Bergbauunternehmen für die Renaturierung der Tagebauflächen leisten müssen.

Bislang steht fest, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, das Landesverwaltungsamt und die Landesgesellschaft Nahverkehr (Nasa) die Gelder an die Antragsteller ausreichen werden, allerdings wurde noch nicht ausgeführt, wie die Arbeitsteilung zwischen diesen Institutionen gestaltet wird und ob zum Beispiel Förderentscheidungen bei der Staatskanzlei liegen oder aufgeteilt werden. Antragsberechtigt sind Kommunen und kommunale Gesellschaften, wobei die Anträge bei den Landkreisen gebündelt und überprüft werden sollen. Dafür sollen die Landkreisverwaltungen personell aufgestockt werden. Der Saalekreis hat dafür bereits eine Anlaufstelle in den Verwaltungsstrukturen geschaffen. Auch die anderen Landkreise verfügen über ähnliche Strukturen oder bauen sie zurzeit auf.

Der größere Teil des Finanzvolumens wird durch den sogenannten *Bundesarm* bereitgestellt (3,12 Mrd. Euro). In diesem Bereich gibt es keine Ko-Finanzierung durch das Land. Auf diesem Weg kann der Bund Forschung, Lehre und Bildung (§14) fördern. Zusätzlich wird ein Bundesförderprogramm zur Entwicklung von «treibhausgasneutralen, ressourceneffizienten und nachhaltigen» Modellregionen eingerichtet. Ebenso bestimmt der Bund, welche bereits bestehenden Programme und Projekte (wie etwa das Programm «Unternehmen Revier»; siehe Kap. 3) aufgestockt oder ausgeweitet werden sollen. Er stellt in Aussicht, dass eine neu einzurichtende Stelle beim Bundesinnenministerium über Optionen beraten soll, Bundesbehörden oder andere Einrichtungen des Bundes in den Revieren bzw. strukturschwachen Regionen anzusiedeln. Dabei sollen in allen Braunkohleregionen zusammengekommen rund 5.000 Arbeitsplätze entstehen.

Konkret förderbar im Rahmen des Bundesarms sind zusätzliche, also über die bereits bestehende Planung hinausgehende Investitionen in Bundesfernstraßen

und Bundesschienenwege. Welche das sind, das wird in den jeweiligen Anlagen zum Gesetz genauer erläutert. Der Bund fördert über den Bundesarm weitere Bedarfsplanmaßnahmen in Bezug auf Straßenbau und Schieneninfrastruktur. Darunter fallen in Sachsen-Anhalt vor allem lokale Straßenausbauvorhaben (überwiegend keine Bundesstraßen), zum Beispiel Teile der B 87. Darüber hinaus tätigt der Bund Investitionen in sogenannte Reallabore der Energiewende, wo energetische Innovationen im kleinen Maßstab erprobt werden. Ebenso entsteht in einer der drei Regionen ein Kompetenzzentrum zur Wärmewende. Die Wahl scheint auf Halle gefallen zu sein.

Ein weiteres Programm, das nicht zum StStG gehört, ist STARK (Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten). Nach Sachsen-Anhalt fließen im Rahmen von STARK 7,2 Millionen Euro pro Jahr, die von natürlichen oder juristischen Personen in Anspruch genommen werden können, darunter auch von Unternehmen.²⁵

Welche Bereiche sind förderfähig?

Das Strukturstärkungsgesetz fokussiert seine Förderung zum einen auf (verkehrs-)infrastrukturelle Maßnahmen, zum anderen auf den Bereich Wissenschaft und Forschung. Damit ist eine direkte Unternehmensförderung ausgeschlossen. Zwar sind direkte Förderungen von Wissenschaftsstandorten im Rahmen von Wettbewerbsverfahren möglich, doch gehören Hochschulstandorte nicht dazu, weil sie nicht in die Finanzierungskompetenz des Bundes fallen. Das Land Sachsen-Anhalt wird nach bisherigem Stand keine weiteren landesspezifischen «Restriktionen in den Förderbereichen» einziehen.

Keine Möglichkeit besteht nach unserer Einschätzung, direkt zivilgesellschaftliche oder bürgerschaftliche Initiativen langfristig und nachhaltig zu unterstützen. Zugleich beginnt die erste Förderperiode bereits, bevor es Förderrichtlinien gibt, die an einem strategisch ausgearbeiteten Strukturleitbild für das Land Sachsen-Anhalt orientiert wären. Bis dahin soll über die Förderwürdigkeit von Projekten anhand des Leitbilds aus dem StStG sowie der bereits bestehenden Eckpunkte des landeseigenen Strukturentwicklungsprozesses entschieden werden.

2.3 DIE POLITISCHE ORGANISATION DES STRUKTURWANDELS

In der politischen Verwaltung und Organisation des Strukturwandels überlagern sich in der Mitteldeutschen Region unterschiedliche Ebenen, weil sich die Region auf drei Bundesländer erstreckt. Verschiedene Akteure übernehmen inhaltlich wie administrativ Aufgaben in der Entwicklung von Leitbildern und der Ausreichung der Gelder aus dem StStG. Welcher Akteur

²⁵ Dieses Programm ist von den STARK-Förderlinien, die das Land Sachsen-Anhalt zur Entschuldung von Kommunen eingeführt hat, zu unterscheiden.

Abbildung 2: Förderkriterien nach dem StStG 2020

Landesarm § 4 (1) StStG 2020	Bundesarm § 14–22 StStG 2020
1. wirtschaftsnahe Infrastruktur ohne öffentliche Verkehrswege	§ 14 Wissenschaft, Forschung, Lehre und Bildung
2. Verkehr ohne Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen	§ 15 Bundesförderprogramm: «Zukunft Revier»
3. öffentliche Fürsorge zur Verbesserung wirtschaftsbezogener Standortbedingungen	§ 16 Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes
4. Städtebau, Stadt- und Regionalentwicklung	§ 17 Erweiterung und Einrichtung von Programmen und Initiativen des Bundes zur Förderung der Gebiete
5. Digitalisierung, Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur	§ 18 Erweiterung und Einrichtung von Programmen und Initiativen
6. touristische Infrastruktur	§ 19 Ansiedlung von Einrichtungen des Bundes in den Revieren
7. Forschung und Wissenschaftsinfrastruktur	§ 20 Einrichtung einer Beratungs- und Koordinierungsstelle zur Dezentralisierung von Bundesaufgaben
8. Klima- und Umweltschutz	§ 21 Bundesfernstraßen
9. Naturschutz und Landschaftspflege	§ 22 Bundesschienenwege

Quelle: Strukturstärkungsgesetz (StStG 2020)

genau welche Aufgaben hat, ist nicht ganz einfach zu überblicken, da der Prozess erst am Anfang steht. Zum Teil werden erst Strukturen geschaffen, die in den kommenden 20 Jahren funktionieren müssen.

Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland

Das Netzwerk der in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) zusammengeschlossenen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erstreckt sich über die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.²⁶ Der Zusammenschluss ist als regionale Kooperationsplattform zwischen den Mitgliedsakteuren zu verstehen. Die Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH ist für die Durchführung von Projekten zuständig und bildet eine sogenannte Public-private-Partnership (PPP). Ihr Ziel ist die stärkere wirtschaftliche und wissenschaftliche Vernetzung in der Region. Damit sollen Innovation und Wertschöpfung in der Region gesteigert werden. Finanziert werden die Aktivitäten durch Mitgliedsbeiträge bzw. durch Fördergelder von Bund und Ländern. Es handelt sich vor allem um die Programme «Unternehmen Revier» bzw. Bundes- und Landesmittel der «Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsinfrastruktur» (GRW-Förderrichtlinie).

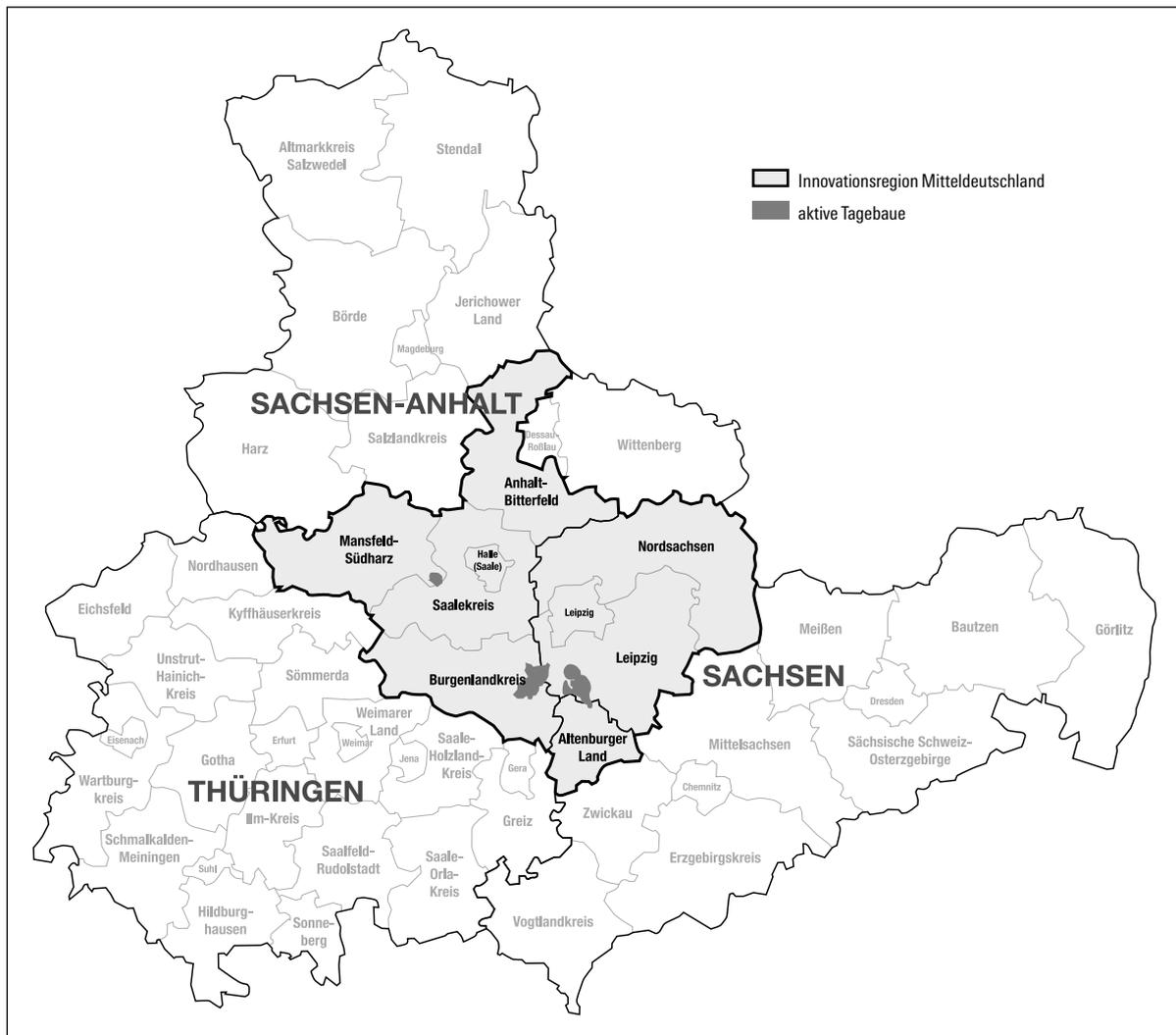
Der personalstärkste Zweig der Metropolregion und zugleich ihr inhaltlicher Schwerpunkt ist die Innovationsregion Mitteldeutschland (IMD). Dort sind die inhaltlichen Aktivitäten zum Strukturwandel gebündelt. Die Innovationsregion fördert bereits über das Programm «Unternehmen Revier» des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) Strukturwandelprojekte. Sie entstand 2016 auf Initiative des Landrats des Bur-

genlandkreises und wurde 2018 durch eine Zweckvereinbarung der beteiligten neun Gebietskörperschaften in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt²⁷ institutionalisiert. Die IMD leitet einen Sondierungsprozess, um eine länderübergreifende Strategie für den Strukturwandel («Perspektive 2040») in den Handlungsfeldern Wertschöpfung, Mobilität, Tourismus und Ressourcen zu entwickeln. Die gewerkschaftliche Perspektive ist, so die mündliche Auskunft, erst seit Kurzem vertreten und mit DGB und IG BCE Teil des Regionalen Empfehlungsgremiums (REG). Das REG ist eines der zentralen Entscheidungsgremien innerhalb der IMD.

Ziel ist es, bis Ende 2021 die länderübergreifende Strategieentwicklung für die Mitteldeutsche Region im Strukturwandel abzuschließen. Das Strategieprogramm, die «Perspektive 2040», wird auf der Grundlage von diversen Machbarkeits- und Potenzialstudien zu den einzelnen Themenschwerpunkten erarbeitet. Da diese Maßnahme durch eine GRW-Förderlinie finanziert wird, wird hier auch vom GRW-Prozess gesprochen. Mindestens sechs Handlungsfeldmanager*innen geben diesen Rahmen vor und betreuen die Erstellung der Studien. Zu den Themen zählen beispielsweise Gewerbe- und Logistikflächen, Kreislaufwirtschaft, «grüne Gase», Digitalisierung, Tourismus, Fachkräfteentwicklung, Verkehrsinfrastruktur sowie Wärme- und Kältespeicher. Die Expert*innen der Innovationsregion beurteilen, inwie-

²⁶ Dazu gehören wie eingangs erwähnt die Städte Leipzig, Halle, Chemnitz, Zwickau, Dessau-Roßlau, Jena und Gera, der Burgenlandkreis, der Saalekreis sowie die Landkreise Altenburger Land, Mansfeld-Südharz, Leipzig, Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld. ²⁷ Burgenlandkreis, Stadt Leipzig, Stadt Halle, Saalekreis sowie die Landkreise Nordsachsen, Mansfeld-Südharz, Leipzig, Altenburger Land und Anhalt-Bitterfeld.

Karte 2: Innovationsregion Mitteldeutschland – administrative Gliederung



Quelle: Leipziger Institut für Energie GmbH, in: Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH (2017: 4)

weit bestimmte Sektoren in der Region vertreten sind, die als (Zukunfts-)Industrien betrachtet werden, und beleuchten deren strategische Optionen.

Der «Perspektive 2040»-Prozess soll die Strategieentwicklung der einzelnen Länder begleiten, ist aber rechtlich nicht bindend. Dazu gehört auch ein Beteiligungsprozess für Teile der betroffenen Bevölkerung, der 2019/20 im Rahmen von sogenannten Zukunftswerkstätten organisiert wurde und deren Ergebnisse Eingang in die «Perspektive 2040» finden sollen. Laut eigenen Angaben wurden in den beteiligten neun Gebietskörperschaften der IMD Partizipationsworkshops durchgeführt, die eher als «Stimmungsbilder» bezeichnet wurden und nicht den Charakter eines umfassenden Beteiligungsprozesses haben.

Ein zweiter Aufgabenbereich ist die Ausreichung von Geldern über das Projekt «Unternehmen Revier». Darüber können Unternehmen, Verbände, Vereine, Netzwerke, Kommunen und Hochschulen strukturwandelbezogene Anträge einreichen und bis Ende 2024

gefördert werden. Im Rahmen der Metropolregion sind weitere Austauschformate und -räume entstanden, in denen Debatten zum Strukturwandel stattfinden und Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden, wie das bereits erwähnte Regionale Empfehlungsgremium (REG). Für die Projektauswahl und bei strategischen Fragen ist der «Ständige Ausschuss» zentral, in dem die Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister und Landräte) sowie die Landesregierung Sachsen-Anhalts durch ihre Stabstelle vertreten sind (s. u.). Den länderübergreifenden Austauschrahmen, den die EMMD und die IMD schaffen, bewerten besonders die wirtschaftsnahen Akteure in Sachsen-Anhalt positiv. Zugleich wird das PPP-Modell der Metropolregion als undurchsichtig und wenig zugänglich empfunden.

Der Burgenlandkreis

Ein großer Teil der Beschäftigten im Tagebau bzw. in der Elektrizitätserzeugung wohnt im Burgenlandkreis (IAB 2019). Dieser ist damit der am stärksten durch den

langfristigen Kohleausstieg betroffene Kreis in Sachsen-Anhalt. Es erscheint folgerichtig, dass gerade dort bereits lange vor Verabschiedung der Kohleausstiegs- und Strukturgesetze Austauschräume für besonders betroffene Gemeinden und Kommunen des sogenannten Kernreviers geschaffen wurden.

So wurde bei der Landratsverwaltung eine eigene Stabsstelle Strukturwandel eingerichtet, die mehrere Funktionen erfüllt: Sie ist eine Schnittstelle zu den Landes- und bundespolitischen Akteuren (Stabsstelle der Regierung in Magdeburg bzw. Arbeitsgruppen auf Ministeriumsebene) und übersetzt die Prozesse ins Revier hinein. Gleichzeitig dient sie als Sprachrohr des Burgenlandkreises «nach oben» in die Landes- und Bundespolitik. Ferner werden die Finanzmittel, über die die Metropolregion verfügt und die sie weiterreicht, über die Stabsstelle verwaltet.

Das Kernrevier bündelt die eigenen Vorstellungen und Projektideen zum Strukturwandel in einer Interkommunalen Arbeitsgruppe (IKA), die monatlich tagt. Mitglieder sind die Gemeinden Hohenmölsen, Teuchern, Lützen, Esterau sowie die Stadt Zeitz (jeweils vertreten durch die Bürgermeister*innen). Die Arbeitsgruppe kooperiert eng mit der Stabsstelle des Kreises. Es ging im ersten Schritt vor allem darum, das Kernrevier in Bezug auf die politischen Prozesse zusammenzubringen und gemeinsame Vorschläge bzw. Projektlisten zu erarbeiten. Im zweiten Schritt kann der Burgenlandkreis diese Vorschläge nun einbringen und beantragen. Zudem wurde vom Landkreis ein Revierbeauftragter ernannt. Die Funktion wird ehrenamtlich von Arvid Friebe, dem Geschäftsführer des Zeitzer Chemieparks, ausgeübt. Der Revierbeauftragte hat die Aufgabe, Projektideen aus dem Kernrevier zu sammeln, zu sortieren und diese in den Prozess einzubringen. Des Weiteren ist der Revierbeauftragte befugt, den Landrat bei der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zu vertreten, die auf Landesebene den Prozess mitgestaltet (s. u.).

Die Landesregierung

Auf Antrag der LINKEN im Landtag wurde 2019 die Stabsstelle Strukturwandel der Landesregierung eingerichtet. Sie ist bei der Staatskanzlei angesiedelt. Da das Land über ein eigenes strategisches Leitbild für den Strukturwandel verfügen muss, das über die Formulierungen im StStG hinausgeht, koordiniert die Stabsstelle für die Landesregierung nun einen eigenen Strategieprozess. Dieser soll – parallel zur «Perspektive 2040» – Ende 2021 in ein Strukturentwicklungsprogramm für das Land Sachsen-Anhalt münden. Dabei scheint sich die Landesregierung des Problems bewusst, dass ein sich doppelnder Prozess mit dem GRW-Prozess entstanden ist. Deswegen möchte sie mit dem Abschluss des eigenen Prozesses warten, bis die Ergebnisse aus der IMD vorliegen. Dennoch soll das Entwicklungsprogramm ebenfalls Ende 2021 vorgelegt werden.

Die inhaltliche Grundlage bilden die Handlungsempfehlungen und mögliche Entwicklungspfade, die in

derzeit 16 Arbeitsgruppen unter der Federführung der Stabsstelle seit Oktober 2020 erarbeitet und vordiskutiert werden. Über die Besetzung der Arbeitsgruppen entscheidet offensichtlich die Stabsstelle mit der Zielvorgabe, Akteure aus Wirtschaft und Industrie, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft einzubinden. Explizit sollen dabei Umweltverbände, Gewerkschaften sowie Unternehmenskammern und -verbände beteiligt werden. Zudem hat die Stabsstelle einen Beteiligungsprozess angesetzt, dessen Ergebnisse ebenfalls in die Strategieplanung einfließen sollen. Dabei sollen in allen betroffenen Landkreisen (Burgenlandkreis, Saalekreis, Mansfeld-Südharz, Anhalt-Bitterfeld) und in Halle Diskussionsveranstaltungen stattfinden, an denen sich Anwohner*innen beteiligen können. Geplant waren diese Beteiligungsformate für das Ende des Jahres 2020, sind jedoch aufgrund des Infektionsgeschehens verschoben worden. Auch ist unklar, wie die in dem Beteiligungsprozess erarbeiteten Ergebnisse gewichtet werden und welchen Stellenwert sie in der Erarbeitung des Programms haben.

In der Interministeriellen Arbeitsgruppe werden die Bundes-, Landes- und Regionalinteressen gebündelt. Neben Vertreter*innen aus Landesministerien sind dort Repräsentant*innen aus dem Revier eingebunden. In der IMAG wird auch die Zusammenarbeit mit den Akteuren des GRW-Prozesses und der Innovationsregion Mitteldeutschland organisiert und werden die beiden Strategieprozesse («Perspektive 2040» sowie der Prozess der Stabsstelle) miteinander verknüpft. Ein Revierausschuss, bestehend aus Gebietskörperschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und den Sozialpartnern, gewährleistet zusätzlich den Austausch von Informationen mit den Landkreisen der Region. Zugleich sollen dort das Strukturentwicklungsprogramm und die Landesförderrichtlinie weiterentwickelt und die Bewilligungsstellen evaluiert werden.

2.4 POLITISCHE BEWERTUNG DES PROZESSES

Bislang ist das Geflecht aus Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Gremien auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten noch eher undurchsichtig. Bei der Vielzahl von beteiligten Akteuren und Austauschrunden sollte die gemeinsame Vision für den Strukturwandel eigentlich deutlicher hervortreten. Derzeit können aber viele Akteure im Kernrevier ebenso wie parlamentarische Vertreter*innen in Magdeburg den Prozess nur schwer nachvollziehen. Es zeichnet sich jedoch gegenwärtig eine bessere Einbindung lokaler bzw. kommunaler Strukturen ab, anders als beispielsweise in Sachsen. Allerdings spielt die Zivilgesellschaft bislang kaum eine Rolle im Prozess und ist in keiner Ebene institutionell eingebunden.

Gleichzeitig erkennen Gesprächspartner*innen im Revier den großen Zeitdruck an, unter dem die Stabsstelle bzw. die Akteure der Landesregierung den Prozess koordinieren müssen. Die Stabsstelle war zu Be-

ginn nicht mit ausreichend Personal ausgestattet und wurde erst ab Herbst 2020 personell aufgestockt. Nichtsdestotrotz war sie im Revier bereits stark präsent. Das wirft die Frage auf, ob ein reales politisches Interesse an einem inhaltlichen Umsteuern in Bezug auf Wirtschafts-, Industrie- und Strukturentwicklung vorhanden ist. Sollen alternative Konzepte mitgedacht werden oder geht es um die reine Flankierung eines Prozesses, der durch den Rechtsrahmen vor allem Verwaltungs- und infrastrukturelle Maßnahmen vorgibt?

Strukturen und Prozess

Akteure wie die Handelskammer, die in den Prozess der Leitbilderarbeitung der Metropolregion («Perspektive 2040») eingebunden sind, beschreiben ihn als zielgerichtet, transparent, kommunikativ und «hochprofessionell». Der Revierbeauftragte Arvid Friebe bezeichnet das Vorgehen der Stabsstelle und die Präsenz der Stabsstellenmitarbeiter*innen im Revier als «klug» und zielgerichtet (I RB).

Akteure der Zivilgesellschaft, die zum Teil nicht aktiv zu dem Beteiligungsprozess eingeladen wurden, sondern sich selbst um eine Teilnahme beworben haben, geben eine andere Bewertung ab. So haben Mitarbeiter*innen des Konzeptwerks Neue Ökonomie aus Leipzig nur durch eigene Recherchen von den Beteiligungsverfahren erfahren und äußern die Befürchtung, dass es sich bei den Zukunftswerkstätten um singuläre Beteiligungsformate handelt, die «aber keinen langfristigen Beteiligungsprozess darstellen oder ermöglichen» (I KN).

Die noch immer mit einer dünnen Personaldecke ausgestattete Stabsstelle der Landesregierung zeigt nun stärker Präsenz im Kernrevier. Sie erweckt den Eindruck, als habe die Politik ein ehrliches Interesse, den Bedürfnissen und Befürchtungen, die mit dem Strukturwandel im Revier verbunden sind, Gehör zu schenken. Zudem bewerten einige Interviewpartner*innen positiv, dass die gesamte Leitbild- und Programmentwicklung von Akteuren ausgeführt wird, die eine direkte Anbindung an die Landesregierung haben – anders als in Sachsen, wo der Prozess an einen externen Dienstleister vergeben wurde –, und so eine stärkere Legitimität gegenüber den Betroffenen und Beschäftigten vor Ort vermittelt.

Gleichzeitig leiten Interviewpartner*innen daraus ab, dass die Verzahnung von kommunalen politischen Akteuren und der Landesebene nicht ausreichend ist. Zum Teil ist ein Gefühl der Entkopplung entstanden. Bei der Vielzahl der Gremien, die in den vergangenen beiden Jahren geschaffen wurden, besteht die Gefahr von Doppelstrukturen. Das gilt insbesondere für die parallelen Programm- bzw. Perspektivenprozesse auf der Landesebene bzw. im Rahmen der IMD. Mehrfach wird die Befürchtung geäußert, dass der enge Rechtsrahmen des StStG, der den inhaltlichen und finanziellen Fokus auf infrastrukturelle Maßnahmen legt, lokalen und regionalen Akteuren kaum Gestaltungsspielräume lässt und ein Großteil der Gelder ohnehin

schon verplant sei. Das ist eventuell auch ein Grund dafür, dass mehrere Akteure die Programmentwicklung als intransparent wahrnehmen.

Eine wie auch immer gestaltete Transformation von ökonomischen, sozialen oder gesellschaftlichen Strukturen scheint nicht das Ziel der Landesregierung zu sein, die sich auf die reine Verwaltung von Prozess und Finanzhilfen konzentriert. Diese Einschätzung teilen vor allem Akteure, die nicht oder weniger stark institutionell eingebunden sind in die offiziellen politischen Prozesse. Dadurch, so wird befürchtet, verspiele man das Vertrauen der Bevölkerung in den Prozess.

Vor allem im Kernrevier wird die Einschätzung geäußert, dass Verwaltungsstrukturen lokaler Gemeinden und Kommunen oft wenig Erfahrung damit haben, Landesmittel zu beantragen und abzuwickeln – besonders wenn diese im Rahmen eines neu aufgesetzten Prozesses ausgereicht werden. Diese Kompetenzlücke wird noch verstärkt dadurch, dass Akteure auf Landkreisebene bzw. in den Städten wie Halle bereits eigene Strukturen gebildet haben, um Projektplanungen in Gang zu bringen. Sie haben Anlaufstellen geschaffen, die die Kommunen bei der Antragstellung unterstützen. So ist beispielsweise bereits klar, dass das Kompetenzzentrum Wärmewende, das im StStG erwähnt wird, in Halle entstehen soll. Dieser «Aktionismus» und die Bildung von Allianzen, um sich einen möglichst großen Teil der Finanzhilfen zu sichern, hat bei einigen Akteuren zu Unmut geführt. Das gilt insbesondere für Akteure aus dem Kernrevier, wo man sich stärker einen gemeinsamen Prozess sowie die Übernahme von Gesamtverantwortung durch die Landesregierung wünscht.

Zivilgesellschaftliche Akteure fühlen sich zum Teil übergangen und nicht einbezogen. Der Prozess ist weitestgehend von Vertreter*innen der Industrie- und Wirtschaftsverbände, politischen Funktionär*innen, Akteur*innen aus Verwaltung und Wissenschaft dominiert. So bleiben auch die noch vom Tagebau betroffenen Anrainer*innen in und um Lützen außen vor. «Mit uns redet niemand» (I BI), so die Aussage.²⁸ Eine konsequente zivilgesellschaftliche Einbindung würde an dieser Stelle bedeuten, regelmäßig Tagebaubetroffene in den vorhandenen Gremien miteinzubeziehen und ihren politischen Forderungen Gehör zu verschaffen.

Die Einbindung dieser Teile der Zivilgesellschaft ist nicht einfach, da es im Unterschied zu anderen Kohlerevieren weniger Initiativen gibt, die sich offen gegen die Kohleindustrie aussprechen. Überraschend ist zudem, dass Umweltverbände und Gewerkschaften bislang kaum bis gar nicht in die unterschiedlichen Prozessebenen involviert sind. So ist der DGB erst Ende 2020 der Metropolregion Mitteldeutschland beigetreten. Gewerkschaftliche Perspektiven scheinen eher

²⁸ Sind Flächen wie beispielsweise das Feld Lützen noch als Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung ausgewiesen, können die Kommunen keine staatlichen EU-Förderungen beantragen. Im Rahmen des Strukturwandelprozesses müssten auch dort die Flächennutzungspläne angepasst werden. Hier kann Rechtssicherheit für die Betroffenen geschaffen werden.

eine untergeordnete Rolle zu spielen. Besonders die ostdeutschen Gewerkschaften verfügen in Bezug auf Transformationsprozesse aber über wertvolle Erfahrungswerte.

Beteiligungsprozesse und Partizipation

In den Jahren 2019/20 organisierte die IMD einen Beteiligungsprozess, indem sie zu sogenannten Zukunftswerkstätten in neun Gebietskörperschaften einlud. Diese waren bislang die zielgerichtetste und breiteste Einbindung von Bürger*innen und Zivilgesellschaft in den Gesamtprozess. Dennoch räumte auch die IMD ein, dass die Menschen den Prozess nicht in der erwarteten Form angenommen und nur wenige daran teilgenommen haben. Die ausführliche Dokumentation der Werkstätten spiegelt die heterogenen Diskussionen wider, die dort geführt wurden. Sie scheinen wenig zielgerichtet bzw. decken sich in weiten Teilen mit den Vorannahmen der IMD. So spricht die Innovationsregion selbst nicht von einem breiten Beteiligungsprozess, sondern eher von einem «Stimmungsbild», das die Werkstätten geliefert hätten.

Sollen größere Teile der Bevölkerung die Chance erhalten, ihre Vorstellungen einzubringen, müssen die Möglichkeiten der Partizipation breiter, häufiger und vor allem langfristig angelegt werden. Der «Mitteldeutschland-Monitor», ein Online-Fragebogen, den die IMD im Herbst 2020 zumindest an die Teilnehmer*innen der Zukunftswerkstätten verschickt hat, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Ähnlich verhält es sich mit den geplanten und nunmehr verschobenen Dialogformaten, die die Stabsstelle organisiert: Über einige wenige Termine gehen die öffentlichen Veranstaltungen nicht hinaus. Es ist unklar, welche Strategie sie damit verfolgt: Sind Partizipationsprozesse mit breiter Beteiligung zentral als Input für die Programme, die die Stabsstelle erarbeitet? Oder soll mit wenigen Veranstaltungen Beteiligung «simuliert» werden?

Zugleich sehen sich Stabsstelle und IMD mit einem Widerspruch konfrontiert: Der formal enge Rahmen,

der durch das StStG gesetzt wird, begrenzt auch den Handlungsspielraum landespolitischer und kommunaler Akteure, Mitbestimmung auf lokaler Ebene zu ermöglichen. So erscheinen breit angelegte Partizipationsprozesse eher unrealistisch. Zugleich könnten landespolitische Akteure eigene Initiativen ergreifen und Räume schaffen, die die lokale Bevölkerung nicht nur über die kommunalen Entscheidungsträger*innen einbinden. Aus unserer Sicht muss es Überlegungen dazu geben, wie die inhaltliche Lücke, die das Gesetz lässt, gefüllt werden kann.

Dass dies notwendig ist, das kam auch in den Gesprächen in Sachsen-Anhalt zur Sprache: Einige Akteure wie das Konzeptwerk Neue Ökonomie oder Miteinander e. V. sehen die Gefahr, dass ein «Strukturwandel von oben» in einem politisch-gesellschaftlichen Umfeld wie in Sachsen-Anhalt Gefühle der Entkopplung, des Vergessen-Werdens, des Desinteresses und der politischen Perspektivlosigkeit noch verstärkt, die aus den kollektiven und individuellen Wendeerfahrungen zu erklären sind. Im Sinne des Empowerments und der Stärkung demokratischer Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Strukturen müsste intensiver über Plattformen nachgedacht werden, wo Beteiligte, Betroffene und Anrainer*innen die Möglichkeit haben, ein geplantes Projekt oder eine infrastrukturelle Maßnahme zu diskutieren, zu bewerten oder gar abzulehnen.

Ferner besteht in Sachsen-Anhalt die Gefahr, dass es rechten und rechtsextremen Akteuren und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, gelingt, den Prozess für die eigene Erzählung von «Fremdbestimmung» zu instrumentalisieren und an (diskursivem) Raum zu gewinnen. Diese Akteure werden den Strukturwandel als «Elitenprojekt» ablehnen und gleichzeitig rückkoppeln an die Wende- und Treuhänder-Erfahrungen der Menschen in der Region. Zwar hat die Rechte das Thema bisher noch nicht aktiv aufgegriffen, doch ist dieses Szenario mehr als realistisch. Akteure wie die Metropolregion oder die Stabsstelle lassen ein tiefergehendes Verständnis für diesen Zusammenhang vermissen.

3 STRUKTURWANDEL – INHALTE UND PROJEKTE

3.1 DER DOMINANTE DISKURS

Woran bemisst sich ein erfolgreicher Strukturwandel? Wie soll die Mitteldeutsche Region in 20 Jahren aussehen? Ob Innovationsregion, Landesregierung, Kohlekommission oder regionale Wirtschaft – alle geben im Kern ähnliche Antworten auf diese Fragen. Damit schaffen sie eine dominante Erzählung, die ein bestimmtes Verständnis von Regionalentwicklung alternativlos erscheinen lässt. In den Worten der Kohlekommission klingt das beispielsweise so: «In Zukunft soll das Mitteldeutsche Revier Teil einer Region sein, die zu den führenden Metropolregionen Mitteleuropas zählt, sowohl durch ihre Wirtschaftskraft und ihre exzellente Bildungslandschaft als auch durch ihren kulturellen Reichtum und ihre hohe Lebensqualität» (KWSB 2019).

Diese Vision mag zunächst positiv klingen. Die Frage ist jedoch, ob sie realistisch ist, zu den tatsächlichen Lebensbedingungen vor Ort passt und mit welchen Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung sie verbunden ist. Ein zentrales Element dieser Erzählung ist, dass die Regionalpolitik mit allen Mitteln die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fördern müsse. Sie solle auf Wachstum setzen und den regionalen Wirtschaftsstandort stärken, damit sich der Mitteldeutsche Raum im Wettbewerb der Regionen behaupten kann. Es geht also darum, ob die Politik wirtschaftsfreundlich genug ist. So kritisieren beispielsweise Vertreter*innen der regionalen Wirtschaft, dass die bisher geplanten Programme vor allem die Infrastruktur stärken. Die Unternehmen bräuchten aber gezielte finanzielle Förderungen wie Investitionszulagen und Sonderabschreibungsmöglichkeiten, die es in den 1990er Jahren bereits gab.

Einzelne Akteure des regionalen Handwerks und der Wirtschaft haben klare Vorstellungen davon, welche Ansatzpunkte vielversprechend sind und welche nicht. So warnen sie beispielsweise vor einer Fokussierung auf Gesundheitsversorgung und personennahe Dienstleistungen. Weil die Bevölkerungszahl wohl weiterhin schrumpfen werde, würden auch die potenziellen Nachfrager*innen dieser Services wegbrechen. Um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, müsse man auf die Industrie als Kern einer regionalen Wirtschaftsstruktur setzen. Das verarbeitende Gewerbe könne seine Produktion auf Export orientieren und die Wirtschaft so von der (schrumpfenden) regionalen Nachfrage und Bevölkerungsentwicklung entkoppeln. Auch das Handwerk hoffe auf Industrieunternehmen, weil es davon abhängig sei, dass Firmen und Beschäftigte seine Produkte und Dienstleistungen nachfragen: «Der Strukturwandel [...] wird nur dann keine Auswirkungen haben, wenn es gelingt, innovative, auch durchaus personalintensive [...] Arbeitsplätze hier in der Region zu schaffen [...]. Wenn es nicht gelingen wird [...], die Strukturen so anzupassen, dass es Käufer oder auch

Auftraggeber gibt [...], dann wird das Handwerk im gleichen Maße sich reduzieren» (I HK).

Dem liegt ein volkswirtschaftliches Verständnis zugrunde, das davon ausgeht, dass (private) Industrieunternehmen am Anfang jeder regionalen Wertschöpfung stehen müssen, weil erst sie eine wirtschaftliche Basis für Dienstleistungen, den öffentlichen Sektor etc. schaffen. Auch aus einer gewerkschaftlichen bzw. Arbeiterperspektive wird argumentiert, neue Industrie-arbeitsplätze seien unverzichtbar, weil sie hohe Tariflöhne sicherten und weil man aus Bergmännern keine Wissenschaftler oder Krankenpfleger machen könne. Der Strukturwandel solle deshalb an die schon vorhandenen Schwerpunkte wie Energieversorgung, Chemie, Nahrungsmittelindustrie und Logistik anknüpfen und diese zu zukunftsfähigen Industrien weiterentwickeln. Zu den ansässigen Unternehmen sollten Neuansiedlungen dazukommen.

Ob diese Modernisierung gelingt, entscheide sich vor allem daran, wie innovativ die Region sei, und das hänge wiederum davon ab, wie viel Geld die Unternehmen in Forschung und Entwicklung (F&E) investieren und wie viele Patente sie anmelden. Dadurch ließen sich neue Geschäftsmodelle schaffen, die Wertschöpfung erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. So heißt es im Strukturstärkungsgesetz optimistisch: «Das Mitteldeutsche Revier ist ein führender Innovationshub in Deutschland und Europa und stellt sich als Modell- und Laborregion den Fragen, wie wir in Zukunft leben wollen» (StStG 2020). Wegen der bisherigen F&E-Schwäche der lokalen Unternehmen müssten sie viel stärker mit öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen kooperieren (UBA 2019). Da die Region schon heute eine «Wissens-, Forschungs-, Transfer- und Bildungsregion» mit einem «hohen Zukunftspotenzial» (StStG 2020) sei, könne durch solche Kooperationen die Innovationskraft der Wirtschaft gefördert werden. Hochschulen könnten auch selbst verstärkt Start-ups ausgründen. Das gesamte Bildungs- und Wissenschaftssystem müsste auf den wirtschaftlichen Erfolg der Zukunftsbranchen ausgerichtet werden.

Die angestrebte Hightechindustrie in der Region soll die Form einer «grünen Ökonomie» annehmen, das heißt, die etablierte energieintensive Industrie soll bestehen bleiben, aber gleichzeitig ökologisch modernisiert werden. Die neue «Green Economy» setze auf technologische Innovationen, um klimaverträglich zu wirtschaften und weniger Ressourcen zu verbrauchen. Die Mitteldeutsche Region soll zu einem internationalen Vorbild werden, wie die nachhaltige Transformation einer Industrieregion gelingen kann. So heißt es im Strukturstärkungsgesetz: «Mitteldeutschland soll bei der Digitalisierung unter anderem der industriellen Wertschöpfungsketten Vorreiter werden. Daraus entstehen Fabriken der Zukunft, in denen mit möglichst

geringem Energieverbrauch, einer optimierten Kohlendioxid-Bilanz, digital-smarten Produktionslösungen und 5G/6G-Konnektivität rationell und ressourcenschonend die vierte industrielle Revolution stattfindet» (ebd.).

Für diesen wirtschaftlichen Kurs bräuchten die Unternehmen die passenden Fachkräfte, vor allem *high professionals* in den modernen technologieorientierten Zukunftsbranchen. Zwar bilden die Hochschulen in Leipzig, Halle und Merseburg eine wichtige Basis, doch sei das regionale Bildungssystem noch nicht ausreichend auf die Bedarfe der Wirtschaft eingestellt. Um Fachkräfte in der Region zu halten bzw. anzulocken, müssten attraktive Lebensbedingungen vor Ort geboten werden (Prognos 2018).

Die Politik könne zwar die sozialen Megatrends nicht aufhalten, aber sie produktiv steuern und kanalisieren, etwa indem sie die Bedingungen schafft, damit die Menschen bleiben. Dann werde die einzigartige Kultur- und Bergbaufolgelandschaft des Reviers eine hohe Umwelt- und Lebensqualität bieten. Die Region verfüge über eine große Dichte von historischen Denkmälern und über eine reizvolle Natur, die sie auch für den überregionalen Tourismus attraktiv mache. Dabei könnten die urbanen Ballungsräume und die ländlichen Gegenden sich gut ergänzen. Wenn ein Teil der Großstädter*innen ins Grüne zieht, könne das Leipzig und Halle entlasten und das Land beleben.

Ein Vertreter der regionalen Wirtschaft beschreibt das so: «Das Revier könnte der Vorgarten 4.0 von Leipzig werden [...]. Wenn man sich die Region ideal denkt 2038, dann könnte das eine faszinierende Landschaft werden, weil wir die Tagebaue in naher Zukunft [...] fluten werden. Und dann werden hier riesengroße Seen entstehen [...]. Durch Rückbau der Verformungen und Überformungen, die es durch den Kohlebergbau im 20. Jahrhundert gegeben hat, könnte man eine wunderbare Wohnqualität hier im ländlichen Bereich erzeugen» (I RB). Voraussetzung sei allerdings eine enge Vernetzung von städtischen und ländlichen Räumen. Die Politik müsse die digitale Infrastruktur (Breitbandinternet, 5G) auf dem Land zur Verfügung stellen bzw. verbessern und das Land besser mit Regional- und S-Bahnen sowie Straßen an die Städte anbinden. Ferner bedürfe es einer guten Versorgung mit Gesundheitseinrichtungen, Kitas, Schulen und Geschäften.

Entscheidend für die Attraktivität des ländlichen Raums sei nicht zuletzt die umfassende Digitalisierung. Nicht nur Halle und Leipzig sollen zu «Smart Cities» werden, die Bewohner*innen einen digital vernetzten, autonomen ÖPNV und Elektroautos nutzen können. Auch das Land sei «prädestiniert als Modell- und Laborregion [...], um technologische Potenziale zur Gestaltung des Lebens von morgen auszureizen» (StStG 2020). Um diesen Prozess wissenschaftlich zu begleiten, soll ein Zentrum für regionale Entwicklung Zeit (ZRZ) gegründet werden.

Diese dominante Erzählung des Strukturwandels trifft nicht überall auf Zustimmung. So sind Gesprächs-

partner*innen von alternativen Vereinen und Thinktanks sowie kritische Gewerkschafter*innen keineswegs der Meinung, dass die Region um jeden Preis Industrieunternehmen ansiedeln und ihnen optimale Verwertungsbedingungen gewähren müsse. Denn dabei geraten oft die Bedürfnisse der Beschäftigten und der Menschen vor Ort aus dem Blick. Selbst wenn sich die Mitteldeutsche Region im Konkurrenzkampf um Unternehmen und Arbeitsplätze gegen andere Regionen durchsetzen könnte, würden die Menschen andernorts auf der Strecke bleiben. Der Wettbewerb der Regionen, Landkreise und Kommunen unterläuft den Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse (Kallert et al. 2020). Die Entwürfe für eine zukünftige Mitteldeutsche Region gleichen im Kern den Marketingkonzepten und Business-Strategien, die allen Braunkohleregionen empfohlen werden. Es fehlt eine echte Vision und ein Konzept für eine spezifische sozial-ökologische Transformation der Region, die daraufsetzt, dass sich die Menschen in demokratischen Prozessen ihre Lebensbedingungen so gestalten, wie sie möchten (siehe Kap. 4.1).

3.2 INFRASTRUKTUR FÜR DEN STRUKTURWANDEL

Die dominante Vorstellung davon, was ein erfolgreicher Strukturwandel sei, spiegelt sich auch in den Projekten wider, die Bund und Land, Landkreise und Kommunen in den nächsten Jahren in der Mitteldeutschen Region in Angriff nehmen wollen.

Forschung

Sowohl über die Bundes- als auch über die Landesebene soll eine ganze Reihe hoch innovativer Forschungszentren in der Mitteldeutschen Region angesiedelt werden. So finanziert das Bundeswirtschaftsministerium ein Forschungsprogramm des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) für modernes Fliegen. In diesem Rahmen sollen in Cochstedt südlich von Magdeburg (also weit außerhalb des Reviers) ein «Kompetenz-» und ein «Erprobungszentrum für unbemannte Luftfahrtsysteme» entstehen.²⁹

In Halle und im Saalekreis finanziert das Ministerium gleich drei «Reallabore der Energiewende»: Im «Energiepark Bad Lauchstädt»³⁰ und im Projekt «GreenHydroChem»³¹ in Leuna sollen Produktion, Transport, Speicherung und Einsatz von «grünem Wasserstoff» in industriellem Maßstab untersucht werden. Beide Vorhaben sind Teil des HYPOS-Projekts und werden eng zusammenarbeiten (s. u.). Ferner soll in Halle ein «Kompetenzzentrum Wärmewende» etabliert werden, das Kommunen und Unternehmen beim Thema erneuerbare Wärme und leitungsgebundene Wärmeversorgung unterstützt.

²⁹ www.dlr.de/content/de/artikel/news/2020/03/20200703_neue-dlr-institute-solare-brennstoffe-fliegen-von-morgen.html. ³⁰ <https://energiepark-bad-lauchstaedt.de/>. ³¹ www.imws.fraunhofer.de/de/presse/pressemitteilungen/reallabor-leuna-elektrolyse-wasserstoff.html.

Darüber hinaus wird das Bundesforschungsministerium ein neues Großforschungszentrum in der Mitteldeutschen Region fördern, das als Helmholtz-Institut oder Ähnliches eingerichtet wird. Zudem hat das Ministerium angekündigt, jeweils ein Kompetenzzentrum für Arbeitsforschung und eines mit dem Titel «Bildung im Strukturwandel» aufzubauen. Auch das Bundesumweltministerium wird in der Region aktiv: Es plant sowohl ein Monitoringzentrum für Biodiversität als auch ein Datenzentrum für Umwelt- und Naturschutz, das ein bundesweites Online-Informations- und Partizipationsangebot entwickelt.

Über den Länderarm möchte die Stadt Halle außerdem den Weinberg Campus erweitern, wo schon heute zahlreiche außer- und universitäre Institute sowie Unternehmen angesiedelt sind. So soll ein Schulcampus speziell für MINT-Fächer und ein Business Development Center für digitale Biowissenschaften, digitalisierte Medizintechnik und intelligente Werkstoffe gebaut werden. Der Saalekreis will das Bioeconomy-Hub zur Anwendungsforschung in Leuna ausbauen, das eng mit dem Weinberg Campus kooperieren soll. Der Kreis wünscht sich ferner den Neubau eines innovativen Forschungs- und Gründerzentrums für verschiedene Anwendungsbereiche – etwa Bioökonomie sowie Digitalisierung von Medizin und Pflege.

Der Kreis Mansfeld-Südharz bringt entsprechend seinem wirtschaftlichen Profil mehrere Innovationszentren im Bereich der Grundstoffindustrien ins Gespräch. So empfiehlt er die Einrichtung eines Forschungsinstituts am Standort des Kupferproduzenten KME Mansfeld GmbH in Hettstedt, um klimafreundliche Produktionsverfahren zu entwickeln. In Amsdorf soll ein «Kompetenzzentrum der Grundstoffindustrie» entstehen, das zur Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Montanwachstumsindustrie beiträgt. Ein «Innovationshub Zukunft Holz» soll die Innovationskraft der Holzindustrie steigern.

Flächen, Räume und Starthilfe für Unternehmen

Mit Mitteln des Landesarms planen die Kreise, bestehende Gewerbe- und Industriegebiete zu erweitern, neue Gebiete auszuweisen und städtische Brachen zu sanieren und für neue Nutzungen zu ertüchtigen. So möchten Halle und der Saalekreis gemeinsam den «Star Park II» bauen. Auf bis zu 200 Hektar sollen Arbeitsplätze in den Bereichen Elektromobilität, Logistik und Nahrungsmittel geschaffen werden. Das mit alten Industrieschadstoffen hochbelastete RAW-Gelände in Halle soll für Hunderte Millionen Euro saniert werden, um dort ein innovatives Stadtquartier für Wohnen, Arbeiten, Forschen und Gründen zu entwickeln. Der Burgenlandkreis will nicht nur den Chemiepark Zeitz aufwerten und mit moderner Infrastruktur ausrüsten, sondern auch verschiedene Mibrag-Standorte mit hochmoderner Infrastruktur versorgen, die eine Nutzung für die kommenden Jahrzehnte erlaubt. Der Kreis Mansfeld-Südharz möchte die neuen Industriegebiete bei Sangerhausen und Lutherstadt Eisleben schnell und professionell vermarkten.

Schließlich wird auch das Bundeswirtschaftsministerium Unternehmen in der Region unterstützen. So soll die deutsche Außenwirtschaftsagentur Germany Trade & Invest (GTAI) der regionalen Wirtschaft bei der Erschließung von Exportmärkten und der Akquise potenzieller Investoren helfen. Ferner bietet das Ministerium eine anteilige Förderung für strategische Unternehmensberatungen, die von professionellen Consulting-Agenturen durchgeführt werden.

Digitalisierung

Ein zentrales Querschnittsthema ist die umfassende Digitalisierung des Lebens in der Region. So sollen nicht nur Haushalte, Industrie- und Gewerbegebiete besser an 5G- und Glasfasernetze angeschlossen werden, darüber hinaus planen mehrere Kreise innovative Digitalisierungsprojekte und -zentren. Der Burgenlandkreis etwa möchte in Zeitz eine lokale Onlineshopping-Internetplattform etablieren und im dortigen Chemie- und Industriepark ein modernes Verkehrsleitsystem einrichten. Der Kreis Mansfeld-Südharz plant ein interaktives Makerlab für die digitale Telepflege und ein Pilotprojekt zur unterirdischen Datenspeicherung in ehemaligen Bergwerksstollen.

Verkehrsinfrastrukturen

Der Bund fördert in den Jahren 2020 und 2021 in Absprache mit den Ländern mehrere Verkehrsprojekte, die zum Teil auf Wünsche von Kreisen und Kommunen zurückgehen. Das Bundesverkehrsministerium finanziert einige Straßenbauprojekte, insbesondere Ortsumgehungen von Bundesstraßen. Auch in eine Reihe von Projekten des öffentlichen Verkehrs steckt es Geld, etwa in den Ausbau und die Elektrifizierung der S-Bahn-Verbindung Leipzig-Pegau-Zeitz-Gera oder in den Um- bzw. Neubau der Bahnhöfe in Bitterfeld und Leuna. Das Ministerium stellt ferner in Aussicht, Verwaltungsstrukturen aus dem Bereich Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung in der Region anzusiedeln und das Programm mFUND um ein Modul «Digitalisierung und datenbasierte Innovationen für Mobilität 4.0 und Daseinsvorsorge in den Braunkohlerevieren» zu erweitern.

Mehrere Kreise bzw. Kommunen haben konkrete Pläne, welche Verkehrsprojekte über den Landesarm finanziert werden könnten: Beispielsweise möchten die Kommunen des Burgenlandkreises mehrere Straßen ausbauen und das Busangebot verbessern. Auch das Radwegenetz soll gemäß «Radverkehrskonzeption für die Montanregion Sachsen-Anhalt Süd» von 2019 erweitert werden. Anhalt-Bitterfeld setzt neben Straßen und Schienenstrecken ebenfalls auf das Radnetz. Mansfeld-Südharz möchte das «Regionale Radwegekonzept» von 2016 fortschreiben.

Aber das Thema Verkehrspolitik birgt auch Zündstoff in der Region: Zum Beispiel fürchten Anwohner*innen starke Belastungen durch den Straßenanschluss von Hohenmölsen an die A38. Außerdem ist umstritten, ob die Kreise ihre Priorität auf autonom fahrende Busse

und Bahnen oder zunächst auf eine gute Versorgung mit dem «klassischen» ÖPNV legen sollten.

Tourismus

Im Revier hofft man, dass dort nach dem Bergbau eine einzigartige Natur- und Kulturlandschaft entsteht, die große Potenziale für die Tourismusbranche bietet. Die Kombination aus geschichtsträchtigen Orten und Bauwerken, Industriedenkmalen und einer reizvollen Natur verspreche Wertschöpfung und Arbeitsplätze (Prognos 2018). Deshalb will die Kulturstaatsministerin der Bundesregierung die Kulturförderung in den Braunkohleregionen verstärken und ein eigenes Förderprogramm für Industriekultur auflegen. Auch die Kreise haben verschiedene Projekte auf der Agenda, mit denen sie die Kulturangebote und die touristische Infrastruktur weiterentwickeln wollen. Historische Kulturstätten und Naturräume sollen saniert bzw. aufgewertet, touristische Angebote besser vernetzt und vermarktet werden.

Soziale Infrastrukturen

Auch wenn öffentliche Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit, der Kultur und Gesundheit förderfähig sind, haben die meisten Kreise diese Bereiche noch kaum im Blick. Anders der Burgenlandkreis: Er schlägt mehrere Projekte vor, um die Schulinfrastruktur zu verbessern, die ambulante wie stationäre Gesundheitsversorgung und Pflege auszubauen und neue Bürgertreffpunkte, Sportstätten und interaktive kulturelle Angebote zu schaffen. Anhalt-Bitterfeld möchte einen Schwerpunkt auf Angebote der Berufsorientierung, Berufsaus- und Weiterbildung legen – insbesondere im MINT-Bereich –, um den Bedarf der Wirtschaft nach Fachkräften zu decken. Der Kreis strebt ferner an, die Wohnqualität seiner Gemeinden zu steigern, indem Quartiere saniert bzw. neu entwickelt, mit Naturräumen verbunden und verkehrlich gut angebunden werden.

Umweltschutz

Einen ähnlich schweren Stand haben die Bereiche Altlastensanierung und Umweltschutz. Das Bundesumweltministerium startet ein Förderprogramm «Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen» (KoMoNa). Burgenlandkreis und Mansfeld-Südharz haben eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie Bergbaufolgelandschaften umgestaltet, Ökosysteme renaturiert und ausgebaut sowie die Wälder klimaresilient umgebaut werden könnten. Gleichwohl scheinen solche Themen bei den meisten Kommunalpolitiker*innen ganz unten auf der Agenda zu stehen.

3.3 LEITBRANCHEN IM STRUKTURWANDEL

Die bisher geplanten und vorgeschlagenen Projekte setzen durchaus auf eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und eine digitale Infrastruktur – bis-

weilen auch auf soziale Daseinsvorsorge und Umweltschutz. Im Kern geht es allerdings darum, Leuchttürme einer Hightechforschung zu etablieren und zu stärken und wirtschaftsnahe Infrastrukturen zu schaffen, die es neuen und alten Unternehmen ermöglichen, als «grüne Industrie» weitere Geschäftsfelder und Profitmöglichkeiten zu erschließen. Davon sind auch die Strategien in den bisherigen regionalen Leitbranchen geprägt – von denen manche noch nicht sonderlich grün sind.

Energiewirtschaft

Energieproduktion und Energieversorgung bilden das industrielle Zentrum der regionalen Wirtschaft. Bisher dominieren dort fossile Unternehmen: Weit vor der Mißbrag ist der Öl- und (Petro-)Chemiekonzern Total SE in Leuna mit sechs Milliarden Euro das mit Abstand umsatzstärkste Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Seine Tochter, die TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH, stellt dort pro Stunde rund eine Million Liter Benzin und Diesel her und verfügt über eine maximale jährliche Verarbeitungskapazität von zwölf Millionen Tonnen Rohöl, das sie überwiegend aus Russland bezieht. Damit deckt sie nicht nur den Treibstoffbedarf von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, sondern gehört auch zu den größten Klimakillern in Ostdeutschland.³² Daneben sind mehrere lokale und regionale Energieversorger in der Region aktiv (siehe Kap. 4.2).

Auch in Zukunft soll das Revier ein wichtiger Standort der Energieerzeugung bleiben, der aber zu einem Reallabor für ein smartes «grünes Energiesystem» umgewandelt wird (NORD/LB 2019). Es wird angestrebt, die Betriebe der «Braunkohlewirtschaft in zukunftsweisende Standorte für die Erzeugung von erneuerbaren Energien als Grundstein für eine nachhaltige Energieregion umzubauen und Möglichkeiten zur Modellierung der Sektorenkopplung von Industrie und Energiewirtschaft zu erforschen» (StStG 2020). Modellrechnungen haben ergeben, dass auf ausgekohnten Tagebauflächen große Potenziale für Photovoltaik (PV) bzw. Solarthermie bestehen (IÖW et al. 2018). Ferner wird im Kreis Mansfeld-Südharz die Möglichkeit einer geothermischen Nutzung von Grubenwasser in ehemaligen Bergwerksstollen geprüft (Landkreis Mansfeld-Südharz 2020).

Chemieindustrie

Eng verbunden mit der Energiewirtschaft ist die chemische Industrie, die 2018 einen Umsatz von über sechs Milliarden Euro erzielte. Insbesondere wegen der billigen und verlässlichen Energieversorgung durch die Braunkohle haben sich zahlreiche Unternehmen in den Chemieparcs Bitterfeld-Wolfen, Leuna, Schkopau und Zeitz angesiedelt. In Leuna produzieren Branchengrößen wie BASF, Shell, Bilfinger oder Domo Caproleuna.

³² <https://de.total.com/de/die-total-gruppe-deutschland/projekte-fuer-bessere-energie-deutschland/die-total-raffinerie-leuna-mobilitaet-fuer-eine-ganze-region>.

Der internationale Chemiekonzern Dow Chemical (heute DuPont de Nemours) übernahm 1995 von der Treuhand die traditionellen Buna-Werke in Schkopau sowie Teile der Leunawerke und der Ölwerke Böhlen (Sachsen). Auf dieser Basis gründete er die Dow Olefinverbund GmbH, deren Herzstück der sogenannte Cracker in Böhlen ist. Dort werden aus Rohbenzin verschiedene chemische Produkte gewonnen. In Schkopau siedelte Dow vor allem eigene Kunden- und Zulieferunternehmen an. Heute hat der Konzern in der Region knapp 5.000 Beschäftigte. Allerdings ließ das Amtsgericht Merseburg im Herbst 2019 die Konzernanteile an der Dow Olefinverbund GmbH pfänden, weil Dow einem rechtskräftigen Entschädigungsurteil nicht nachkommt. Mehr als 1.000 Bananenbäuerinnen und -bauern aus Nicaragua hatten das Unternehmen auf rund eine Milliarde Euro Schadensersatz verklagt, weil sie Dow-Pestiziden ausgesetzt waren, die zu Krebs und Impotenz führen können. Dow darf zwar die Produktion weiterführen, aber keine Gewinne aus der Tochter abführen und seine Anteile auch nicht verkaufen.³³ Mit solchen Skandalen schaffen es Dow bzw. Du Pont regelmäßig auf die vordersten Plätze des «Toxic 100 Index», einer Rangliste der größten Umweltverschmutzer in den USA.

Aber die Chemiebranche vor Ort beginnt sich zum Teil zu wandeln und experimentiert mit Konzepten einer «grünen Chemie». Das Ziel ist, die Produktionsprozesse energie- und ressourcensparender sowie umweltfreundlicher zu gestalten. So investiert das finnische Unternehmen UPM in Leuna 550 Millionen Euro in eine Bioraffinerie, in der aus Holz Biochemikalien hergestellt werden sollen. Vor allem im Chemie- und Industriepark Zeitz setzen mittelständische Unternehmen auf neue «grüne» Verfahren und Geschäftsfelder. Radici Chimica vernichtet zum Beispiel klimaschädliches Lachgas, das in der Adipinsäure-Produktion entsteht, mithilfe eines neuartigen Kraftwerks. Puralube setzt auf Re-Refining von Altöl und hilft damit, den Abschluss neuer Ressourcen zu vermeiden.

Im Strukturwandel geht es nicht nur darum, die verlässliche und billige Strom- und Wärmeversorgung qua Braunkohle durch neuartige «grüne» Versorgungskonzepte zu ersetzen. Anknüpfend an die genannten Beispiele soll die Branche in enger Zusammenarbeit mit der regionalen Wissenschaft neue Technologien, Verfahren und Produkte entwickeln. Eine besondere Bedeutung wird dem BioEconomy-Cluster zugesprochen, das seit 2012 seinen Sitz in Leuna hat. Darin kooperieren zahlreiche Großkonzerne, Mittelständler und Forschungsinstitute unterschiedlicher Branchen und Fachrichtungen, um die Ressourcenbasis der Wirtschaft auf biogene Rohstoffe umzustellen.

Fokus: Stoffliche Nutzung der Braunkohle

Gleichzeitig wollen relevante Akteure in der Region an die enge Verbindung zwischen Kohle- und Chemieindustrie anknüpfen und die lange Tradition der stofflichen Nutzung der Braunkohle fortsetzen, die bis zum

Faschismus zurückreicht. In der Industrie bestehe das Know-how, die Ressourcen lägen im Boden. Die Kohlechemie weiterzuentwickeln sei deshalb ein wirtschaftlich und technologisch vielversprechender Pfad im Strukturwandel. Die Vision ist eine Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft, in der deutlich weniger Treibhausgasemissionen freigesetzt werden als bei der Braunkohleverstromung (Prognos 2018). Die angestrebten Verfahren basieren darauf, Braunkohle – zum Teil in Kombination mit nachwachsenden Rohstoffen, Kunststoffabfällen oder anderen Reststoffen – nicht zu verbrennen, sondern in chemischen Verfahren umzuwandeln. Auf diese Weise können nicht nur Montanwachse und andere chemische Grundprodukte gewonnen werden. Darüber hinaus könnten etwa auch Kohlenwasserstoffe, Synthesegase und nicht zuletzt Erdölsubstitute wie zu Zeiten des Nationalsozialismus hergestellt werden (NORD/LB 2019).

Verschiedene Akteure aus Kommunalpolitik, Wirtschaft und den Belegschaften der Kohleunternehmen äußern die Hoffnung, dass trotz des Endes von Kohleabbau und -verstromung der Tagebau für die stoffliche Nutzung doch noch fortgesetzt werden kann, um zumindest einen Teil der Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Revier zu halten. In Leuna finanziert das Land die Erprobungsanlage Carbontrans des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS), die 2024 in Betrieb gehen soll. Die Anlage soll Braunkohle und Kohlenstoffabfälle in Synthesegas umwandeln, das als Rohstoff in der chemischen Industrie genutzt werden kann.³⁴

Aus einer sozial-ökologischen Perspektive ist diese Option zu kritisieren. Denn erstens führt jeder Tagebau zur schwerwiegenden Zerstörung von Ökosystemen und zur Umsiedlung von Anwohner*innen. Wenn etwa der Tagebau Lützen doch noch aufgeschlossen würde, müssten rund 1.000 Menschen umgesiedelt werden; 15.000 würden am Ende an der Tagebauanteile leben. Zweitens muss bei den herzustellenden Produkten der gesamte Lebenszyklus betrachtet werden. Das in der Braunkohle gebundene CO₂ droht, zeitlich verzögert am Ende der Nutzungsdauer (durch Verwitterung u. Ä.), doch freigesetzt zu werden. Drittens sind die Umwandlungsprozesse der stofflichen Nutzung bisher energieintensiv und mit hohen Kosten verbunden. Ähnlich wie bei der Carbon-Capture-and-Storage-Technologie (CCS) droht ein teurer Lock-in in eine fossile Sackgasse. Eine zentrale Forderung der globalen Klimabewegung lautet nicht ohne Grund, alle fossilen Ressourcen im Boden zu lassen.

Autoindustrie und Logistik

Auf der sächsischen Seite der Region produzieren nicht nur BMW, Porsche und eine Reihe von Zulieferern Automobile. Mit dem Frachtflughafen Leipzig/

³³ www.sueddeutsche.de/wirtschaft/unternehmen-schkopau-dow-chemie-werke-in-sachsen-und-sachsen-anhalt-gepaendet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191017-99-334302. ³⁴ www.carbontrans.de/.

Halle und den ansässigen Unternehmen zählt die Region auch zu den Logistikzentren Deutschlands. Amazon betreibt dort ein wichtiges Verteilzentrum. Das DHL Hub Leipzig mit über 5.000 Beschäftigten fungiert als eines von drei Luftfracht-Drehkreuzen des Logistik Konzerns (Prognos 2018). Auf der sachsen-anhaltischen Seite hat er rund 5.000 Beschäftigte. Amazon baut in Gera-Cretzschwitz ein neues Logistikzentrum, wo Menschen aus dem Burgenlandkreis Arbeit finden könnten.³⁵ In Halle investiert der Autozulieferer Schaeffler 180 Millionen Euro in ein neues Montage- und Verpackungszentrum.³⁶

Im Strukturwandel soll die Auto- und Transportbranche weiter gestärkt und die Mobilität der Zukunft entwickelt werden: Der stark wachsende E-Commerce in Deutschland, der auch global zunehmende Online-Handel und die zentrale geografische Lage böten das Potenzial, die Region zu einem führenden europäischen Logistikhub auszubauen. Das würde gerade im Niedriglohnsektor neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Auch die exportstarke Autoindustrie vor Ort müsse gefördert werden. Indem die Fertigungstiefe bei Porsche und BMW ausgebaut und neue Antriebstechnologien (z. B. Elektromotoren) entwickelt werden, ließen sich Wertschöpfungsstufen erweitern und Jobs generieren (ebd.).

Dieser Weg würde jedoch ein fragwürdiges Mobilitätsmodell fortschreiben. Noch mehr Autos – ob Verbrenner oder Elektrofahrzeuge – würden die Verdrängungskonkurrenz auf einem übersättigten Markt steigern und an der Autogesellschaft festhalten, deren soziale und ökologische Schattenseiten eine echte Mobilitätswende nötig machen (Sander 2020). Auch mehr Warenverkehr bedeutet mehr CO₂-Emissionen, mehr Weltmarktkonkurrenz, mehr Zerstörung regionaler Märkte und kleiner Unternehmen. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche problematisch: Die DHL-Arbeiter*innen mussten lange ihre niedrigen Löhne mit Hartz IV aufstocken. Amazon bekämpft Gewerkschaften, spaltet und überwacht seine Belegschaft. Seit Jahren kämpfen ver.di und Arbeiter*innen für einen Tarifvertrag (Boewe/Schulten 2019; Apicella 2016).

Fokus: Wasserstofftechnologie

Ein Leuchtturmprojekt des Strukturwandels soll die Entwicklung einer konkurrenzfähigen Wasserstoffwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien werden, die Energie-, Chemie- und Mobilitätsbranche verbindet. «Grüner Wasserstoff» wird auf Basis von Strom aus erneuerbaren Energien in Elektrolyseuren gewonnen. Manchen gilt er als Schlüsselenergieträger der Energiewende, weil er gut speicherbar, transportabel und rekonvertierbar in Strom oder Wärme ist (NORD/LB 2019).

Eine zentrale Rolle in der Region spielt das Gemeinschaftsprojekt HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany).³⁷ Im Jahr 2013 gründeten die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland,

das Fraunhofer IMWS und das Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland den HYPOS e. V. Seitdem gewannen sie zahlreiche Großkonzerne, Mittelständler, Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Netzwerkpartner – darunter Total, Dow und EPH (über ihre jeweiligen Töchter). Der Verein vernetzt und bündelt die relevanten Akteure, initiiert verschiedene Umsetzungsvorhaben und wirbt Forschungsmittel ein. Ziel ist es, im Reallabor eine funktionierende technologische Wertschöpfungskette aufzubauen, um Kosten zu reduzieren, die Wirtschaftlichkeit von «grünem Wasserstoff» zu erreichen und schließlich der Wasserstoffwirtschaft zum kommerziellen Durchbruch zu verhelfen. In der Mitteldeutschen Region trifft das Projekt auf gute Voraussetzungen: Dort finden sich nicht nur Unternehmen und Institute mit der nötigen Kompetenz, sondern auch eine an der A9 verlaufende 150 Kilometer lange Wasserstoffpipeline, Salzkavernen als potenzielle Speicher sowie Strom- und Gasnetze, die zu einer funktionierenden Infrastruktur verbunden werden sollen.

Aus einer sozial-ökologischen Perspektive sollte die Verwendung von Wasserstoff klaren Kriterien folgen. So argumentiert etwa der BUND, dass die Nutzung von «grauem» oder «blauem» Wasserstoff auf fossiler Basis ausgeschlossen werden muss (BUND 2020). «Grüner Wasserstoff» wird auf absehbare Zeit ein seltenes Gut bleiben, das nur dort eingesetzt werden sollte, wo es keine sinnvolleren Alternativen gibt. Vor allem muss der gesamte Energiebedarf durch Fortschritte in der Effizienz und Suffizienz (Genügsamkeit) stark reduziert werden. Der Stromverbrauch für die Wasserstoffgewinnung muss durch zusätzliche Kapazitäten von erneuerbaren Energien und durch überschüssige Stromspitzen gedeckt werden. Schließlich sollten Importe aus Nicht-EU-Ländern weitgehend vermieden bzw. an strenge Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen könnte «grüner Wasserstoff» in der Industrie eingesetzt werden, um chemische Grundstoffe nachhaltig herzustellen und Prozesswärme zu gewinnen. Im Stromsektor kann er als eine von mehreren Speicheroptionen verwendet werden, um die Schwankungen der dargebotsabhängigen erneuerbaren Energien auszugleichen. «Grünes Gas» kann im Wärmebereich ergänzend in KWK-Anlagen in Kombination mit Wärmenetzen genutzt werden. Auch für den nicht zu vermeidenden Restverkehr mit Schiffen und Flugzeugen kann es eine Option sein. Für Pkw und Lkw sind Wasserstoff bzw. synthetische Kraftstoffe aufgrund der geringen Wirkungsgrade jedoch keine sinnvolle Lösung.

³⁵ www.mz-web.de/burgenlandkreis/amazon-baut-in-gera-wie-koennte-der-burgenlandkreis-davon-profitieren--37239670 ³⁶ www.mz-web.de/halle-saale/900-jobs-entstehen-schaeffler-investiert-180-millionen-euro-im-star-park-30620732. ³⁷ www.hypos-eastgermany.de/.

Ernährungsindustrie

Nicht zuletzt spielt die Nahrungs- und Futtermittelindustrie mit einem jährlichen Umsatz von knapp fünf Milliarden Euro eine wichtige Rolle in der Region. Insbesondere im Burgenlandkreis geben mehrere Nahrungsmittelunternehmen den Menschen Arbeit – wie die Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke GmbH & Co. KG (1.700 Beschäftigte) und die Rotkäppchen-Mumm Sektellereien GmbH (900). In der Verbindung mit innovativer Bioökonomie und effizienter Logistik werden weitere Wachstumschancen in der Branche gesehen.

Doch Teile der Branche sind politisch umstritten. So beschäftigt die Tönnies Zerlegebetrieb GmbH in Weißenfels unter fragwürdigen Arbeitsbedingungen rund 2.300 Menschen – überwiegend Vertragsarbeiter*innen aus dem Ausland. Der Betrieb belastet lokale Gewässer und Umwelt.³⁸ Im Dezember 2020 geriet die Fleisch- und Schlachtfirma wegen eines massiven Corona-Ausbruchs im Weißenfelser Betrieb in die Schlagzeilen. Wenige Monate zuvor hatte die Bundespolizei eine Großrazzia im Umfeld von Schlachtbetrieben durchgeführt – auch in Weißenfels. Ein kriminelles Netzwerk hatte Arbeitskräfte mit gefälschten Papieren nach Deutschland gebracht und sie an Tönnies vermittelt.³⁹

3.4 DIE ZUKUNFT DER MIBRAG

Wenn die ganze regionale Wirtschaft sich auf den Weg in die Green Economy machen will: Welche Rolle kann und soll das Unternehmen EPH und seine Tagebau-Tochter Mibrag zukünftig in der Region spielen? Werden sie auch zu «grünen» Vorzeigeunternehmen oder ist ihre Zukunft ungewiss? Die Einschätzungen dazu gehen im Revier weit auseinander. Mehrere regionale Wirtschaftsvertreter*innen und Kommunalpolitiker*innen zeigen sich überzeugt, dass die Mibrag eine starke ökonomische Basis mit gut ausgebildeten Fachkräften hat und das Kohlegeschäft wie geplant zu Ende führen wird. Das regionale Management entwickle gegenwärtig Ideen, mit welchen Zukunftsprojekten das Unternehmen in der Zeit nach der Kohleverstromung Gewinn machen kann, indem es die heutigen Rand- zu künftigen Kerngeschäften mache.

Zum Beispiel könne die Mibrag an der Energieerzeugung festhalten und in Zukunft auf erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen setzen. Auch die Entsorgung bzw. Verbrennung von Müll sei eine Option. Bisherige Betriebsflächen könnten für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen genutzt werden. Ferner könne die Mibrag ihr bestehendes Schienennetz und ihre angeschlossenen Betriebsstandorte nutzen, um Schienenfahrzeuge instand zu halten. Nicht zuletzt sei das Tochterunternehmen GaLa-Mibrag-Service GmbH schon heute erfolgreich in den Bereichen Rekultivierung sowie Garten- und Landschaftsbau aufgestellt und könne dieses Geschäftsfeld ausbauen (Arepo Consult 2017).

Andere Gesprächspartner*innen äußern Zweifel an den Zukunftsaussichten der Mibrag. So konzentrie-

re sich das Unternehmen bisher auf sein hergebrachtes Kerngeschäft, solange dort noch Profite zu erwirtschaften sind. Es sei ungewiss, ob es der Mibrag gelinge, sich umzuorientieren und mit neuen Produkten und Dienstleistungen neue Absatzmärkte zu erschließen, da diese oft schon von dort etablierten Unternehmen besetzt seien. Und es sei auch unklar, ob Wertschöpfung und Beschäftigung im bisherigen Maße zu erhalten sind. Ein Sprecher der regionalen Wirtschaft stellt offen infrage, ob ein Unternehmen mit einem so speziellen Profil wie die Mibrag sich überhaupt erfolgreich ein ganz neues Geschäftsfeld erschließen kann. Er geht davon aus, dass das Tagebauunternehmen dichtmachen wird. Außerdem beeinträchtigen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Braunkohlegeschäft zunehmend. Sinkende Börsenstrompreise, Emissionshandel und CO₂-Steuern belasten die Braunkohlekraftwerke. Auch wenn der Tagebau aktuell noch Gewinne abwirft und davon nicht unmittelbar betroffen ist, handelt es sich doch um *einen* Konzern. Wirtschaftliche Probleme der Kraftwerke wirken sich vermittelt auch auf die Braunkohleförderung aus.⁴⁰

Greenpeace-Recherchen zeigen, dass Vattenfall 2016 sein Braunkohlegeschäft in der Lausitz billig verkaufte, weil das schwedische Management zu dem Ergebnis gekommen war, dass die Braunkohle absehbar nur noch zu Verlusten führen werde. Deswegen fragte sich Greenpeace: «Warum kommt EPH zu anderen Ergebnissen? [...] Was nährt ihre Hoffnung, trotz der bedenklichen Prognosen in Zukunft mit der Braunkohle noch Geld zu verdienen?» (Greenpeace 2017).

Um diese Fragen zu beantworten, muss man sich das Geschäftsmodell des Finanzmarktinvestors EPH in Erinnerung rufen (siehe Kap. 1.6). Ihm geht es nicht darum, seine Braunkohletöchter wirtschaftlich solide zu entwickeln. Anders als etwa RWE und E.ON, die tatsächlich strategisch darauf orientieren, den internationalen Markt für erneuerbare Energien mittelfristig zu dominieren, setzt EPH weder in seiner PR-Arbeit noch in seinen realen Investments auf eine Strategie des «greening». Nicht nur das Management, auch viele Menschen in Kommunalpolitik und Belegschaft hoffen und erwarten, dass aufgrund des steigenden Strombedarfs die Braunkohle noch länger als bisher geplant gebraucht wird und wegen sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch profitabel zu betreiben ist. Vor allem gehen sie davon aus, dass die Energiewende aus technischen und energiewirtschaftlichen Gründen absehbar scheitern wird. Politische (Lobby-)Interventionen gegen eine zu klimafreundliche Energiepolitik könnten ihr Übriges tun.

³⁸ <https://arbeitsunrecht.de/das-system-toennies-muss-gestoppt-werden/>. ³⁹ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/illegal-leiharbeit-razzien-in-der-fleisch-industrie-16966856.html. ⁴⁰ Ein Vorbote waren die durch die Corona-Pandemie ausgelösten weltwirtschaftlichen Turbulenzen, in deren Folge der EnBW-Block in Lippendorf für Monate heruntergefahren wurde. Weil die EnBW weniger Kohle nachfragte, musste die Mibrag ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schicken. Bereits 2019 hatte EnBW seinen Block in Lippendorf heruntergefahren, weil die damaligen Börsenstrompreise einen wirtschaftlichen Betrieb nicht mehr zuließen. vgl. www.klimareporter.de/strom/stromsystem-entledigt-sich-der-kohle.

Noch vor dem Beschluss der Kohlekommission brachte Greenpeace die strategischen Optionen von EPH im Hinblick auf die Lausitz auf den Punkt: «Das Geschäft der neuen Eigentümer mit der LEAG gleicht einer Wette darauf, die Umwelt noch jahrzehntelang mit klimaschädlichen Emissionen aus den Schloten der LEAG-Kraftwerke belasten zu können. Wenn aber die Bundesregierung ein Ausstiegsdatum festlegt, mit dem Deutschland seinen Verpflichtungen zum Klimaschutz nachkommt, hätten die tschechischen Investoren sich verzockt. Die LEAG wäre dann finanziell nicht in der Lage, die durch den Braunkohleabbau angerichteten Schäden zu beseitigen. Die wahren Verlierer dieser Wette wären die Steuerzahler – denn die Renaturierungslasten in Milliardenhöhe müsste der Staat tragen» (Greenpeace 2018). Geht die Wette gegen die Energiewende nicht auf, könnte EPH auf eine zweite strategische Option setzen: «Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Eigner von EPH die Strategie verfolgen, so viel Rendite wie möglich aus den Vattenfall-Tagebauen in Ostdeutschland zu ziehen, um den Betrieb dann in die Insolvenz zu führen» (Greenpeace 2016). Diese Doppelstrategie dürfte EPH auch im Mitteldeutschen Revier verfolgen.

In jedem Fall stellt sich die Frage, wer für die Renaturierung der stark zerstörten und belasteten Bergbaufolgelandschaft aufkommt. Eine plötzliche Insolvenz von Mibrag und Kraftwerksunternehmen würde das Problem verschärfen und käme einer Katastrophe für die Beschäftigten und das Revier gleich. Nach Bundesberggesetz ist das Bergbauunternehmen dafür zuständig, die Restlöcher zu schließen, die errichteten Infrastrukturen zurückzubauen und die Grundlage für die umweltgerecht geplante Folgenutzung der Flächen zu legen. Für die Ewigkeitskosten, also etwa die langfristige Stabilisierung der Wasserkreisläufe, müssen ohnehin die Länder aufkommen.

In Kooperation mit dem Land hat die Mibrag schon im Jahr 2000 einen Sanierungsplan erstellt, der eine weitgehende Flutung der Tagebaulöcher vorsieht. Im Länderübergreifenden Regionalen Entwicklungskonzept (LÜREK) werden diese Pläne gegenwärtig konkretisiert und schließlich in einem Abschlussbetriebsplan verbindlich festgelegt. Ferner haben beide involvierten Länder mit der Mibrag Vorsorgevereinbarungen getroffen, die das Unternehmen verpflichten, insgesamt 439 Millionen Euro für die Rekultivierung vorzuhalten (Sachsen: 276 Mio. Euro; Sachsen-Anhalt: 163 Mio. Euro). Diese Gelder müssen, wenigstens in Sachsen-Anhalt, als insolvenzsichere Sondervermögen bei den Tochterunternehmen angelegt werden, die an die jeweiligen Länder verpfändet sind. Wie oben gezeigt, hat EPH aber einen Großteil der Rückstellungen aufgelöst und sich selbst als Gewinn ausgeschüttet. Zwar sind die Rückstellungen zuletzt wieder auf gut 220 Millionen Euro gestiegen, lagen damit aber immer noch unter dem Niveau von 2009.

Das ist auch mit der Betriebsplanung von EPH zu erklären, die eine lange Betriebsdauer für Tagebaue

und Kraftwerke vorsieht (auch in der Hoffnung auf ein Scheitern der Energiewende). Auf dieser Basis hat sich die Holding hohe Gewinne ausgeschüttet und nur geringe Rücklagen gebildet in der Erwartung, dass sie dafür in den nächsten Jahrzehnten noch genug Gelegenheit haben werde. Mit der Begründung, dass EPH durch das vorzeitige Ende der Lausitzer Braunkohleindustrie ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, soll die Holding nun vom Bund 1,75 Milliarden Euro Entschädigung erhalten, die aber für die Rekultivierung verwendet werden müssen. Sarkastisch gesagt, ersetzt der Fiskus die 1,7 Milliarden Euro, die EPH seinerzeit von Vattenfall erhalten haben soll und vermutlich in sein Finanzimperium transferiert hat.

Mehr noch: *Der Spiegel* hat recherchiert, «dass die LEAG Entschädigungen erhält, obwohl der Konzern seine Kohlegruben praktisch nicht früher schließt, als es ohnehin geplant war» (Dohmen et al. 2020). So sah der Geschäftsplan von 2016, der dem Vattenfall-Deal zugrunde lag, weitgehend gleiche Abschaltzeiten und Restkohlemengen vor wie später im Kohlekompromiss vereinbart. Die Aussicht auf spätere Entschädigungen mögen ein weiteres Motiv von EPH gewesen sein, die geplante Betriebsdauer seiner Kraftwerke (fiktiv) zu verlängern. Ob der Konzern im Mitteldeutschen Revier ähnlich agiert hat, lässt sich nur vermuten. Aus Sorge um Arbeitsplatzverluste fordern nun Kommunalpolitiker*innen und Arbeitnehmervertreter*innen, dass auch die mitteldeutschen EPH-Töchter Entschädigungen erhalten müssten. Aus Sicht der Akteure vor Ort ist das verständlich. Es besteht aber die Gefahr, dass die Steuerzahler*innen die abgeführten Gewinne und die mangelnde Vorsorge von EPH kompensieren.

Die Problematik der Rekultivierung wird noch dadurch verschärft, dass keinerlei belastbare Zahlen vorliegen, wie hoch die Folgekosten in den Revieren tatsächlich sein werden. Konkrete Planungen und detaillierte Kostenaufstellungen werden vonseiten des Unternehmens nicht öffentlich gemacht. Die Vorsorgevereinbarungen sind intransparent (Fiedler/Schrems 2019). Die Unternehmen hüten ihre Kalkulationen wie ein Geschäftsgeheimnis.⁴¹ Zwar hatte das Bundeswirtschaftsministerium eine Studie bei Ernst & Young und BET zur «Ermittlung von Folgekosten des Braunkohleabbaus» (Kleine Anfrage 2020) in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse auch zum Ende des Jahres 2019 vorlagen, aber das Ministerium gab die Studie nicht etwa vor oder im Zuge der Erarbeitung des Kohlegesetzes frei. Deswegen stand das BMWi Ende 2020 stark in der Kritik.⁴²

Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass die realen Kosten deutlich höher sein werden als von den Energieunternehmen kalkuliert und als von bisherigen

⁴¹ www.stefanschroeter.com/1446-mibrags-gewinne-und-rekultivierungsgelder.html. ⁴² Die Ergebnisse des BET-Gutachtens wurden nach Redaktionsschluss veröffentlicht und konnten daher bei der Erstellung der Studie nicht berücksichtigt werden.

Rückstellungen abgedeckt. Realistisch sind eher Summen, die in die Milliarden gehen.⁴³ Bund und Länder mussten zwischen 1992 und 2017 bereits 10,4 Milliarden Euro in die Sanierung der Braunkohle-Altlasten der DDR stecken, die von der staatlichen Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) umgesetzt wird (UBA 2019).

Nach derzeitigem Stand werden die Rücklagen der Mibrag für die Folgekosten nicht ausreichen und auch EPH wird nicht dafür haftbar zu machen sein. Wenn

die beiden Landesregierungen nicht noch die regulatorischen Voraussetzungen dafür treffen, dass die tschechische Energie-Holding in vollem Umfang die finanzielle Verantwortung für die tagebauliche Nachsorge im Revier übernehmen muss, wird das am Ende des Tages die Allgemeinheit über ihre Steuern bezahlen. Bisher agiert EPH im Hintergrund und spielt geschickt Beschäftigte, Tagebau- und Klimawandel-Betroffene und die verschiedenen staatlichen Ebenen gegeneinander aus – und gewinnt in jedem Fall.

⁴³ www.sonntag-sachsen.de/sachsens-umweltminister-will-neuen-umgang-mit-wasserressourcen.

4 EINE LINKE TRANSFORMATIONSSTRATEGIE FÜR DIE MITTELDEUTSCHE REGION

Die Diskussionen um Kohleausstieg und Strukturwandel in der Mitteldeutschen Region drehen sich alle darum, eine «Grüne Ökonomie» zu entwickeln. Im Zentrum steht die Annahme, man müsse Industrie- und Wirtschaftssektoren sowie die gesellschaftlichen Bereiche «dekarbonisieren» und in eine «kohlenstoffarme Gesellschaft» umbauen. Dieser Umbauprozess setzt auf den Einsatz effizienter «grüner» Technologien und Innovationen, die den Einsatz von fossilen Rohstoffen und auch den Ausstoß von klimaaktiven Treibhausgasen zunehmend vermeiden. Das Versprechen lautet, gesellschaftliche Sektoren zu «greenen», das heißt, auf die Nutzung anderer Ressourcen und Rohstoffe umsteigen zu können. Im Strukturwandel in der Mitteldeutschen Region geht es bislang insbesondere darum, die alten Industrien mit neuen, innovativen, «grünen Technologien» zu verbinden. Zwar kann so zum Teil CO₂ eingespart werden, aber es ist mehr als strittig, ob ein «grünes Wachstum» vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden kann.

In der Erzählung von «grünen Technologien» werden Wirtschaftswachstum, Vollzeitarbeit, kapitalistischer Wettbewerb und die Verfügbarkeit von Ressourcen in globalen Lieferketten nicht infrage gestellt (Brand/Wissen 2017). Wie auch im Rheinischen Revier ist «die Diskussion um den Strukturwandel [...] weiterhin an der Vorstellung orientiert, nur große Industrieunternehmen können gute Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zur Verfügung stellen. Sie müssten sich nur auf neue technische Produkte und Bioökonomie umstellen, um dem [...] Revier eine prosperierende Zukunft zu geben» (Sander et al. 2020). Die parlamentarische Linke, Akteure aus sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft und zum Teil auch Gewerkschaften formulieren Elemente einer *anderen* Erzählung zum Strukturwandel. Diese sind nicht immer deckungsgleich, deuten aber die Konturen einer alternativen Regionalentwicklung an.

Diese Entwicklung setzt an den Lebensbedürfnissen der Menschen *vor Ort* an, konzentriert sich auf eine *gute* Infrastruktur und will die Region zu einem lebenswerteren Ort werden lassen, an dem Menschen bleiben. Sie setzt auf mittelständische und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie auf regionale Wertschöpfung, auf soziale Infrastrukturen und die Einbindung der Menschen vor Ort. Der Strukturwandel darf keine «von oben» auferlegte Entwicklung sein, die unveränderbar erscheint, sondern er muss die Menschen als Subjekte miteinbeziehen und handlungsfähig machen.

Neue, effiziente und ökologische Technologien sind durchaus sinnvoll. Es braucht Industrie für den sozial-ökologischen Umbau, die sich aber am konkreten Nutzen für die Menschen zu orientieren hat. Wir müssen uns nicht nur von der Vorstellung lösen, gesellschaftliche Probleme in erster Linie durch techno-

logische Innovationen lösen zu können, sondern auch von einer Wohlstandsvorstellung, in deren Zentrum die männlich geprägte Industriearbeit steht, die Produkte schafft. Linke und fortschrittliche Akteure sollten sich dafür einsetzen, dass neue Jobs vor allem in den Bereichen geschaffen werden, die zu einem sozial-ökologischen Wandel beitragen. Dazu gehören zum Beispiel die Gebäudesanierung und die Installierung erneuerbarer Energien, aber auch der Bildungs- und Gesundheitsbereich (s. u.). Dort besteht ein großer Bedarf und liegt ein großes Potenzial für neue Jobs. Ein alternatives Leitbild setzt auf die Sorge um Menschen und Umwelt und auf eine behutsame, nachhaltige Organisation der Energieversorgung und der Landwirtschaft, des Wohnens und der Mobilität.

An diese Erzählung möchten wir mit unseren Vorschlägen anknüpfen: Aus unserer Sicht muss die Region nach Alternativen zu einem konzernorientierten Strukturwandel suchen. Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Gesellschaft als Ganzes ist unumgänglich. Nur so können wir langfristig unsere Lebensgrundlagen innerhalb des global höchst gefährdeten Klimasystems sichern und gleichzeitig die global ungerechten Klimakrisenfolgen auffangen. Kern dieses Umbaus muss soziale und globale Gerechtigkeit sein. Gesellschaftskritische Akteure sollten dafür Ansätze einer alternativen Regionalpolitik stark machen (Maschke et al. 2020). Als Einstiegspunkte können machbare Verbesserungen in den Blick genommen werden, die sich mit konkreten politischen Forderungen verknüpfen lassen.

4.1 ECKPUNKTE EINER ALTERNATIVEN REGIONALENTWICKLUNG

In der Mitteldeutschen Region müssen aus unserer Sicht zwei grundlegende Voraussetzungen für eine alternative sozial-ökologische Regionalpolitik geschaffen werden: Erstens müsste der gesamte politische Prozess zum Strukturwandel demokratisiert werden. Zweitens müsste die Mibrag stärker reguliert oder in öffentliche Hand überführt werden.

Demokratisierung und Mitbestimmung ermöglichen

Der Strukturwandel verläuft in Sachsen-Anhalt bisher in traditionellen politischen und verwaltungstechnischen Bahnen. Dadurch entsteht für die Menschen in den Landkreisen der Eindruck, der Prozess sei intransparent und nicht an ihren Bedürfnissen orientiert. Die Politik versucht vereinzelt, diesen Eindruck aufzubrechen und durch Partizipationsformate zu ergänzen.

Das reicht aber nicht. Der Prozess muss stärker an demokratischen Kriterien ausgerichtet werden und Partizipation ermöglichen. Das zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten in den Landkrei-

sen. Strukturwandel muss als Instrument verstanden werden, Bürger*innen handlungsfähig zu machen und damit auch rechten Bewegungen das Wasser abzugraben (siehe Kap. 2.4). Ein demokratischer Strukturwandel – das ergeben die Gespräche in der Region – kann ein Hebel sein, um politische Perspektivlosigkeit und Hierarchiegläubigkeit aufzulösen. «Ein gelungener Strukturwandel bedarf [...] eines Leitbilds, das die Realitäten vor Ort einbezieht», schreibt Axel Troost, «aber auch die Zivilgesellschaft muss in die Lage versetzt werden, maßgeblich auf die grundsätzliche Orientierung und den Einsatz von Fördermitteln Einfluss zu nehmen» (Troost 2019).

Dafür müssen die Gremien der Metropolregion und der Landesregierung konsequent für die Zivilgesellschaft, für Sozialpartner und weitere Akteure wie Bildungsträger oder politische Stiftungen geöffnet werden, indem etwa in den Gremien eine sogenannte Drittelparität eingeführt wird: Je ein Drittel der Sitze (oder Anteile) erhalten a) politische Entscheidungsträger*innen (Kommunen, Kreise, Land), b) Vertreter*innen der Wirtschaft (Industrie-, Handels- und Handwerkskammern) und c) Gewerkschaften und Zivilgesellschaft (Umwelt-, Sozialverbände, Bürgerinitiativen etc.) in Verbindung mit wissenschaftlichen Akteuren aus Bereichen wie Wirtschafts-, Transformations- und Sozialforschung (Sander et al. 2020).

Des Weiteren müssen diese Akteure die Möglichkeit bekommen, tatsächlich demokratisch mitzubestimmen. Ziel muss sein, den engen formalen Rahmen, den das StStG vorschreibt, zu dehnen und die Förderung an den Bedarfen im ländlichen Raum und im Kernrevier auszurichten. Partizipationsformate müssen glaubwürdig und langfristig angelegt sein. Zudem brauchen lokale und zivilgesellschaftliche Gruppen Sicherheiten, in Planungsprozesse intervenieren zu können – nicht nur wenn es um die Konzeption des Strukturentwicklungsprogramms geht, sondern auch später bei der Vergabe der Fördermittel. Wenn infrastrukturelle Maßnahmen umgesetzt werden, müssen die betroffenen Akteure vor Ort sich einmischen dürfen. Dafür braucht es transparente Beteiligungsverfahren und Überprüfungsstufen.

Zugleich plädieren wir dafür, beim Strukturwandel einen Fokus auf ländliche Strukturen zu richten, die stärker durch Wegzug und Vernachlässigung betroffen sind als die regionalen Wachstumspole Halle und Leipzig. Dort müssten konkrete Anknüpfungspunkte für die Zivilgesellschaft in den Blick genommen werden: So ist zu prüfen, ob Kommunen zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen könnten, indem sie etwa Räume für Demokratieentwicklung und -stärkung zur Verfügung stellen – zum Beispiel in Form von Bürgerhäusern, Treffpunkten, Begegnungsräumen, Kinder- und Jugendräumen oder anderen Freizeitinfrastrukturen. Kommunen könnten einfach zugängliche und unbürokratische Finanztöpfe einrichten, mit denen zivilgesellschaftliche Aktivitäten verwirklicht werden könnten. In

Gemeinden müssen soziale Infrastrukturen, Geschäfte des täglichen Bedarfs und Gastronomie erhalten oder neu angesiedelt werden. Das schließt den Ausbau und die Verfügbarkeit digitaler Infrastrukturen mit ein.

Hier kann auch ein Blick über die Landesgrenze nach Sachsen hilfreich sein: In Pödelwitz im Leipziger Land etwa ist es Aktiven aus dem Ort, dem Umland und aus Leipzig gelungen, zivilgesellschaftliche Bündnisse aufzubauen. So werden dort gegenwärtig Perspektiven einer alternativen Dorfontwicklung diskutiert und überlegt, wie man das Dorf und die Umgebung gemeinsam revitalisieren kann. Auch gibt es Initiativen wie den Arbeitskreis Strukturwandel Leipziger Land, die sich für einen Strukturwandel «von unten» engagieren. In unseren Gesprächen in der Region wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass das Handeln von Kommunalpolitik und Verwaltung eine wichtige Rolle spielt, ob alternative Konzepte im ländlichen Raum eher ermöglicht oder verhindert werden.

Eine spezielle Rolle spielen Zugezogene und Migrant*innen: Wenn sich einzelne Menschen, Familien oder ganze Projekte im Revier ansiedeln, bietet das viele Chancen, den Leerstand aufzufüllen, Kaufkraft in die Region zu holen und frischen Wind in Gemeinde und Zivilgesellschaft zu bringen. Es gab bereits nach 2015 Kommunen im Kernrevier, die sich für den Zuzug von Geflüchteten stark gemacht und sich gegen zum Teil erhebliche Widerstände vor Ort durchgesetzt haben. Insbesondere offene Kultur- und Bildungsstrukturen können Veränderungen voranbringen, aus Altem Neues machen und neue Impulse setzen. Gleichzeitig besteht sowohl bei der Kommunalpolitik als auch bei zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst ein Bewusstsein dafür, dass die Zivilgesellschaft im Revier schwach ausgeprägt ist.

Mibrag in öffentliche Hand

Als konkretes Hindernis für einen nachhaltigen Strukturwandel im Revier betrachten wir den umstrittenen Finanzinvestor EPH, der Haupteigentümer der Mibrag ist. EPH hat in den vergangenen Jahren die Strategie verfolgt, auf ein Scheitern der Energiewende und eine Verlängerung der Kohleverstromung zu spekulieren oder noch möglichst viele Gewinne aus der Kohle abzuschöpfen und dann seine Töchter in die Insolvenz zu führen, ohne für die Folgekosten zu haften. Auch darauf muss im Strukturwandel eine politische Antwort gefunden werden: Aus unserer Sicht ist leider nicht zu erwarten, dass die EPH zur gänzlichen Übernahme der Sanierungskosten verpflichtet werden kann.

Es müssen also regulatorische Mittel gefunden werden, um trotzdem mehr Finanzmittel als die vereinbarten 163 Millionen Euro sicherzustellen. Würde die Mibrag beispielsweise politisch dazu verpflichtet, Rücklagen vorzuhalten, die einen größeren Teil der realen und bislang externalisierten Kosten für die Renaturierung bzw. die langfristige Gewässernachsorge enthalten, könnte das zu einem massiven Wertverlust des Unternehmens führen. In einem nächsten Schritt

bestünde die Möglichkeit, dass das Land Sachsen-Anhalt, gegebenenfalls auch zusammen mit dem Land Sachsen, das Unternehmen für einen geringen Preis (zurück-)kauft, da die Mibrag für EPH kein sinnvolles Asset mehr darstellen würde.

Wenn das Land das Unternehmen besitzt, könnte es aus eigener Initiative einen regionalen Kohleausstieg einleiten, der den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens entspricht. Auf diesen Kauf müsste eine Vielzahl von Umbaumaßnahmen folgen, um das Unternehmen zu einem im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen und auf Basis erneuerbarer Energien agierenden Energiedienstleister für das Revier zu machen: Zunächst sollten Tagebau und Anlagen früher als geplant geschlossen und zurückgebaut werden. Es sind sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu finden, die einen ambitionierten Kohleausstieg mittragen müssten. Drittens müssen umfangreiche Investitionen in den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder in die Wartung von Eisenbahnen getätigt werden, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Eine Mibrag in öffentlichem Besitz würde die Möglichkeit bieten, das Unternehmen demokratisch zu organisieren und eine demokratisch ausgehandelte Eigentümerstruktur zu finden (ob z. B. landeseigen oder in der Hand mehrerer Kommunen). Ziel ist es, eine gemeinschaftliche Kontrolle über bestimmte gesellschaftliche Bereiche wiederzuerlangen und diese nach sozialen und ökologischen Kriterien umzubauen (Buch et al. 2019). Dabei könnten unterschiedliche Formen von Wirtschaftsdemokratie zum Einsatz kommen und ausbuchstabiert werden. Durch die Montanmitbestimmung existiert bereits eine starke betriebliche Vertretung von gewerkschaftlichen Akteuren und Betriebsräten im Bergbau – auch bei der Mibrag. Die Erfahrungen dieser Mitbestimmungspraxis können sich als sehr wertvoll erweisen, wenn sie über das Co-Management hinausgeht und zu einer echten Wirtschaftsdemokratie weiterentwickelt wird (Meine et al. 2011).

Wirtschaft anders und nachhaltig

Der Strukturwandelprozess kann als Gelegenheit genutzt werden, um die bisherige Praxis von Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt zu beenden: Ansiedlung von großen Unternehmen, nicht tarifgebundene Arbeitsplätze, Wegzug von Unternehmen nach Ablauf von Förderprogrammen. Gesprächspartner*innen aus der Region wie aus Kommunal- und Landespolitik legen einen Fokus auf kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe, also auf kleinteilige Wirtschaftsstrukturen mit lokaler Verankerung. Dort wirkt Förderung – ob direkt oder indirekt – nachhaltiger. Beispielsweise könnte der ökologische Umbau im Gebäudesektor und in der Wärmesaniierung auch Arbeitsplätze für die regionale Handwerksbranche schaffen. Bereits seit den 1990er Jahren haben Betriebe in der Region entsprechende Leistungsprofile in diesem Bereich aufgebaut (s. u.).

Soziale und kulturelle Infrastrukturen

Es ist noch zu untersuchen, inwieweit auch Bereiche rund um Gesundheit, Pflege und Bildung von den Finanzhilfen profitieren und gerecht ausgestaltet werden können. So sollten Möglichkeiten erweitert werden, kleinteilige Projekte und Strukturen insbesondere im Care-Sektor umzusetzen und zu fördern, die nicht dem Ziel der Wirtschaftlichkeit folgen oder Gewinne ausschütten müssen. Dazu gehören Krankenhäuser, Träger für ambulante Pflege, Sozialeinrichtungen, Kinder- und Jugendarbeit etc. Ein solcher Fokus umfasst auch die Bereiche Kunst, Kultur, nachhaltiger Tourismus, Natur- und Landschaftsschutz sowie Industriekultur. Diese Faktoren tragen häufig dazu bei, dass eine Region, Stadt oder Kommune als lebenswert empfunden wird. Beispielsweise betonten eine Gesprächspartnerin von Kloster Posa und eine Abgeordnete der LINKEN die Bedeutung von Industriebrachen und alten Industriegebäuden, die zivilgesellschaftliche Akteure mit viel Herzblut und Engagement erneuern und zu sozialen Infrastrukturen bzw. Orten für Kunst, Bildung und Ausbildung umbauen.⁴⁴

4.2 HANDLUNGSFELDER EINER TRANSFORMATIONSSTRATEGIE

Eine alternative Regionalpolitik, die auf sozial-ökologische Transformation zielt, lässt sich in unterschiedlichen Handlungsfeldern umsetzen, die alle Potenziale haben, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität in der Region zu erhöhen. Wir konzentrieren uns im Folgenden auf einige ausgewählte Schwerpunktsektoren, die aus unserer Sicht besonders vielversprechend sind und wo es bereits konkrete Anknüpfungspunkte gibt. Unser Fokus liegt auf dem Kernrevier und dem Burgenlandkreis. Doch lassen sich Elemente alternativer Regionalpolitik auch auf die gesamte Region übertragen.

Energiewende und Energiedemokratie

Für eine nachhaltige und demokratische Transformation des regionalen Energiesystems sind verschiedene Ansätze denkbar. Eine besondere Chance liegt darin, dass laut StStG hauptsächlich Kommunen und kommunale Gesellschaften antragsberechtigt sind. Der Ausbau von erneuerbaren Energien kann Arbeitsplätze in der Region schaffen und günstigen Strom bereitstellen, macht die Region unabhängiger von externen Rohstoffinputs und ist ein Element der demokratischen Daseinsvorsorge.

Das Konzept Energiedemokratie beinhaltet verschiedene Ansätze, wie eine demokratische Kontrolle über eine nachhaltige und erneuerbare Energieversorgung aussehen kann. Eine Option für die Förderung energiedemokratischer Strukturen ist die Unterstützung von Energiegenossenschaften, die kleinteilige Lösun-

⁴⁴ Vgl. z. B. alternative Nutzungskonzepte ehemaliger Industriegebäude in Zeitz unter: www.esistzeit.de/nudel/.

gen verfolgen (Mieterstrom, Quartierskonzepte⁴⁵ etc.). Gute Praxisbeispiele gibt es auch im ländlichen Raum (z. B. Bürgerenergiegenossenschaft Barnim). Daneben können kommunale Stadtwerke günstige Strompreise sichern und ermöglichen Querfinanzierungen anderer kommunaler Infrastrukturen (ÖPNV, Care- und Gesundheitssektor etc.). Diese Gesellschaften werden formal durch Stadt- oder Gemeinderäte demokratisch kontrolliert. Diese Kontrolle muss allerdings auch praktisch mit Leben gefüllt werden. Das ist in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts einfacher als in der einer GmbH. Darüber hinaus könnten Kommunen die etablierten Kontrollstrukturen ergänzen, zum Beispiel durch Bürgerbeiräte.

Ferner könnten sich Stadtwerke auch zum Ziel setzen, Energiearmut zu verhindern und Sozialtarife anzubieten. Stadtwerke aus den antragsberechtigten Landkreisen könnten Finanzhilfen aus dem StStG dafür nutzen, erneuerbare Energien auszubauen. Die für das BMWi durchgeführte Potenzialstudie kommt zu dem Ergebnis, dass es auf den (ehemaligen) Tagebauflächen in Sachsen-Anhalt vor allem Ausbaupotenziale für PV-Anlagen gibt. Zu diesem Zweck müsste das Land die Flächennutzungspläne für ehemalige und aktive Tagebauflächen (Profen und Amsdorf) ändern und die Flächen für die Energieerzeugung freigeben. Aufgrund der spezifischen Lagen lässt sich zusätzliche Windenergie im sachsen-anhaltischen Teil des Reviers nur begrenzt gewinnen (IÖW et al. 2018).

Um die Kontrolle über die eigene Energieversorgung zu erhalten, muss aber sichergestellt sein, dass die Stadtwerke sich in der Hand der Kommunen befinden. Große Energiekonzerne, wie zum Beispiel E.ON, haben sich im Zuge der Privatisierungswellen in den 1990er und 2000er Jahren in die kommunalen Aktiengesellschaften eingekauft und versuchen, Einfluss zu nehmen. Doch auch andere Kommunen oder Kommunalverbände halten zum Teil erhebliche Anteile an ostdeutschen Stadtwerken. Nicht nur Stadtwerke und damit Energieerzeugung und -vertrieb können Gegenstand einer kommunalen Strukturwandelstrategie sein: Häufig befinden sich auch Wärme- und Stromnetze in der Hand von privaten Gesellschaften oder Konzernen. Konzessionsverträge wurden vor allem in den 1990er Jahren an Private übertragen. Wenn diese auslaufen, bietet sich eine Chance, die kollektive Kontrolle über Infrastrukturen wiederzuerlangen.⁴⁶ Das Land Sachsen-Anhalt kann außerdem prüfen, inwieweit Finanzhilfen gemäß StStG in den (partiellen) Rückkauf von kommunalen Gesellschaften fließen können.

Ländliche Wärmewende

Auch das Konzept der ländlichen Wärmewende ist dazu geeignet, Energiedemokratie im Strukturwandel voranzubringen. Einen Anknüpfungspunkt bieten zentrale Fernwärmenetze in den Kommunen und Gemeinden. Für viele erneuerbare Wärmequellen wie Wärmepumpen, Geothermie und Solarthermie sind die Temperaturen der meist mit fossilen Energiequel-

Stadtwerke und Eigentümerstrukturen in ausgewählten Kommunen

- **Zeitz:** Die Anteile an den *Stadtwerken Zeitz GmbH*, verantwortlich für die gesamte Strom-, Wärme- und Abwasserversorgung in Zeitz, werden zu 50,5% gehalten durch die Stadt Zeitz, zu 24,75% durch die *Gelsenwasser AG* und zu 24,75% durch die *envia Mitteldeutsche Energie AG*. Letztere ist ein Energiedienstleister in Ostdeutschland und gehört mehrheitlich (58,57%) zum privaten *E.ON*-Konzern. 41,43% hält ein Zusammenschluss aus über 650 ostdeutschen Kommunen. Die *Gelsenwasser AG* ist über die *Wasser und Gas Westfalen GmbH* zum überwiegenden Teil in Besitz der *Stadtwerke Bochum* und der *Stadtwerke Dortmund*.
- **Hohenmölsen:** Die *Fernwärme AG Hohenmölsen-Webau* ist zu 51% im Besitz der Stadt Hohenmölsen, zu 49% in Besitz der *Mibrag*. Die Fernwärme wird über die Industriekraftwerke Wühlitz und Deuben bezogen. Über 90% der Haushalte in Hohenmölsen sind an die Fernwärme angeschlossen.
- **Weißenfels:** Die *Stadtwerke Weißenfels GmbH* sind zu 50% im Besitz der Stadt Weißenfels, 24,5% hält *Gelsenwasser AG* und 24,5% *enviaM*. Auch hier kommen Wärme, Strom und (Ab-)Wasser aus einer Hand.
- **Naumburg:** Die *Technischen Werke Naumburg (TWN)* befinden sich im Besitz der *Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH* (51%) und der *enviaM* (47%). Sie liefern Strom, Gas, Wasser und Wärme.
- **Halle:** Die *Stadtwerke Halle* gehören vollständig der Stadt.

Außerdem gibt es bereits kommunale Stadtwerke in Merseburg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Sangerhausen und Lutherstadt Eisleben.

len betriebenen Wärmenetze zu hoch, weil sie nicht dieselben Temperaturen erreichen können. Um Erneuerbare einspeisen zu können, müssen die Vorlaufemperaturen der Netze also von über 100 Grad auf bis zu 60 Grad Celsius abgesenkt werden. Die Gebäude, die mit der Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen beheizt werden, müssen mit niedrigeren Temperaturen auskommen. Dafür braucht es einen besser gedämmten Gebäudebestand und umfangreiche energetische Sanierungen – vor allem im altbaureichen Sachsen-Anhalt (Hertle et al. 2015 u. UBA 2019).

⁴⁵ Damit ist die Kombination unterschiedlicher Anlagen zur Erzeugung von Energie gemeint, Sektorenkopplung, die Nutzung von lokaler industrieller Abwärme (z. B. in Handwerksbetrieben, Bäckereien), kleinteiligere Wärmenetze und Speichermöglichkeiten. Es geht in integrierten Quartierskonzepten darum, Potenziale für Erzeugung und Speicherung lokal zu nutzen und zur Verfügung zu stellen. ⁴⁶ Eine Möglichkeit der Rekommunalisierung besteht laut Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in den sogenannten Change-of-Controll-Klauseln der entsprechenden Konzessionsverträge.

Damit aber die Kosten von Gebäudesanierungen nicht eins zu eins an die Mieter*innen durchgereicht werden, müssen solche energetischen Sanierungen *warmmietenneutral* gestaltet und über kommunale oder andere staatliche Förderprogramme abgedeckt werden (Pallaver 2019). Eine Vielzahl von Bundes- und EU-Programmen stellt bereits Fördermittel für Gebäudesanierungen bereit. Dennoch wird auch in Sachsen-Anhalt noch nicht ausreichend saniert. Zugleich bietet dieser Bereich auch hohe Beschäftigungspotenziale im Handwerk, da die Sanierungsraten deutlich gesteigert werden sollen. So geht das Umweltbundesamt davon aus, dass «ein Teil der Berufsgruppen in der Braunkohlenwirtschaft [...] über Weiterbildung Neuanstellungen im Bereich der Gebäudesanierung finden» könnte (UBA 2019).

Zentrale Systeme wie Fernwärmenetze lassen sich durch dezentrale Quellen ergänzen.⁴⁷ Zudem bescheinigt das BMWi der Region gute Voraussetzungen, um Photovoltaikstrom in sogenannten Power-to-Heat-Anlagen⁴⁸ zu nutzen. Vor allem in Halle und Leipzig, aber auch andernorts gibt es große Abnahmepotenziale für Fernwärme. Im Sommer könnte durch PV-Strom bereits ein «großer Teil der Grundlast [in der Fernwärme] gedeckt werden» (IÖW et al. 2018). Um die Transformation der Fernwärmeerzeugung weiter zu beschleunigen, müssten darüber hinaus mehr saisonale Niedertemperatur-Wärmespeicher aufgebaut werden, so das BMWi (IÖW et al. 2018).

In Hohenmölsen gibt es einen konkreten Anknüpfungspunkt, um eine klimaneutrale und demokratisch kontrollierte Wärmeversorgung zu entwickeln. So könnte die Fernwärmeversorgung in der Stadt zu einem Leuchtturmprojekt für die Wärmewende im ländlichen Raum werden, wenn entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Das Fernwärmenetz in Hohenmölsen wird durch die Abwärme der Industriekraftwerke Deuben und Währlitz gespeist. Der Hohenmölsener Stadtrat könnte sich für die Übernahme der gesamten Fernwärme AG einsetzen. Um Erneuerbare in das Fernwärmenetz einzuspeisen, wurden bereits die Vorlauftemperaturen im Wärmenetz auf unter 100 Grad Celsius abgesenkt. Investitionen in die Bereitstellung bzw. den Aufbau erneuerbarer Energiequellen sind nächste Schritte, um das Wärmenetz fossilfrei zu gestalten.

Mobilität auf dem Land

Die geografische Lage des Mitteldeutschen Reviers zwischen städtischen Ballungsräumen und seine vorhandenen Bahnlinien sind gute Voraussetzungen, um es zu einem Experimentierraum für die Mobilitätswende im ländlichen Raum zu machen (vgl. Herget 2020). Dafür muss nicht nur der Umweltverbund (Bahn-, Bus- und Fahrradwegenetz) attraktiver werden, die Raumplanung muss auch gewährleisten, dass die Menschen die Orte ihres Alltags (wie Arbeitsplatz, Schule, Einkaufsmöglichkeiten) zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen können.

Das Eisenbahn- und S-Bahn-Netz bildet das Rückgrat des regionalen Mobilitätssystems. Es wurde in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut und wird gut nachgefragt. Über den Bundesarm kann es nun erweitert werden (siehe Kap. 3.2). Allerdings wird darüber nur die Infrastruktur finanziert, die laufenden Kosten («konsumtive Ausgaben») müssen über Mittel des Regionalisierungsgesetzes abgedeckt werden. Über den Landesarm können Regionalbahnen außerhalb der Bundeskompetenz und Umfeldmaßnahmen um die Bahnhöfe (z. B. Park & Ride, Reduzierung von Angsträumen, Barrierefreiheit) finanziert werden. Ausgehend von passgenau zu ermittelnden Bedarfen könnten beispielsweise stillgelegte Strecken reaktiviert oder bestehende infrastrukturell ausgebaut werden (z. B. Bahnhof im Zentrum von Hohenmölsen). Zudem könnten Verbesserungen im Busverkehr finanziert werden. Beispielsweise möchten die Kommunen des Burgenlandkreises nicht nur mehrere Straßen ausbauen, sondern auch Bushaltestellen barrierefrei gestalten. Die Strecken einiger Buslinien sollen verlängert und die Taktfrequenz erhöht werden.

Ergänzt werden die öffentlichen Verkehrsmittel durch ein vielfältiges und flexibles Mobilitätsangebot: Neben guten Fuß- und Radwegen können das vor allem (elektrische und digital vernetzte) Rufbusse und geteilte Lastenräder sowie Ridesharing-Plattformen⁴⁹ sein. Solche Angebote müssen im ländlichen Raum aber von der öffentlichen Hand kommen, weil sie für private Unternehmen nicht profitabel sind. Die Verkehrsunternehmen einiger Kreise der Region experimentieren bereits mit Rufbussen. Solche Ansätze müssten ausgeweitet werden.

Eine aktuelle Studie von M-Five und Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) zeigt, dass ein Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen nicht nur gesamtwirtschaftlich zu keinen Beschäftigungsverlusten führt, sondern sektoral und regional auch neue Jobs schaffen kann (M-Five/Fraunhofer ISI 2020). In der Mitteldeutschen Region existiert eine Tradition der Eisenbahnindustrie, an die sich anknüpfen ließe. In Dessau ist noch ein Ausbesserungswerk der Deutschen Bahn in Betrieb. Auch Ammendorf (Halle) ist ein traditioneller Bahnerstandort. In der Stadt sind heute zwei Wartungsunternehmen tätig. Die regionale Bahnindustrie ließe sich ausbauen, auch an bisherigen Mibrag-Standorten.

Bildung, Jugendarbeit, Wissenschaft

Im Strukturwandel sollten die Bereiche Lernen, Lehren und Forschen einen hohen Stellenwert bekommen. Eine gute Bildung für alle stellt die Bedürfnisse der Men-

⁴⁷ Verschiedene Lösungen bieten sich an, damit weitere Akteure Wärme einspeisen können, z. B. Prosumer-Modelle, Einspeisung von KMU-Abwärme, Quartierskonzepte etc. ⁴⁸ «Power-to-Heat beschreibt die direkte Verknüpfung von Wärme- und Stromsektor über die Verwendung elektrischer Energie zur Wärmeerzeugung» (www.bdew.de/media/documents/Stn_20200427_Power-to-Heat.pdf). ⁴⁹ Ridesharing bedeutet, dass Autofahrer*innen auf einer digitalen Plattform eine Fahrt anmelden und Interessierten – kostenfrei oder für einen bestimmten Betrag – die Mitnahme anbieten.

schen in den Mittelpunkt, nicht die Interessen der Wirtschaft an Humankapital und profitablen Innovationen. Das betrifft Kitas und Schulen, Aus- und Weiterbildung sowie die Lehre an den Hochschulen. Laut einer Studie der GEW müssten in Deutschland in diesen Bereichen in den nächsten Jahren über 800.000 Vollzeitstellen zusätzlich geschaffen werden, um den wachsenden Bedarf gerecht zu werden und eine gute Betreuung anzubieten. Das wären für die sachsen-anhaltische Seite der Mitteldeutschen Region rechnerisch deutlich mehr als 8.000 neue Vollzeitstellen. Da die Beschäftigten in diesen Bereichen oft in Teilzeit arbeiten, könnte die Zahl der benötigten Stellen noch darüber liegen (Heintze et al. 2020).

Das Bildungssystem in der Region hat aber mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen: Schulgebäude sind marode, moderne Technik fehlt; es gibt einen großen Mangel an Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Der Unterricht ist oft noch frontal und leistungsorientiert, die Öffnung gegenüber modernen Lernformen fällt vielen Verantwortlichen schwer. Manche Schüler*innen haben in ihren Familien mit Armut, Arbeitslosigkeit und Drogen zu tun, die Schulabbrecherquote ist hoch; viele Jugendliche finden keinen passenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz. Vor allem zementiert das gegenwärtige Bildungssystem bestehende Ungleichheiten – zwischen sozialen Schichten und zwischen Stadt und Land.

Die Mittel des Strukturwandels könnten in die Sanierung und digitale Ausstattung der Schulen fließen. Lehrkräften müssten attraktive Bedingungen geboten werden und Sozialpädagoge*innen müssten deutlich besser bezahlt werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Aber auch die Rolle von Lehrer*innen und Schüler*innen müsste sich verändern. Ohne Druck durch Klausuren und Noten sollten die Kinder selbstbestimmt und kollektiv lernen – zum Beispiel auch in neuen Makerspaces. In inklusiven Gemeinschaftsschulen können sie für das Leben lernen. Im Burgenlandkreis bewegt sich langsam etwas: Zumindes macht die Idee des «Reviercampus» Schule, wo mehrere Schulformen nebeneinander existieren, deren Schüler*innen sich zumindest begegnen und bestimmte Orte und Angebote gemeinsam nutzen können. Auch die berufliche Bildung müsste gestärkt werden: Mehr Schüler*innen müssten wieder für eine duale Ausbildung gewonnen werden – im Handwerk oder im Gesundheits- und Erziehungsbereich. Dabei ließe sich an die Ansätze einer polytechnischen Bildung anknüpfen.

Ein ähnlich wichtiger Bereich ist die Kinder- und Jugendarbeit. Dort fehlen häufig unabhängige und offene Jugendtreffpunkte. Initiativen von Jugendlichen schlafen oft wieder ein, wenn diese nach der Schule in größere Städte ziehen (so geschehen in Naumburg oder Zeitz). Auch von den Kommunen kommt meist nicht genug Unterstützung. In Zukunft müssten bestehende Jugendzentren belebt und neue geschaffen werden. Akteure und Träger der Kinder- und Jugendarbeit sollten sich besser vernetzen und müssten von

staatlichen Stellen politisch und finanziell mit einer langfristigen Perspektive unterstützt werden. Der Burgenlandkreis geht mit gutem Beispiel voran: Er setzt im Strukturwandel unter anderem auf offene Treffpunkte für Kinder und Jugendliche, auf öffentliche Orte für Spiel, Sport, Musik und Bildung. Darüber hinaus müsste die Jugend verstärkt in die Aushandlung der sozial-ökologischen Transformation in der Region einbezogen werden. Als Beispiel könnten die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt seit 2019 im Rahmen des inklusiven Projekts «Moorlärche» geförderten Workshops und Bildungsaktivitäten mit Jugendlichen im südlichen Sachsen-Anhalt – insbesondere auch in Hohenmölsen – dienen ebenso wie in Sachsen im Landkreis Leipzig die Arbeit des Kinder- und Jugendrings. Wie die Bewegung Fridays for Future exemplarisch zeigt, wird es am ehesten mit der jungen Generation gelingen, das alte, auf Wachstum und Naturzerstörung basierende Wirtschaftsmodell zu überwinden.

Schließlich spielt auch die Wissenschaft eine zentrale Rolle für die zukünftige Entwicklung der Region. Die universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Mitteldeutschen Region (v. a. in Halle und Merseburg) sind zwar überschaubar und zum Teil von Kürzungen betroffen gewesen. So wurde etwa die Ingenieurwissenschaftliche Fakultät an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2016 aufgelöst. Dennoch haben die Wissenschaftseinrichtungen in ihren Feldern mitunter eine hohe Kompetenz bewahrt bzw. aufgebaut. Forschung und Lehre müssten darauf ausgerichtet werden, Fachkräfte und Innovationen für eine tatsächlich nachhaltige Transformation der Region hervorbringen. Angewandte Forschung und wissenschaftsnahe Start-ups können ebenfalls einen Beitrag dazu leisten. Die wissenschaftlichen Einrichtungen müssen sich ihre Unabhängigkeit gegenüber der Wirtschaft bewahren, sollten den Strukturwandel kritisch sozialwissenschaftlich begleiten und neben Ingenieur*innen auch gut qualifiziertes Personal für die Sozial- und Gesundheitsberufe ausbilden.

Es ist zu fordern, dass Innovationen nicht für Profitinteressen monopolisiert werden, sondern dass sie öffentlich entwickelt und als «Open Source» allen zugänglich gemacht werden. Im Sinne einer stärkeren Gemeinwohlorientierung von öffentlich geförderter Forschung und Entwicklung könnte die nach der von der IHK Halle-Dessau beschlossenen Schließung der Mitteldeutschen Informations-, Patent-, Online-Service GmbH (MIPO) entstandene Lücke mit einer im Kernrevier und im Saalekreis verankerten Förderinstitution geschlossen werden. Ferner müsste die Hochschule Merseburg ausgebaut werden, um den nachhaltigen Umbau in der Region zu begleiten und voranzubringen.

Gesundheit und Pflege

Eine nachhaltige Transformation in der Region basiert auch darauf, dass die Menschen gut versorgt wer-

den. In den Krankenhäusern, ambulanten Praxen und in der Altenpflege würden viele neue Jobs entstehen, wenn so kalkuliert würde, dass die Beschäftigten ihre Patient*innen gut behandeln können. Würde die Personalausstattung in diesem Sektor so sein wie in den skandinavischen Ländern, dann könnten in Deutschland 1,5 Millionen Menschen eine Arbeit finden (Heintze et al. 2020). Für den sachsen-anhaltischen Teil der Mitteldeutschen Region hieße das rechnerisch weit mehr als 15.000 neue Jobs.

Das Gesundheitssystem in der Region ist jedoch in keinem guten Zustand. Wie in weiten Teilen der Republik wurden dort mit der Einführung des Fallpauschalensystems systematisch Betten und Pflegepersonal in den Krankenhäusern abgebaut, während die Patientenzahlen stiegen (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2020). Die Folgen waren für die Patient*innen kürzere Verweildauern und sogenannte blutige Entlassungen. Die Arbeitsbedingungen für die Pfleger*innen verschlechterten sich und die Löhne stagnierten, weswegen die Kliniken immer weniger Fachkräfte finden.

Insbesondere die kleinen Krankenhäuser in der Region haben einen schweren Stand. Im öffentlichen Klinikum in Lutherstadt Eisleben schloss die Kommunalpolitik erst einzelne Stationen, um das Haus dann privatisieren zu können. Ähnliches droht aktuell in Bitterfeld. Dem renditegetriebenen Helios-Konzern gehören in der Region inzwischen die Kliniken in Sangerhausen, Hettstedt, Lutherstadt Eisleben, Köthen und Zerbst. Die Bedingungen für Beschäftigte und Patient*innen sind dort besonders schlecht. Das gleiche Schicksal stand dem Burgenlandklinikum mit Standorten in Naumburg und Zeitz bevor. Der umstrittene Ameos-Konzern wollte das Klinikum in sein Krankenhaus-Imperium integrieren. Dem Engagement von Kommunalpolitik, Betriebsrat und Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass Anfang 2020 eine Einigung mit dem gemeinnützigen Gesundheitsunternehmen SRH aus Baden-Württemberg erzielt wurde, das das Klinikum übernehmen will.⁵⁰

Auch in ambulanten Einrichtungen und in der Altenpflege fehlt Personal. Eine gute Versorgung ist oft nicht mehr gesichert. Doch die vorgeschlagenen Lösungen gehen zum Teil an den Problemen vorbei. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind zwar prinzipiell sinnvoll, aber auch dort versuchen sich gegenwärtig die Konzerne einzukaufen. Ein sogenannter Medibus oder Pflegerobotik sind teure Ansätze, die flächendeckende Primärversorgungszentren – mit ausreichend Personal und am besten in öffentlicher Hand – nicht ersetzen können. Eine Reihe von Projektvorschlägen aus dem Burgenlandkreis geht in die richtige Richtung: Gemeinde-Notfallsanitäter*innen können bei leichten Beschwerden eine dezentrale Versorgung gut unterstützen – wie früher die Gemeindeschwestern in der DDR. Die öffentliche Hand sollte Kliniken und Arztpraxen selbst führen. Auch die Vorschläge für Pflegeheime und Betreutes Wohnen (z. B. in Hohenmölsen) sind ein guter Ansatz.⁵¹

Sorgearbeit ist bisher im Wesentlichen Frauenarbeit und wird oft schlecht bezahlt. Sie muss ins Zentrum eines gelingenden Strukturwandels rücken. Damit Care-Berufe zu einer attraktiven Alternative für junge Menschen werden, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden (was Lohnerhöhungen einschließt). Das Fallpauschalensystem ist abzuschaffen. Weitere Klinik- und Stationsschließungen müssen verhindert werden.

Inzwischen engagieren sich immer mehr Menschen in diesem Bereich. Während das «Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz» schon seit Jahren aktiv ist, hat sich in Halle gerade ein neues Krankenhausbündnis aus kritischen Mediziner*innen, ver.di-Jugend und linken Gruppen gebildet. In anderen Städten gibt es ähnliche Ansätze.

4.3 STRATEGISCHER AUSBLICK

Mit dem mittelfristigen Ende der Kohleverstromung stehen dem Mitteldeutschen Revier große Veränderungen bevor. Sie sind Teil eines tiefgreifenden Transformationsprozesses, der in allen gesellschaftlichen Bereichen in den kommenden Jahrzehnten notwendig ist. Zivilgesellschaftliche Initiativen, kritische Gewerkschafter*innen und die LINKE können wichtige Akteure bei dieser Transformation sein, sie begleiten und in eine soziale und ökologische Richtung lenken.

Die meisten Akteure im Revier haben akzeptiert, dass die Tage der Braunkohleverstromung gezählt sind. Dennoch scheint vor allem der Mibrag-Eigentümer EPH darauf zu spekulieren, dass die Energiewende scheitert oder zumindest stark verlangsamt wird. Es ist nicht zu erwarten, dass EPH die Mibrag zu einem Energiedienstleister für erneuerbare Energien umgestalten wird. Selbst wenn die geforderten Rückstellungen aus den Mibrag-Bilanzen in Sachsen-Anhalt für die Renaturierung der Tagebauflächen zur Verfügung stünden – ausreichend für die Herstellung und Aufrechterhaltung intakter und resilienter Ökosysteme sind sie bei Weitem nicht. Eine politische Lösung könnte aus unserer Sicht sein, EPH dazu zu verpflichten, die Rückstellungen zu erhöhen. Darüber hinaus könnte das Land Sachsen-Anhalt, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Sachsen, die Mibrag zurückkaufen, um einen ökologischen Umbau des Unternehmens sozial gerecht zu gestalten und es wirtschaftlich für die Zukunft zu rüsten. Eine nachhaltige Lösung für die Kohleindustrie ist jedoch nur die notwendige, noch nicht die hinreichende Bedingung für einen gelingenden Strukturwandel.

Wir haben gezeigt, dass der gegenwärtige Prozess vor allem regionale Kernindustrien in den Blick nimmt

⁵⁰ www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheits-naumburg-saale-ge-meinnuetzige-srh-uebernimmt-burgenlandklinikum-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200130-99-696431. ⁵¹ Dass das funktionieren kann, zeigt das Beispiel des Dorfes Rohrlack im nördlichen Brandenburg. Nachdem sich dort die «Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Rohrlack» für behinderte Menschen angesiedelt hat, sind darum herum weitere Betriebe und Arbeitsplätze entstanden. Auch die Dorfgemeinschaft hat sich spürbar belebt. Die Arbeitslosenzahlen sind niedrig. Und: Kaum noch jemand im Dorf wählt die AfD.

und stark wettbewerbsorientiert und strukturkonservativ ausgerichtet ist. An den bestehenden ökonomischen Strukturen soll festgehalten werden: Die großen Unternehmen in den Kernbranchen Energie, Logistik, Chemie und Nahrungsmittelindustrie sollen weiterhin die Wertschöpfung in der gesamten Region dominieren. Bislang ist nicht erkennbar, wie der Fortschreibung der ostdeutschen «Filialökonomie» entgegen gewirkt werden kann. Zugleich versprechen sogenannte Zukunftstechnologien «grünes Wachstum», eine Reduktion von Emissionen und eine größere Klimafreundlichkeit: «grüner Wasserstoff», Bioökonomie, klimafreundliche Produktionsverfahren in der Grundstoffindustrie, Elektromobilität, Sektorenkopplung von Industrie und Energiewirtschaft, «grüne Chemie» etc. Forschungszentren und -einrichtungen wie Fraunhofer sollen mit Hightech-Innovationen zum Erfolg dieses Geschäftsmodells beitragen. Die Strategieprozesse, die von institutionellen Akteuren wie der Innovationsregion Mitteldeutschland und der Stabsstelle für das Land Sachsen-Anhalt für den Strukturwandel in Gang gebracht wurden, setzen auf diese Form der ökologischen Modernisierung der etablierten Industrien in der Region.

Technologische Innovationen und nachhaltige Industrien sind gewiss wichtig für einen klimafreundlichen Umbau der Mitteldeutschen Region. Für eine grundlegende sozial-ökologische Transformation braucht es jedoch mehr. Der Fokus sollte deshalb darauf liegen, wie die Menschen vor Ort politisch ermächtigt werden, sich die Bedingungen für ein gutes

Leben zu schaffen, das nicht mit den Profitinteressen privatkapitalistischer Unternehmen übereinstimmen muss. Wir plädieren dafür, auf eine eigenständige regionale Entwicklung zu setzen; auf gemeinnützige, kommunale und mittelständische Unternehmen; auf eine demokratische Energiewende vor Ort; auf eine Stärkung von Gesundheit, Bildung und Wissenschaft; auf eine von der öffentlichen Hand bereitgestellte soziale und verkehrliche Infrastruktur. Der sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Strukturwandel ist eine Notwendigkeit für die von Überalterung und Wegzug geprägte Bevölkerung in der Region: Nur wenn Perspektiven eröffnet und entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, wird es gelingen, junge Menschen auch langfristig in der Region zu halten.

In der aktuellen Situation in Sachsen-Anhalt sind die einzigen politischen Optionen scheinbar ein Fortschreiben des unternehmensfreundlichen Green-Economy-Kurses der gegenwärtigen Regierung oder ein Rechtsruck, der auf Volk, Hass und ein Festhalten an klimafeindlichen Industrien setzt. Deswegen braucht es eine dritte Alternative. Linke Akteure aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Parteien sollten den Mut haben, Neues zu denken und eine wirkliche Alternative im Strukturwandel zu formulieren. In den kommenden Jahren wird sich allen Prognosen zufolge die Klimakrise weiter zuspitzen und werden sich die Umbauprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft beschleunigen. Deswegen ist es wichtig, diese frühzeitig möglichst ökologisch und gerecht zu gestalten.

LITERATUR

A

Agora Energiewende (2017): Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen, Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Deutsche_Braunkohlenwirtschaft/Agora_Die-deutsche-Braunkohlenwirtschaft_WEB.pdf.

Agora Energiewende/Aurora Energy Research (2018): 65 Prozent Erneuerbare bis 2030 und ein schrittweiser Kohleausstieg. Auswirkungen der Vorgaben des Koalitionsvertrags auf Strompreise, CO₂-Emissionen und Stromhandel, Berlin, unter: https://static.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2018/65_EE_und_Kohleausstieg/142_Stromsektor-2030_65-Prozent-EE-und-schrittweiser-Kohleausstieg_WEB.pdf.

Apicella, S. (2016): Amazon in Leipzig. Von den Gründen, (nicht) zu streiken, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 9/2016, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_09-16_Amazon_Leipzig.pdf.

Arepo Consult (2017): Arbeitsplätze in Braunkohleregionen – Entwicklungen in der Lausitz, dem Mitteldeutschen und Rheinischen Revier, Kurzstudie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, unter: https://arepoconsult.com/wp-content/uploads/2019/11/2017_gruene_arbeitsplaetze-braunkohle_kurzstudie.pdf.

B

Begrich, D. (2019): AfD: Die neue Macht im Osten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2019, S. 9–12, unter: www.blaetter.de/ausgabe/2019/juli/afd-die-neue-macht-im-osten.

Brand, U./Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Boewe, J./Schulten, J. (2019): Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: Globale gewerkschaftliche Organisierung im Onlinehandel, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analyse 57, 2., erw. Aufl., Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8529/der-lange-kampf-der-amazon-beschaeftigten/.

Buch, F./Löhle, C./Huber, R. (2019): Klimawende von unten, München, unter: www.klimawende.org.

BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz (2020): Kurzinformatio Power-to-X-Technologien: BUND-Leitlinien für die nachhaltige und klimaschützende Wasserstoffnutzung, Berlin, unter: www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/energiewende_wasserstoff_kurzinfo.pdf.

Bündnis Krankenhaus statt Fabrik (2020): Krankenhaus statt Fabrik – bedarfsgerecht gemeinwohlorientiert: Das Fallpauschalensystem und die Ökonomisierung der Krankenhäuser – Kritik und Alternativen,

unter: www.krankenhaus-statt-fabrik.de/index.php?get=download&cfilename=BRwTBQoFUFcdcng8SkclEBUsIgoEGFhYbXtCDEpQAREEAQE0VFoDAxxJVAU%3D.

C

Coalexit (Hrsg.) (2019): Das Braunkohlerevier Leipziger Land. Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Energiewende, Berlin.

D

DEBRIV – Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e. V. (2018): IW-Gutachten Folgenabschätzung Klimaschutzplan und Strukturwandel in den Braunkohleregionen, Berlin, unter: <https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2019/04/Folgenabsch%C3%A4tzung-Klimaschutzplan-und-Strukturwandel-in-den-Braunkohleregionen.pdf>.

Dohmen, F./Hecking, K./Trauvelter, G. (2020): Streit um Altmaiers Kohleausstiegsplan: 195 Seiten Zündstoff, in: Der Spiegel, 24.1.2020, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/peter-altmaier-will-milliarden-entschaedigung-zahlen-praktisch-ohne-gegenleistung-a-00000000-0002-0001-0000-000169122952.

E

Energy Brainpool (2017): Klimaschutz durch Kohleausstieg, erstellt für Greenpeace, Berlin, unter: www.energybrainpool.com/fileadmin/download/Studien/Studie_2017-06-22_GP_Studie_Kohleausstieg_EnergyBrainpool.pdf.

F

Fiedler, S./Schrems, I. (2019): Braunkohle Folgekosten: Verursachergerechte Finanzierung sicherstellen, in: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, POLICY BRIEF 11/2019, unter: <https://foes.de/publikationen/2019/2019-11-FOES-Braunkohle-Folgekosten-Finanzierung.pdf>.

Fraunhofer IWES/IBP (2017): Wärmewende 2030. Schlüsseltechnologien zur Erreichung der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele im Gebäudesektor. Studie im Auftrag von Agora Energiewende, Berlin, unter: https://static.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2016/Sektoruebergreifende_EW/Waermewende-2030_WEB.pdf.

G

Greenpeace (2016): Schwarzbuch EPH, Wie ein winziger Investor Politik und Wirtschaft zum Narren hält, Hamburg, unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160901_greenpeace_schwarzbuch-eph.pdf.

Greenpeace (2017): Schwarzbuch EPH, Bilanz nach 100 Tagen LEAG (ein Update), Hamburg, unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/pub

lications/20170117_greenpeace_schwarzbuch-eph-leag.pdf.

Greenpeace (2018): Schwarzbuch Vattenfall-Leaks. In den Händen von Zockern, Hamburg, unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20181129_schwarzbuch-vattenfall-leaks.pdf.

H

Herget, M. (2020): Dezentral, digital, kostenwahr & postfossil – Ansätze einer Verkehrswende in ländlichen Räumen, in: LuXemburg 1/2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dezentral-digital-kostenwahr-postfossil-ansaeetze-einer-verkehrswende-in-laendlichen-raeumen/.

Heintze, C./Ötsch, R./Troost, A. (2020): Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur: Ungeddeckte Bedarfe für eine gute Versorgung mit öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen in Deutschland, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 2/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_2-20_Beschaeftigungsluecke.pdf.

Hertle, H./Pehnt, M./Gugel, B./Dingeldey, M./Müller, K. (2015): Wärmewende in Kommunen. Leitfaden für den klimafreundlichen Umbau der Wärmeversorgung, Schriften zur Ökologie, Bd. 41, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, unter: www.boell.de/sites/default/files/waermewende-in-kommunen_leitfaden.pdf.

Hofmann, M. (1995a): Die Kohlearbeiter von Espenhain: Zur Enttraditionalisierung eines ostdeutschen Arbeitermilieus, in: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln, S. 91–135.

Hofmann, M. (1995b): Die Leipziger Metallarbeiter: Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte, in: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln, S. 136–192.

I

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2019): Kurzstudie zur Beschäftigungsstruktur im Mitteldeutschen Revier, Nürnberg, unter: http://doku.iab.de/regional/SAT/2019/regional_sat_0119.pdf.

IHK – Industrie und Handelskammer Halle-Dessau (2018): Regionalstatistik 2018, Zahlen und Fakten, Halle-Dessau, unter: www.halle.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/4702618/6fa9fedfe1938d021394e22505d6fef8/regionalstsstatistik-2018-data.pdf.

Intelmann, D. (2020): Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands, in: Regionalentwicklung in Ostdeutschland, Berlin/Heidelberg, S. 99–110, unter: http://link.springer.com-443.webvpn.fjmu.edu.cn/chapter/10.1007%2F978-3-662-60901-9_8.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Prognos/IFOK/Deutsche WindGuard/Solarpraxis Engineering/Becker Büttner Held PartGmbH (2018): Er-

neuerbare Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen, Berlin, unter: www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-vorhaben-in-den-tagebauregionen.pdf.

IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle (Saale), unter: www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/sonstint/2019_iwh_vereintes-land_de.pdf.

K

Kallert, A./Bellina, B./Miessner, M./Naumann, M. (2020): Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung Ländlicher Räume in Hessen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 14/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_14-20_Lebensverhaeltnisse.pdf.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Oliver Krischer, Annalena Baerbock, Lisa Badum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2020): Transparenz bei Ermittlung der Entschädigungen an die Braunkohle-Tagebau- und -Kraftwerksbetreiber RWE und LEAG, BT-Drucksache 19/23333, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2020/11/19-23333.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

KWSB – Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (2019): Abschlussbericht, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile.

L

Landkreis Mansfeld-Südharz (2020): Masterplan zur Gestaltung des Strukturwandels im Landkreis Mansfeld-Südharz, im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2038, Sangerhausen, unter: www.mansfeldsuedharz.de/datei/anzeigen/id/50790,1154/masterplan_strukturwandel_mansfeld_suedharz_v1.0.pdf.

M

Maschke, L./Miessner, M./Naumann, M. (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 1/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/41516/kritische-landforschung/.

Meine, H./Schumann, M./Urban, H. J. (Hrsg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg.

Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH (2017): Regionales Investitionskonzept Innovationsregion Mitteldeutschland. Endbericht, Leipzig.

M-Five/Fraunhofer ISI – Institut für System- und Innovationsforschung (2020): Synthese und Handlungsempfehlungen zu Beschäftigungseffekten nachhaltiger Mobilität. Arbeitspapier im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Karlsruhe.

N

Nord/LB (2019): Braunkohlerevier Mitteldeutschland – Ergänzende Überlegungen für einen erfolgreichen Strukturwandel, Sachsen-Anhalt Report 1/2019, unter: www.nordlb.de/fileadmin/redaktion/analysen_prognosen/regionalanalysen/sachsen-anhalt/2019/Sachsen-Anhalt_Report_Strukturwandel_Braunkohlerevier.pdf.

Nord/LB (2020): Die 100 größten Unternehmen in Sachsen-Anhalt, Regionalwirtschaft, Sachsen-Anhalt Report, Ausgabe 2020, 9.12.2020, unter: www.nordlb.de/die-nordlb/research-floor-research/download/3047/direct/.

O

Öko-Institut/Prognos (2017): Zukunft Stromsystem. Kohleausstieg 2035. Zusammenfassung, erstellt im Auftrag von WWF Deutschland, Berlin, unter: www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/20170123_Prognos_WWF-Studie_Zukunft_Stromsystem_-_Kohleausstieg_2035_-_Zusammenfassung.pdf.

P

Pallaver, Greta (2019): Sanierung ohne Verdrängung. Energetische Gebäudesanierung zwischen Klimakrise und Recht auf Wohnen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 59, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen59_Klimaschutz.pdf.

Prognos (2018): Zukünftige Handlungsfelder zur Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohleregionen, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/endbericht-prognos-zukuenftige-handlungsfelder-foerderung-von-massnahmen-zur-strukturanpassung-in-braunkohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=16.

R

Rink, D. (1995): Das Leipziger Alternativmilieu: Zwischen alten und neuen Eliten, in: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln, S. 193–229.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2019): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Studien 4/2019, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf.

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Erarbeitung aktueller Vergleiche der Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Essen, unter: www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/rwi-pb_strukturdaten_braunkohleregionen_endbericht.pdf.

S

Sander, H. (2020): Die Berliner Verkehrswende. Von der Auto- zur Mobilitätsgerechten Stadt, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 60, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/42609/die-berliner-verkehrswende?cHash=abdf8a02f857fd2d999c170f1ab6d5f1.

Sander, H./Siebenmorgen, B./Becker, S. (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozial-ökologische Transformation im Rheinischen Revier, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 15/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_15-20_Kohleausstieg.pdf.

StStG – Strukturstärkungsgesetz (2020): Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, 8.8.2020, unter: [www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*\[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27\]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D__1614729812696](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D__1614729812696).

T

Troost, Axel (2019): Kohle-Ausstieg: Beteiligt die Reviere! Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2019, unter: www.axel-troost.de/de/article/10056.kohle-ausstieg-beteiligt-die-reviere.html.

U

UBA – Umweltbundesamt (2019): Klimaschutz und Kohleausstieg: Politische Strategien und Maßnahmen bis 2030 und darüber hinaus, Dessau-Roßlau, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-06-25_climate-change_27-2019_kohleausstieg_v2.pdf.

V

Vertrag (2018): Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/oeffentlich-rechtlicher-vertrag-zur-reduzierung-und-beendigung-der-braunkohleverstromung-entwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=4%C3%B6ffentlich-rechtl.

Vester, M. (1995): Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln, S. 7–50.

Vester, M./von Oertzen, P./Geiling, H./Hermann, T./Müller, D. (2015): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M.

GEFÜHRTE INTERVIEWS

Abkürzung	Akteur	Typ
I BI	Bürgerinitiative Lützen	Kritische Zivilgesellschaft
I BM	Bürgermeister Hohenmölsen	Regional- und Lokalpolitik
I EG	Ende Gelände Halle	Kritische Zivilgesellschaft
I GL	Grüne Landtagsfraktion	Landespolitik
I HK	Handwerkskammer	Kapital
I IG_1	Betriebsrat Mibrag + IG BCE	Gewerkschaften
I IG_2	IG Metall	Gewerkschaften
I IH	IHK Halle	Kapital
I IL	Interventionistische Linke Halle	Kritische Zivilgesellschaft
I IM	Innovationsregion Mitteldeutschland	Landespolitik
I KA	Klima-Allianz	Kritische Zivilgesellschaft
I KN	Konzeptwerk Neue Ökonomie	Kritische Zivilgesellschaft
I KP	Kloster Posa	Kritische Zivilgesellschaft
I LA	LAGB (Landesamt Geologie und Bergwesen)	Verwaltung
I LB	LINKE Bundestagsfraktion	Bundespolitik
I LF_1	LINKE Landtagsfraktion	Landespolitik
I LF_2	LINKE Landtagsfraktion	Landespolitik
I LF_3	LINKE Landtagsfraktion	Landespolitik
I LR_1	Landrat Burgendlandkreis	Regional- und Lokalpolitik
I LR_2	Landrätin Mansfeld-Südharz	Regional- und Lokalpolitik
I ME	Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.	Kritische Zivilgesellschaft
I NB	NABU-Stiftung	Kritische Zivilgesellschaft
I NA	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (Nasa)	Landespolitik
I PS	Pressestelle des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)	Landespolitik
I RB	Revierbeauftragter Burgendlandkreis	Regional- und Lokalpolitik
I SA	Sozialarbeiterin aus Zeitz	Kritische Zivilgesellschaft
I VE	ver.di	Gewerkschaften
I WI	Mitarbeiter des Instituts für Ethnologie und Philosophie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Wissenschaft

